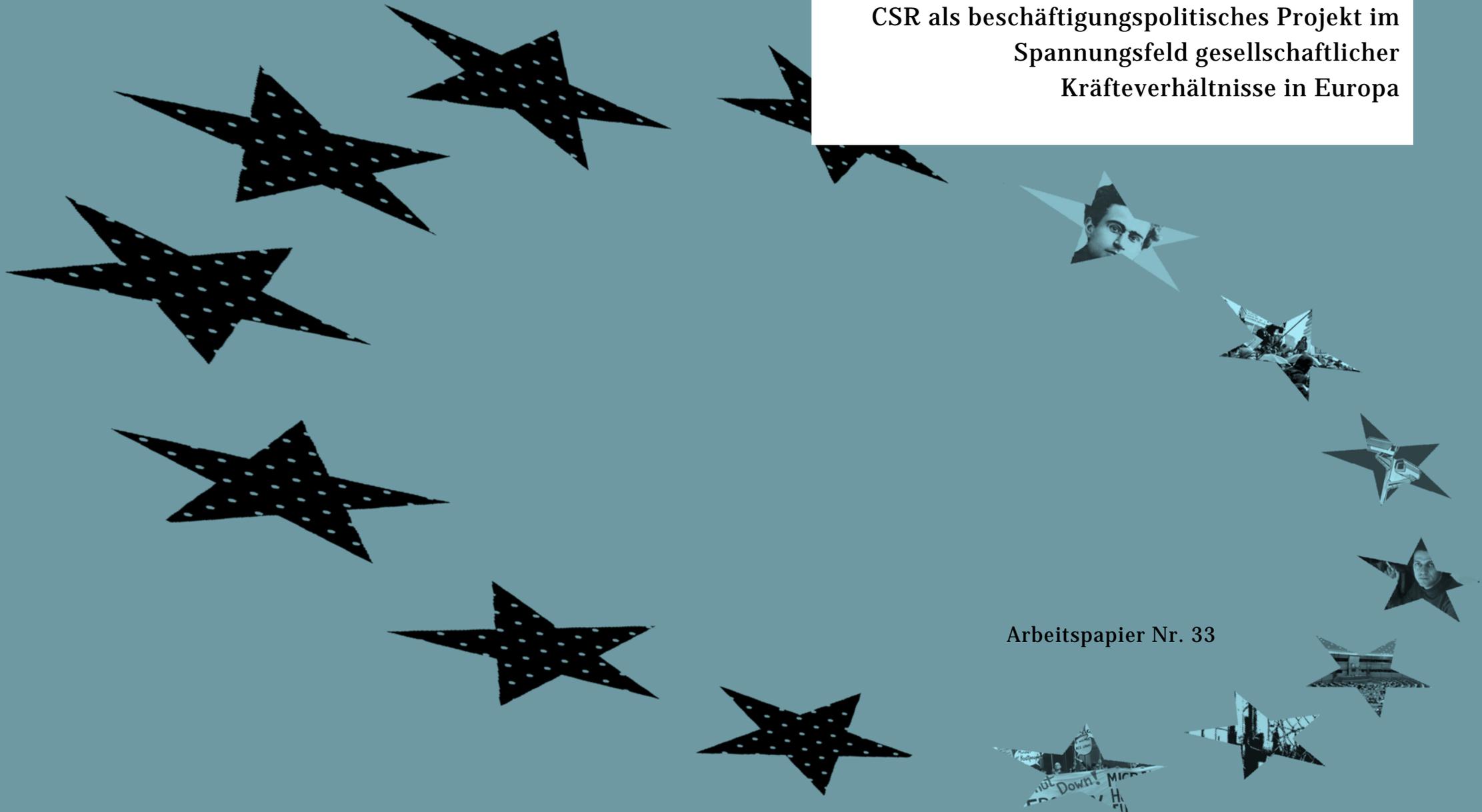


Maria-Theresa Schießl

**KONFLIKTE UM DIE EUROPÄISCHE
CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY:**
CSR als beschäftigungspolitisches Projekt im
Spannungsfeld gesellschaftlicher
Kräfteverhältnisse in Europa



Arbeitspapier Nr. 33

Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI)

Arbeitspapier Nr. 33

Maria-Theresa Schießl

**KONFLIKTE UM DIE EUROPÄISCHE CORPORATE
SOCIAL RESPONSIBILITY:
CSR ALS BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHES
PROJEKT IM SPANNUNGSFELD
GESELLSCHAFTLICHER KRÄFTEVERHÄLTNISSE
IN EUROPA**

Marburg 2017

ISBN: 978-3-00-056705-6
FEI am Institut für Politikwissenschaft
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg

INHALT

1.	Abkürzungsverzeichnis	7
2.	Einleitung	9
3.	Theoretische Grundlagen einer historisch-materialistischen Politikanalyse	14
3.1.	Staatsbegriff, Hegemonie und Internationalisierung	15
3.2.	Europa: Hegemonie in der Krise	18
3.3.	Neogramscianischer Projektbegriff	21
3.3.1.	Politische Projekte als Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzung	21
3.3.2.	Hegemonieprojekte als Bündel von Strategien	22
3.3.3.	Staatsprojekt Europa	25
4.	Operationalisierung materialistischer Staatstheorie: Historisch-materialistische Politikanalyse	27
4.1.	Kontextanalyse	28
4.2.	Akteursanalyse	28
4.3.	Prozessanalyse	29
5.	Die Europäische CSR im Spannungsverhältnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in Europa: Eine historisch-materialistische Politikanalyse	30
5.1.	Kontextanalyse	32

5.1.1. Das Spannungsfeld einer europäischen Beschäftigungspolitik	31
5.1.2. CSR als beschäftigungspolitisches Projekt der Europäischen Kommission	35
5.2. Prozessanalyse	40
5.2.1. Phase 1: CSR als neues beschäftigungspolitisches Konfliktfeld	40
5.2.2. Phase 2: Neoliberale Gegenoffensive	42
5.2.3. Phase 3: Ein neues Bündnis für CSR	46
5.2.4. Phase 4: Die Debatte um eine neue Berichterstattungspflicht	50
5.3. Akteursanalyse: Kräfteverhältnisse im Konflikt um eine europäische CSR	55
5.3.1. Neoliberales Hegemonieprojekt: CSR als dereguliertes Unternehmensinstrument	55
5.3.1.1. Proeuropäische Fraktion: CSR als Wettbewerbsfaktor für die EU	57
5.3.1.2. National-orientierte Fraktion: Nationale CSR-Ansätze	60
5.3.2. Konservatives Hegemonieprojekt: CSR als freiwillige Unternehmensentscheidung	63
5.3.3. National-soziales Hegemonieprojekt: Eine Gefährdung sozialstaatlicher Errungenschaften	65
5.3.4. Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt: Mehr Rechte für Beschäftigte	66

5.3.5. Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt: Glaubhafte CSR nur durch Verpflichtung	70
5.4. Die CSR-Richtlinie als materielle Verdichtung verschobener Kräfteverhältnisse	73
5.5. Zwischenfazit	76
6. Fazit	79
7. Literatur	84

1. Abkürzungsverzeichnis

ACCA	Association of Chartered Certified Accountants
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.
BDI	Bundeverband der Deutschen Industrie e.V.
BEUC	Europäischer Verbraucherverband (Bureau Européen des Unions de Consommateurs)
CEEP	Europäischer Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest)
CEC	European Managers (Confédération Européenne des Cadres)
CECOP	Europäisches Komitee der Arbeits- und Produktionskooperativen (Confédération européenne des coopératives de production)
CEPS	Centre for European Policy Studies
CORE	Corporate Social Responsibility Coalition
CSR	Corporate Social Responsibility
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EABS	European Academy of Business in Society
EBNSC	European Business Network for Social Cohesion
EBS	Europäische Beschäftigungsstrategie
ECCJ	European Coalition for Corporate Justice
EFFAS	Europäische Dachvereinigung für Finanzanalyse und Anlageverwaltung (European Federation of Financial Analysts Societies)
EK	Europäische Kommission
EMS-Forum	Europäisches CSR Multi-Stakeholder-Forum
EP	Europäisches Parlament
ER	Europäischer Rat
ERT	European Roundtable of Industrialists
EU	Europäische Union
EuGh	Europäischer Gerichtshof
Eurosif	Europäische Dachverband für Nachhaltige Geldanlagen (European Social Investment Forum)
ETUC	Europäischer Gewerkschaftsbund (European Trade Union Confederation)

EVP	Europäischen Volkspartei
EWS	Europäische Währungssystem
FIDH	Fédération internationale des ligues des droits de l'homme
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FLO	Fairtrade Labeling Organisations International
GD B&S	Generaldirektion Beschäftigung und Soziales
GD B&D	Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistung
GD U&I	Generaldirektion Unternehmen und Industrie
GD W&F	Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen
GMB	General and Municipal Workers
Green Eight	Group of 8 Environmental NGO
GRI	Global Reporting Initiative
HMPA	Historisch-materialistische Politikanalyse
IIED	International Institute for Environment and Development
IW	Institut der deutschen Wirtschaft
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LO	Landsorganisationen i Danmark
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
NGO	Nichtregierungsorganisation (Nongovernmental Organisation)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
OMK	Offene Methode der Koordinierung
RL	Richtlinie
Social Platform	Platform of European Social NGO
TNK	Transnationaler Konzern
UEAPME	Europäische Dachorganisation des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe (Union Européenne de l'Artisanat et des Petites et Moyennes Entreprises)
UNICE	Union der Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände (Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe)
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
WBCSD	World Business Council on Sustainable, Development
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organisation)
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZdH	Zentralverband des Deutschen Handwerk

2. Einleitung

In seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 sprach EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker das aus, was längst allgemein bekannt ist, „dass wir es in Teilen mit einer existentiellen Krise der Europäischen Union zu tun haben“ (SpiegelOnline v. 14.09.2016). Diese Krise kocht mal in Form von Schulden- oder Finanzkrisen hoch, anderswo spricht man von Legitimations- und Identitätskrisen. Mit dem Votum der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union (EU) am 23. Juni 2016 steht das europäische Integrationsprojekt vor einem Scherbenhaufen. Trotz der tiefen Zerstrittenheit der Mitgliedstaaten hatte kaum jemand ein solch bitteres Szenario für möglich gehalten. In dieser historischen Entscheidung des britischen Volkes – niemals zuvor hatte ein Mitgliedsstaat den Austritt aus der EU beabsichtigt – spitzen sich die inneren Widersprüche des europäischen Projekts zu, welche seit Jahren auf verschiedenen Konfliktfeldern brodeln. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen polarisieren die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise und milliardenschwere Bankenrettungszahlungen auf der einen Seite und die massiven sozialstaatlichen Kürzungen und eine wachsende Ungleichheit auf der anderen. Die Gründe, die die Briten mehrheitlich zur Brexit-Entscheidung bewegten, spiegeln sich darin wieder: Euroskeptizismus und mangelnde Partizipationsmöglichkeiten, Nationalismus und die Angst davor, gesellschaftlich abgehängt zu werden, soziale Ungleichheit und drohende (Alters-)armut (vgl. Mason 2016). Anstatt der wachsenden Ablehnung und schwindenden Legitimität einen neuen, partizipativen Kurs entgegenzusteuern, halten die europäischen Entscheidungsträger am autoritär-neoliberalen Kurs fest: Wichtige Entscheidungen werden von den Staats- und Regierungschefs – mit der Begründung von Zeit- und Handlungsdruck – teils ohne die demokratische Legitimierung der Parlamente gefällt. Meist jedoch kommen diese Einigungsprozesse erst kurz vor knapp zustande, wie etwa im Juli 2015, als der sogenannte Grexit gerade noch verhindert werden konnte, indem die griechische Syriza-Regierung einem dritten Hilfspaket und damit einem Fortgang der Austeritätspolitik zustimmte. Diese Einigung in letzter Sekunde ist sowohl ein Beispiel für die tiefe Zerstrittenheit der europäischen Institutionen und Mitgliedstaaten, als auch deren Unfähigkeit anhand demokratischer Mittel, jenseits von Druck und Zwang, zu

einem Konsens zu gelangen. Eine dauerhafte und stabile Herrschaft, eine Hegemonie, wie bei Antonio Gramscis, die auf einem „Gleichgewicht des Kompromisses“ (Demirović 2007) beruht, ist in diesen Prozessen nicht zu erkennen. Demnach kann in erster Linie von einer Hegemoniekrise in der EU gesprochen werden (u.a. Gill 2000: 36).

Entscheidend bei einer solchen Hegemoniekrise ist, dass die Zerstrittenheit und die Konflikte über die politische Gesellschaft hinausreichen und gleichermaßen die Zivilgesellschaft bestimmen. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen werden von instabilen und fragmentierten Akteurskonstellationen geführt, wodurch langwierige Entscheidungsprozesse entstehen oder eine Einigung erst gar nicht zustande kommt.

All diese Symptome, der fortschreitende autoritär-neoliberale Kurs, die inneren Widersprüche und die krisenhaften Entscheidungsprozesse spiegeln sich in der Entwicklung einer europäischen *Corporate Social Responsibility*-Strategie wider. Die Europäische Kommission brachte diese im Jahr 2001 auf den Weg, um drängende sozialen Folgen der Krise, etwa eine hohe Erwerbslosenquote oder prekäre Beschäftigungsbedingungen, zu bewältigen. Corporate Social Responsibility (CSR) beschreibt die Kommission aktuell als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ (EK 2011: 7). Diese Definition ist allerdings nicht die ursprüngliche, wie sie im Grünbuch *Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen* vom Jahr 2001 lautete. Stand zunächst das primäre Ziel einer Besserstellung der Beschäftigten¹ im Vordergrund, so haben sich Zielsetzung und Ausgestaltung der Strategie im Laufe des CSR-Entwicklungsprozesses in Richtung marktorientierter Interessen verschoben: Die Betonung liegt nun weniger auf der Möglichkeit, die Unternehmen in die gesellschaftliche Pflicht zu nehmen, sondern CSR wird als ein Instrument für Unternehmen betrachtet, „sich besser auf die Erwartungen der Gesellschaft (...) einzustellen und daraus Nutzen zu ziehen“ (ebd.: 4). Im Jahr 2014, nach einem langwierigen und nichtlinearen Aushandlungsprozess mündete

¹ Zwar wird CSR häufig in Verbindung mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten genannt, allerdings lag im Grünbuch der Kommission im Jahr 2001 der Fokus auf sozialen und Beschäftigungsaspekten. Aus diesem Grund konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf der beschäftigungspolitischen Perspektive von CSR, auch wenn oder gerade weil, diese zunehmend verschwand.

diese Strategie in die sogenannte CSR-Richtlinie, die europäische Großunternehmen zur Offenlegung ihrer nicht-finanziellen Informationen verpflichtet. Dieser Wandel impliziert zum einen, dass das politische Projekt CSR ein stark umstrittener Gegenstand war und zum anderen, dass Wirtschaftsakteur_innen eine einflussreiche Rolle in diesem Konflikt spielten.

Die Kritik an einer neoliberalen Vorherrschaft in Europa korrespondiert mit der, die Skeptiker_innen an einer europäischen CSR äußern: Das Prinzip der Freiwilligkeit stehe, ausgehend von einer wettbewerbsstaatlichen und wachstumsorientierten Gesellschaft, im unlösbaren Widerspruch zu unternehmerischer sozialer Verantwortung. Auch in der politischen CSR-Literatur hat sich eine kritische Haltung formiert: Es wird befürchtet, dass infolge einer CSR-Politik verstärkt auf unternehmerische Maßnahmen gesetzt wird und so notwendige sozial- und beschäftigungspolitische Regulierungen ausbleiben könnten (Lipschutz 2005; Sklair/Miller 2010). Ähnlich argumentieren Akademiker_innen, die CSR als reine PR-Strategie und Moralisierung von Unternehmen ablehnen (Bond 2006; Shamir 2008).

Auch mit der CSR-Strategie der EU-Kommission haben sich einige Forscher_innen beschäftigt. Für Ungericht und Hirt (2010) untersuchen die Debatte um eine europäische CSR als politischen Prozess und stellen eine grundlegende Verschiebung bislang gültiger Machtarrangements zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, zugunsten letzterer fest (vgl. Ungericht/Hirt 2010a: 177). De Schutter problematisiert die Unschärfe des CSR-Begriffs und sieht darin die Ursache für eine Vereinnahmung der CSR-Strategie der Kommission durch die Wirtschaftsakteur_innen. Die unterschiedlichen Definitionen hätten im Rahmen der EU-weiten Debatte eine Instrumentalisierung erleichtert und dazu geführt, dass die ursprünglich hohen Ambitionen auf der Strecke geblieben sind (vgl. de Schutter 2008: 205). Die Problematik der Mehrdeutigkeit des CSR-Begriffs nimmt auch Fairbrass (2011) in ihrer Analyse des europäischen CSR-Prozesses auf und findet zudem starke Argumente dafür, dass der Aushandlungsprozess maßgeblich von eng vernetzten Akteur_innen bestimmt wurde, die die gleichen Ziele und Strategie teilten und Zugang zu den Entscheidungsträger_innen hatten (vgl. Fairbrass 2011: 966). Den Machtfaktor Lobbyismus macht auch Muchitsch (2012) in seiner Dissertation zur CSR-Politik der EU-Kommission zum Thema und stellt dabei eine eindeutige Vormachtstellung der Wirtschaftslobbyisten gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur_innen fest. Diese Dominanz thematisiert auch

Kindermann (2013) in seiner Analyse des Wandels des europäischen CSR-Prozesses von „social-liberal standard setter to neo-liberal cheerleading and back“ (Kindermann 2013: 1). Den Auslöser für einen erneuten Kurswechsels im Jahr 2011 sieht Kindermann in der multiplen Krise und dem darin entstandenen Legitimitäts- und Vertrauensverlust, die einen enormen Handlungsdruck auf die EK ausgeübt hätten (vgl. ebd.: 712). Schließlich liefert Savevska wichtige Argumente dafür, die Entwicklung der CSR-Strategie im Kontext einer marktorientierten europäischen Integration zu betrachten. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass CSR entlang neoliberaler Linien wirke und bestehende Strukturen aufrechterhält, anstatt sie zu verändern (vgl. Savevska 2014: 76). Diese Analysen liefern zwar fundierte Erkenntnisse des europäischen CSR-Prozesses, allerdings stehen die EU-Institutionen im Mittelpunkt der überwiegend institutionellen Ansätze, während die Zivilgesellschaft eher sekundär – höchstens als Nutznießer institutioneller Probleme – behandelt wird.

Angesichts der nichtlinearen Entwicklung einer europäischen CSR und der zweifellos entscheidenden Rolle der Zivilgesellschaft überrascht es, dass bislang keine staatstheoretisch geleitete Analyse vorgenommen worden ist. Der Fokus staatstheoretischer Ansätze liegt auf den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, wobei die Zivilgesellschaft eine besondere Rolle spielt, und vor allem auf deren Auseinandersetzungen. Denn diese bestimmen – so die Grundlage materialistischer Staatstheorie – die Gesellschaft und den Staat (u.a. Poulantzas 2002; Kannankulam/Georgi 2012: 20). Dabei bilden konkrete politische Projekte das Terrain, auf dem gesellschaftliche Kräfte um eine hegemoniale Stellung kämpfen (vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 40). Um die dabei miteinander ringenden gesellschaftlichen Akteur_innen analysieren zu können, haben Forscher_innen den Begriff der Hegemonieprojekte entwickelt. In diesen Hegemonieprojekten werden gleichgerichtete Strategien, die gesellschaftliche Akteur_innen bezüglich eines politischen Projekts verfolgen, zusammengefasst (vgl. u.a. Georgi/Kannankulam 2012: 6).

An diese Erkenntnisse und Ausarbeitung der materialistischen Staatstheorie will der vorliegende Text anknüpfen. Darin geht es darum, die CSR-Strategie als beschäftigungspolitisches Projekt der Europäischen Kommission im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in Europa zu untersuchen. Die Analyse wird von der Frage geleitet, ob der europäische CSR-Prozess sowie die aktuelle CSR-Richtlinie als vorläufiges Ergebnis, Ausdruck einer star-

ken Machtposition neoliberaler Kräfte in Europa sind. Außerdem soll der Vermutung nachgegangen werden, dass sich in diesem politischen Konflikt Brüche und Fragmentierungen innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles², sowie *eine krisenhafte neoliberale Hegemonie*³ offenbaren.

Um diese Fragen zu klären, eignet sich der empirische Forschungsansatz einer historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA), den die Marburger Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ zur Operationalisierung staats-theoretischer Erkenntnisse für die Empirie entwickelt hat (vgl. Kannankulam/Georgi 2012; Buckel et al. 2014). Die HMPA nimmt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und ihre politischen Konflikte in den Fokus, und kann so bestehende Herrschaftsverhältnisse offenlegen.

Um den politischen Konflikt um die europäische CSR-Strategie analysieren zu können, ist zunächst eine Einführung in die Grundbegriffe der materialistischen Staatstheorie unabdingbar. Im ersten Abschnitt dieses Textes werden zunächst die zentralen Begriffe Staat, Hegemonie und Internationalisierung nach Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas erklärt. Danach liegt der Fokus auf krisenhaften Hegemonien und aktuellen Widersprüchen innerhalb der EU, wie sie die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ aufzeigt. Anschließend werden die HMPA und ihrer spezifischen Begrifflichkeiten erläutert. Die empirische Analyse des Konflikts um eine europäische CSR beginnt mit einer Skizze ihrer Vorgeschichte sowie einer Darstellung der europäischen CSR als beschäftigungspolitisches Projekt der Europäischen Kommission (Kontextanalyse). Danach wird der CSR-Aushandlungsprozess in vier Phasen rekonstruiert (Prozessanalyse), um schließlich die beteiligten Akteur_innen zu analysieren (Akteursanalyse). Dabei dienen die Hegemonieprojekte, die die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ an einer anderen Stelle (u.a. Buckel et al 2014) identifiziert hat als Orientierung: Ein neoliberales, ein konservatives, ein proeuropäisch-soziales, ein national-soziales sowie ein linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt. Schließlich wird die *Richtlinie zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen* als vorläufiges Ergebnis des CSR-Prozesses herausgearbeitet. Anhand dieser Rekonstruktion des CSR-Aushandlungsprozesses können schließlich

² Eine Erklärung dieses Begriffs erfolgt auf Seite 5f.

³ Eine Erklärung dieses Begriffs erfolgt auf Seite 5ff.

– so die Zielvorstellung dieser Arbeit – Schlüsse auf die vorherrschenden Kräfteverhältnisse in Europa gezogen werden.

3. Theoretische Grundlagen einer historisch-materialistischen Politikanalyse

Der CSR-Prozess ist seit Beginn gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Verschiedene Akteur_innen versuchten anhand dieses Projekts, ihre Interessen auf dem Feld der Beschäftigungspolitik zu verallgemeinern. Für eine kritische Analyse gesellschaftlicher Kämpfe um politische Projekte, liefert die Staats und Hegemonietheorie geeignete Erklärungsmodelle. Die Staatstheorie nach Antonio Gramsci begreift den Staat als ein Gebilde aus mehreren konkurrierenden Staatsapparaten, in deren Zentrum gesellschaftliche Auseinandersetzungen stehen. Zusätzlich nehmen staatstheoretische Ansätze immer auch den historischen Kontext in den Blick, sodass historische Dynamiken und Veränderungen mitberücksichtigt werden. Paradox erscheinende oder nicht linear verlaufende Politikentwicklungen – wie im Fall einer europäischen CSR – können so einleuchtend erklärt werden.

Eine Vielzahl kritischer Forscher_innen hat Gramscis Ansätze weiterentwickelt und die Entstehung einer globalen Hegemonie des Neoliberalismus, krisenhafte Hegemonien sowie die neoliberale Integrationsweise des EU-Projekts untersucht. Entstanden sind wertvolle neogramscianische Ansätze in den Bereichen der Internationalen Beziehungen (u.a. Cox 1998; Gill 1995, 2000), der Politischen Ökonomie (u.a. Poulantzas 2001, 2002; Demirović 2007) und der kritischen Europaforschung (u.a. Bieling/Steinhilber 2000; van Apeldoorn 2000, 2002; Kannankulam/Georgi 2012). Im Zentrum dieser Forschung standen der Begriff der Hegemonie als dauerhafte Sicherung von Herrschaft durch die Zivilgesellschaft sowie die transformative (Ausstrahlungs-)Kraft des Neoliberalismus. Im Folgenden sollen nun die zentralen Begriffe der materialistischen Staatstheorie erklärt bzw. hergeleitet werden, die zur Bearbeitung der Fragestellung sowie zur Durchführung der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) notwendig sind

3.1 Staatsbegriff, Hegemonie und Internationalisierung

Die materialistische Staatstheorie begreift den Staat als „materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002: 154). Die Grundlage für dieses Verständnis ist der von Antonio Gramsci geprägte *erweiterte Staatsbegriff*: „Staat = politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991ff., H. 6 § 88: 783). Entscheidend dabei ist, dass ein solcher Staat keine substanzhafte Entität darstellt, sondern ein „widersprüchliches und fragmentiertes Ensemble von Staatsapparaten“ (Buckel et al. 2014: 29). In kapitalistischen Gesellschaften sind die wechselseitigen Beziehungen der verschiedenen Staatsapparate sowie auch ihre inneren Strukturen geformt von einem Antagonismus zwischen Politik und Ökonomie (vgl. Buckel et al. 2014: 27f). Diese inhärente Widersprüchlichkeit erschwert einen kohärenten gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Aufgabe des Staates bzw. eines Staatsapparate-Ensembles ist es daher, einen stabilen Konsens zwischen den heterogenen Interessen herzustellen und so die Funktionalität des Staates – die Sicherstellung der kapitalistischen Reproduktionsweise – dauerhaft zu gewährleisten.

Voraussetzung für eine stabile und dauerhafte Herrschaft ist die Herstellung von Hegemonie. In seinem erweiterten Staatsverständnis geht Gramsci nicht etwa von einem „repressiven Kernstaat“ (ebd.: 31) oder einer ausschließlich politischen Gesellschaft, dem Staat im engeren Sinne, aus, sondern er schließt auch die Zivilgesellschaft ein (vgl. Demirović 2007: 25). Diese steht zwischen „der ökonomischen Struktur und dem Staat mit Gesetzgebung und seinem Zwang“ (Gramsci 1991ff., H. 10, §15: 1267). Gramsci versteht die Zivilgesellschaft als den Ort, wo Hegemonie hergestellt wird. Es sind also die Kämpfe in der Zivilgesellschaft und nicht etwa in der politischen Gesellschaft, die eine dauerhafte und stabile Herrschaft hervorbringen können. Hegemonie beschreibt er als Herrschaftsform, die sowohl von Herrschenden als auch Beherrschten getragen wird und auf einem „Gleichgewicht des Kompromisses“ (Demirović 2007) beruht. Bei den Kämpfen um die Hegemonie geht es also darum, die konfligierenden Interessen, Strategien und Leitbilder miteinander zu vereinen, Bündnisse zu schmieden und einen Konsens herzustellen. Den Herrschenden muss es daher gelingen, ihre spezifischen Interessen zu verallgemeinern.

meinern. Dabei muss die herrschende Klasse immerzu auf historische Situationen reagieren und neue „konsensstiftende Mechanismen der ideologischen Führung“ (Bieling/Steinhilber 2000: 14) entwickeln. Eine wichtige Rolle spielen dabei Zugeständnisse an die Subalternen, wobei diese nicht die Produktionsweise selbst infrage stellen dürfen (vgl. Demirović 2007: 17ff, 34). Die wesentlichen Organisatoren der Hegemonie sind die sogenannten Intellektuellen, die Vordenker_innen aus Literatur und Philosophie, aber auch Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Medienvertreter_innen, Bürokrat_innen und Forscher_innen. Diese Meinungsführer_innen verallgemeinern gesellschaftliche Interessen, bilden einen Konsens und stellen so die Hegemonie her bzw. erhalten sie. Folglich sind Herrschaftsstrukturen das Resultat kontinuierlicher Verallgemeinerungsprozesse und Interaktionen innerhalb der Zivilgesellschaft und daher per se dynamisch (vgl. Bohle 2005: 200). Demzufolge materialisiert sich der (kapitalistische) Staat entlang historisch induzierter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und sich verschiebender Kompromissgleichgewichte (vgl. Demirović 2007: 33). Zwar steht bei Gramsci die konsensuelle Komponente im Vordergrund, dennoch spricht er von einer „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991ff., Bd. 4 H. 6 § 88: 783). Das bedeutet, dass im Fall bedrohter Machtverhältnisse Zwangselemente eingesetzt werden dürfen und müssen, um die Zivilgesellschaft vor Angriffen zu schützen (vgl. Demirović 2007: 25).

So standen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bereits bei Gramsci im Zentrum der Analyse des Staates. Auf dieser Grundlage basierte Nicos Poulantzas seine Untersuchung über die Ausstrahlungskraft des Neoliberalismus hinsichtlich sogenannter Internationalisierungsprozesse. Dabei sind jene Prozesse gemeint, die zur internationalen Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnissen geführt haben – ausgehend von den USA. Europa und die dort stattfindenden Integrationsprozesse stellte Poulantzas dabei ins Zentrum seiner Untersuchungen. Ihm zufolge ist die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse kein Prozess, der den Nationalstaaten von außen – genauer: von den USA aus – aufgedrängt und akzeptiert wurde. Vielmehr fand die Internationalisierung im Inneren der Nationalstaaten statt und war eng verbunden mit dem strategischen Handeln spezifischer Klassenfraktionen und Klasseninteressen (vgl. Wissel 2011: 135; Kankankulam/Georgi 2012: 15). Im Hinblick auf Europa spricht er von einer *inneren Bourgeoisie*, einer Klassenfraktion, die im Zuge der Internationalisierungsprozesse seit den 1950/60er-Jahren ent-

standen war (vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 15; Kannankulam/Wissel 2004). Zwar stand diese Bourgeoisie in Konkurrenz zu den USA, verfügte aber gleichzeitig über eine eigene Reproduktionsbasis in den jeweiligen Ländern. Ein Widerspruch aus Abhängigkeit und Herrschaft war daher von Beginn an in dieser inneren Bourgeoisie integriert (vgl. Wissel 2011: 136). Im Zuge dieser „interiorisierten amerikanischen Hegemonie“ (ebd.: 135) wurde das amerikanische Kapital in den europäischen Staaten gewissermaßen Teil der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und konnte so einen enormen Einfluss auf die Machtverhältnisse in Europa nehmen.

Intensiviert wurden diese Internationalisierungsprozesse in den 1990er-Jahren und es entstanden „dauerhafte und dichte sozial-räumliche Verflechtungszusammenhänge“ (Pries 2008, zit. n. Buckel et al 2014: 35). Diese lassen sich aufgrund ihrer Mehrdimensionalität besser mit dem Begriff der Transnationalisierung greifen. Auf europäischer (EuGH, EK, ERT, NGO etc.) und globaler Ebene (WTO, IWF, UN etc.) entstanden zahlreiche Institutionen und Organisationen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und nahmen wichtige gesellschaftliche Positionen ein – was letztlich den Block an der Macht festigte (vgl. Wissel 2011: 138). Denn im Rahmen dieser Transnationalisierungsprozesse rangierten Akteur_innen des transnationalen Kapitals zu wichtigen politischen Entscheidungsträger_innen, übernahmen Regulationsfunktionen und bestimmten zunehmend die politische Agenda (vgl. Buckel et al 2014: 35)⁴. Es geht also darum, „die Widersprüche zwischen den miteinander konkurrierenden und konfligierenden (Klassen-) Strategien in einem auch politisch-ideologischen ‚Gesamtprojekt‘“ (Kannankulam/Georgi 2012: 17) aufzuheben. Die Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist also kein rein ökonomischer Prozess, sondern findet auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt. So lässt sich von Poulantzas ableiten, dass internationale Konflikte, etwa über die europäische Integration, im Rahmen von Auseinandersetzungen mit den (nationalen) subalternen Gruppen und zwar innerhalb der jeweiligen (nationalen) Machtblöcke ausgefochten werden (vgl. ebd.: 17).

⁴ Beispielsweise war der ERT als zentraler Akteur neoliberaler Interessen maßgeblich an der Ausgestaltung des europäischen Binnenmarkts beteiligt und konnte so die kapitalistische Disziplin in Europa – sowohl innerhalb der Staatsapparate als auch in der Zivilgesellschaft – intensivieren (vgl. van Apeldoorn 2000: 189ff).

3.1. Europa: Hegemonie in der Krise

Nehmen die bereits erwähnten Zwangselemente einer hegemonialen Herrschaft aber zu, so Robert Gill, entstehen nicht-hegemonial, also instabile und widersprüchliche Herrschaftsverhältnisse (vgl. Gill 2000: 36). Bereits Gramsci sprach dann von Hegemoniekrisen, wenn es den Herrschenden nicht mehr gelingt, ihre Interessen zu verallgemeinern, Zugeständnisse zu leisten und mit den Beherrschten ein Kompromissgleichgewicht herzustellen (vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 18). Im Kontext solcher Krisen spitzen sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über die (Neu-)Ausrichtung der in die Krise geratenen Ordnung zu (vgl. ebd.: 18f). Auf solche instabilen Strukturen stieß Gill, als er den europäischen Integrationsprozess bezüglich einer (transnationalen) neoliberalen Hegemonie untersuchte. Für ihn existiert eine neoliberale Hegemonie dann, wenn ein transnationaler historischer Block aus neoliberalen Kräften die Interessen aller sozialen Klassen und Nationen erfolgreich koordinieren und so, basierend auf Konsens und Legitimation, eine neoliberale Ordnung etablieren kann. Die Konsequenz ist eine Restrukturierung der Staatsformen zugunsten der Kapitalfraktionen (vgl. Gill 2001: 54). Im Zuge der wettbewerbsorientierten Integrationsweise in Europa aber habe sich der transnationale historische Block in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt und verfolgt zum Teil stark divergente Interessen. Folglich befindet er sich in fortwährendem Streit mit den oppositionellen Kräften. Mit anderen Worten: Die neoliberale Herrschaft in Europa ist geprägt von Heterogenität und Widersprüchlichkeit und basiert weniger auf dem nötigen Konsens, sondern vielmehr auf Elementen des Zwangs (vgl. Bohle 2005: 208). Dabei geht er auf die frühen Ausführungen Gramscis zurück, indem dieser eine Konfliktzunahme beschreibt, die besonders in Krisensituationen innerhalb der herrschenden bzw. hegemonialen Konstellation auftreten. In solchen Kontexten werden die Spielräume für Kompromisse und materielle Konzessionen an die Subalternen immer kleiner, sodass latente Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Kräften immer offener ausgetragen werden (Kannankulam/Georgi 2012: 17). Zur Hegemoniekrise kommt es dann, wenn es den herrschenden Akteur_innen nicht mehr gelingt, ein Komp-

romissgleichgewicht mit den Beherrschten herzustellen und infolgedessen Zwangselemente zunehmen und nicht-hegemoniale Herrschaftsverhältnisse entstehen (vgl. Gill 2000: 36).

Anzeichen für eine solche Hegemoniekrise in Europa sieht Gill in den intensivierten Transnationalisierungsprozessen in den 1990er-Jahren. Mit dem Vertrag von Maastricht und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) begann eine Ermächtigung des Kapitals, die eine Restrukturierung der EU anstieß und politische Bereiche sowie gesellschaftliche Kräfte von neoliberalen Prinzipien und disziplinierenden Praktiken durchzog: „[S]tate and civil society become more permeated with market practices, values, discipline, transparency and accountability“ (Gill 2001: 51). Übergeordnete Ziele waren eine marktorientierte Standortverbesserung und der Primat der monetären Stabilität (vgl. Bieling 2000: 23), die zunehmend auch kapitalferne Politikbereiche wie Außen-, Sozial- und Beschäftigungspolitik bestimmten. Zunächst war diese neoliberale Konfiguration als Erzählung vom florierenden Wachstum und einer verbesserten Beschäftigungssituation „allseits akzeptiert“ (ebd.: 21) und der einhergehende Anpassungs- und Sparzwang wurde zunächst von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen. Allerdings führten diese Prozesse zu einem massiven Abbau sozialer Leistungen, zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und zu einer sozialen Schieflage. Diese Symptome verstärkten sich im Zuge der vorherrschenden neoliberalen Konfiguration immer weiter, sodass die Zustimmung der Beherrschten allmählich zu bröckeln begann. Die neoliberalen Erzählungen hatten in der europäischen Bevölkerung an Glaubwürdigkeit verloren und das Thema Arbeitslosigkeit wurde zum „sozialen Sprengstoff“ (Unger 1998: 1). Europaweit kam es zu Protesten und einer wachsenden Sensibilität gegenüber den sozialen Konsequenzen der neoliberalen Integrationsweise, die schließlich in der Forderung nach einer neuen politischen Akzentuierung mündete.

Um eine derartige nicht-hegemoniale Herrschaft zu beschreiben, führt Gill die Begriffe des *disziplinierenden Neoliberalismus* auf der politischen Ebene und des *Neuen Konstitutionalismus* auf der strukturellen Ebene ein (vgl. Bohle 2005: 201). Das Ziel eines disziplinierenden Neoliberalismus ist die Kommodifizierung, also die Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die Imperative des Marktes. Hierfür etablieren die Kapitalfraktionen disziplinierende Maßnahmen und Praktiken, die, wie in den 1990er-Jahren deutlich geworden, u.a. zum massiven Abbau sozialer Leistungen und zur Übergewichtung kapitalnaher Politikbereiche führen (vgl.

Bohle 2005: 201f). Um diese neoliberale Ordnung langfristig zu stabilisieren, findet gleichzeitig eine quasi-rechtliche Restrukturierung der Staaten statt, die Gill einen *Neuen Konstitutionalismus* nennt. Um die Zwangsordnung vor oppositionellen Kräften zu schützen und deren kollektive Organisationskraft zu unterminieren, werden Entdemokratisierungsprozesse durchgeführt. Das bedeutet, dass innerhalb des Rechtsrahmens (beispielsweise Stabilitäts- und Wachstumspakt) Möglichkeiten geschaffen werden, um Regierungsentscheidungen mit den Kräften des Marktes abzustimmen (Sozialpartner, ERT). Das Ergebnis ist, dass neoliberale Parameter wie Markteffizienz und Marktdisziplin zum verbindlichen Maßstab jeglicher politischer Entscheidungen rangieren (vgl. Bohle 2005: 201f). Als maßgebliche Initiatoren des neoliberalen Umbaus der EU identifiziert Gill jene Kapitalfraktionen, die er *globalizing elites* nennt und u.a. in EU-Institutionen findet (vgl. Gill 2001: 49ff).

Eine solche Hegemonie- und Legitimitätskrise erkennen auch die Forscher_innen der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles. Buckel et al. begreifen den europäischen Integrationsprozess als „regionale Antwort“ auf die von Poulantzas herausgearbeiteten Internationalisierungsprozesse, und die sich durch genannten Entwicklungen in den 1990er-Jahren weiter intensiviert haben (vgl. Buckel et al. 2014: 37). Ihnen zufolge sind „dauerhafte und dichte sozialräumliche Verflechtungszusammenhänge, die über mehrere nationalstaatliche Räume beziehungsweise Territorien hinweg aufgespannt sind“ (Pries 2008, zit. n. ebd.: 37) entstanden. Dabei hat das europäische Projekt zum einen nationalstaatliche Funktionen teilweise ersetzt und unterminiert, andererseits eigene (Quasi)-Staatsapparate wie die Europäische Kommission oder die Europäische Zentralbank hervorgebracht. Daraus folgt, dass das entstandene europäische Staatsapparate-Ensemble im kontinuierlichen Wandel ist und darüber hinaus, in ständiger Konkurrenz zu den weiterhin bestehenden nationalstaatlichen Apparaten steht. Diese verschiedenen Staatsapparate haben wiederum neue Verflechtungen entwickelt, die allerdings bislang – so die Prämisse – noch nicht durch ein stabiles europäisches Staatsprojekt zu einer Einheit verbunden werden konnten (vgl. Buckel et al. 2014: 38). Die Forscher_innen führen dies auf den Mangel an einer europäischen Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis zurück, denn so fehle der EU ein Ort, wo Konsens und Zugeständnisse geschaffen bzw. eine gemeinsame Ausrichtung gefunden werden könnte (vgl. Geor-

gi/Kannankulam 2012: 5). Entsprechend fragil und zerstritten ist dieses europäische Staatsapparate-Ensemble, das seine Aufgabe zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Reproduktion⁵ nicht mehr gewährleisten kann. Im Rahmen solcher (Hegemonie-)Krisen intensivieren sich die gesellschaftlichen Kämpfe um eine (Neu-)Ausrichtung der in die Krise geratenen Ordnung (vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 19).

3.2. *Neogramscianischer Projektbegriff*

Um gesellschaftliche Kämpfe untersuchen zu können, hilft der im neogramscianischen Diskurs entwickelte Projektbegriff. Dieser kann auf mehrere Ebenen eingesetzt werden. Zunächst sind „[p]olitische Projekte [...] der größere Zusammenhang oder das Feld [...], auf dem gesellschaftliche Kräfte und politische Akteure versuchen, ihre jeweiligen (Klassen-)Interessen hegemonial durchzusetzen“ (Kannankulam/Georgi 2012: 20; Bieling/Steinhilber 2000). Der Projektbegriff kann aber auch für Akteursbündnisse – genauer als Hegemonieprojekte – verwendet werden, die sich durch gemeinsame spezifische Interessen, Strategien und Ziele auszeichnen, welche sie gegen konkurrierende Akteur_innen durchzusetzen versuchen (z.B. van Apeldoorn 2000, 2002; Jessop 1990). Schließlich kann der Begriff des Staatsprojekts als Voraussetzung für eine staatliche bzw. gesellschaftliche Kohärenz verwendet werden (z.B. Jessop 1990; Kannankulam/Georgi 2012). Für eine Analyse der Kämpfe um eine europäische CSR, sind vor allem die beiden ersten Projektbegriffe, das politische Projekt als Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzung nach Bieling und Steinhilber wichtig sowie der Begriff der Hegemonieprojekte als aggregierte Strategien- und Interessenbündel nach Kannankulam und Georgi.

3.3. *Politische Projekte als Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzung*

Bieling und Steinhilber (2000) betrachten politische Projekte als „besondere, konkrete politische Initiativen“ (Bieling/Steinhilber

⁵ Diese Funktion und Aufgabe ist analog zu Gramscis Ausführungen zum integralen Staat.

2000: 106), die sich als Lösung konkreter Probleme darstellen. Diese Projekte umfassen „materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen, ideologische Überzeugungen, Gefühle, etc.“ (Bieling/Steinhilber 2000: 106) gleichermaßen und wirken daher auf mehreren Ebenen sozialen und politischen Handeln. Es geht also darum, einen *sozialen Mythos* herzustellen, der im gesellschaftlichen Diskurs konsensbildend und sinnstiftend wirkt. Entscheidend ist, dass dieser die Fähigkeit besitzt, auch antagonistische Interessen binden bzw. neutralisieren zu können. Auf diesem Wege können politische Projekte hegemonial werden und „als Moment der institutionalisierten (Klassen-)Kompromisse den ‚historischen‘ und ‚hegemonialen‘ Block dynamisch stabilisieren bzw. transformieren.“ (ebd.: 106). Als solche politischen Projekte, die eine neoliberale Hegemonie in Europa durchsetzen bzw. festigen konnten, identifizierten Bieling und Steinhilber das Europäische Währungssystem (EWS), aus dem später die WWU erwuchs sowie den gemeinsamen Binnenmarkt. Dabei stellten sie eine spezifische Kombination aus konsensualen, permissiven und disziplinierenden Elementen fest (vgl. ebd.: 110). Die Versprechungen wirtschaftlichen Wachstums sowie optimistischer beschäftigungspolitischer Effekte bildeten das konsensuale Element. *Gepanzert* wurde diese Hegemonie durch das Zwangselement einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit, das zum übergeordneten Ziel wurde und umfangreiche Deregulierungs-, Austeritäts- und Flexibilisierungsmaßnahmen rechtfertigte (vgl. ebd.: 110ff). Als hegemoniale Projekte durchdrangen sie alle gesellschaftlichen Bereiche, implementierten eine entsprechende Rationalität und strahlten auf die sozial- und beschäftigungspolitische Situation in Europa aus.

3.4. *Hegemonieprojekte als Bündel von Strategien*

Die zweite Ebene des Projektbegriffs wurde u.a. von van Apeldoorn bedient, der ausgehend von der Implementierungsweise der WWU drei große Integrationsprojekte identifiziert, die er mit empirisch plausiblen polit-ökonomischen Klasseninteressen verband (vgl. van Apeldoorn 2002: 118ff). Dabei bezieht er den Politikbegriff auf spezifische Akteurskonstellationen, die hinsichtlich der europäischen Integration gemeinsame Interessen, Strategien und Ziele verbindet. Am differenziertesten wird der Projektbegriff von Jessop entwickelt, der zwischen *ökonomiebezogenen Akkumulationsstrategien*, auf den gesellschaftlichen Zusammenhang bezogenen *he-*

gemonialen Projekten und auf den internen Zusammenhang bezogenen *Staatsprojekten* unterscheidet (vgl. Jessop 1990: 198ff). Auf dieser Differenzierung bauen Georgi und Kannankulam, Mitglieder von „Staatsprojekt Europa“ auf und führen den Begriff der *Hegemonieprojekte* ein. Damit beschreiben sie jene gesellschaftlichen Akteursbündel, die ihr Ziel einer hegemonialen Stellung noch nicht erreicht haben (vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 43). Hegemonieprojekte sind

„zumeist unbewusste und indirekte Verknüpfungen beziehungsweise Verdichtungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten. Die darin beteiligten Akteur_innen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden.“ (ebd.: 6)

Der Kampf um Hegemonie findet demnach in Bezug auf ein bestimmtes politisches Projekt im Sinne Bielings und Steinhilbers statt. Ausgangspunkt zum Entstehen verschiedener Akteursbündel sind bestimmte historische Situationen, auf die die gesellschaftlichen und politischen Kräfte unterschiedlich und widersprüchlich reagieren. Im Rahmen eines Verallgemeinerungsprozesses werden spezifische Strategien und Taktiken aus der (Zivil-)Gesellschaft sowie von politisch-institutionellen Akteur_innen in die Hegemonieprojekte integriert. Daraus entsteht eine Dynamik, die eine kontinuierliche Veränderung innerhalb der Hegemonieprojekte entlang der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ermöglicht. Erst dann, wenn ein Hegemonieprojekt auch die zunächst nicht zugehörigen gesellschaftlichen Kräfte in „einen kohärenten Zusammenhang“ (ebd.: 7) gebracht hat, kann es zu einem *hegemonialen Projekt* werden. Der Begriff des hegemonialen Projekts bezeichnet jene Akteursbündel, deren Kampf um die hegemoniale Stellung erfolgreich verlaufen ist. Entscheidend für den Erfolg eines Hegemonieprojekts ist die Frage, ob die konkreten Strategien, Ziele und Interessen in den alltäglichen Routinen „konsensual verankert“ (Buckel et al. 2014: 46), also anschlussfähig sind. In Anlehnung an Gramsci spielen auch hier die organischen Intellektuellen eine zentrale Rolle im Verallgemeinerungs- oder Aggregationsprozess. Sie entwickeln politische Erzählungen, rationalisieren und operationalisieren jeweilige Ziele und Strategien zu Kompromissen und Lösungsvorschlägen und verbreiten sie im Alltag der Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 46). Untersuchungen im Rahmen des Forschungsgruppe

„Staatsprojekt Europa“ zeigen, dass infolge der europäischen Krise neue Akteurskonstellationen auch entlang vielfältiger Herrschaftsverhältnisse entstanden sind, die versuchen die gesellschaftliche Kräftekonstellation zu ihren Gunsten zu verschieben (vgl. Buckel et. al. 2014: 49). Der Kräfteverhältnisbegriff ist also im erweiterten Sinne zu verstehen: „Kapitalistische Gesellschaften sind nicht lediglich durch Warenproduktion, Mehrwertaneignung und Klassenkämpfe gekennzeichnet“ (Georgi/Kannankulam 2012: 7), sondern Konflikte finden auch zwischen den Klassen statt.

Der Begriff der Hegemonieprojekte ist demnach ein komplexitätsreduzierendes Analyseinstrument, das es ermöglicht, eine unüberschaubar große Anzahl konfligierender Akteur_innen sowie deren Strategien und Taktiken zu differenzieren und zu untersuchen. Das impliziert, dass Hegemonieprojekte keine bewusst organisierten Bündnisse, sondern analytische Abstraktionen sind. Um aus der schier unendlichen Zahl an Akteur_innen verschiedene Hegemonieprojekte identifizieren zu können, schlägt die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ eine Unterscheidung anhand der jeweiligen Strategien bezüglich eines bestimmten politischen Projekts vor. „Hegemonieprojekte sind also Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen.“ (Buckel et al. 2014: 46)

Ausschlaggebend für den Erfolg eines Hegemonieprojekts sind dabei die unterschiedlichen Kapazitäten und Machtressourcen, über welche die jeweiligen Akteursbündel verfügen. Buckel et al. unterscheiden dabei folgende vier Kategorien:

1. *Organische Ressourcen*: Unter organischen Ressourcen werden direkte Charakteristika, Fähigkeiten oder Attribute der Akteur_innen verstanden, die jederzeit einsetzbar sind. Darunter fallen z.B. Bürokratien, Wissen oder kulturelle Ressourcen sowie besonders finanzielle und militärische Ressourcen, die ein hohes Droh- und Gewaltpotenzial darstellen. Auch organisatorische Fähigkeiten, Erfindungsreichtum und taktisches Kalkül sind hierbei aufzuzählen.

2. *Systemische Ressourcen*: Als systemische Ressourcen ist die Fähigkeit zu verstehen, Entscheidungen zu treffen, die systemrelevante Folgen nach sich ziehen. Dabei geht es darum, „eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft androhen“ (Offe 2006, zit. n. Buckel et al. 2014: 50) zu können. Ein veranschaulichendes Beispiel ist die Macht der Kapitalfraktionen, Entscheidungen über Arbeitsplätze, Sozialleistungen oder Standortfragen fällen zu können; demgegenüber steht die Macht der Gewerkschaften, Streiks zu organisieren.

3. *Diskursive, ideologische und symbolische Ressourcen*: Diese Machtressource beschreibt die Fähigkeit von Akteur_innen, ihre Interessen, Strategien und Vorschläge im Zusammenhang mit gesellschaftlich anerkannten, akzeptierten und symbolträchtigen Diskursen und Themen zu kommunizieren. Werden politische Projekte mit einer hohen Symbolkraft oder Zustimmung wie beispielsweise Nachhaltigkeit oder Arbeitsplatzsicherung erklärt, kann eine hohe Anschlussfähigkeit erreicht werden.

4. *Institutionelle Selektivitäten*: Schließlich hängt die Machtressource eines Hegemonieprojekts vom Grad der Kompatibilität der Strategien und Ziele mit den bestehenden und tief verankerten institutionellen bzw. strategisch-strukturellen Selektivitäten ab. Damit gemeint sind jene materiellen Verdichtungen, also Gesetze, Regeln, Staatsapparate, Institutionen und Marktssysteme, die sich entlang gesellschaftlicher Kämpfe bereits herausgebildet haben (vgl. Buckel et al. 2014: 49f).

Grundsätzlich beschreiben Hegemonieprojekte ein politikfeldübergreifendes Akteursbündel, deren Akteur_innen auch in unterschiedlichen Politikfeldern ähnliche Interessen teilen können. Dennoch sind sie keinesfalls „intern einheitlich und homogen“ (ebd.: 47). Stattdessen kommt es vor, dass sich innerhalb eines Hegemonieprojekts unterschiedliche Fraktionen herausbilden, die sich in bestimmten Konflikten stärker bzw. weniger einbringen oder unterschiedliche Strategien entwickeln. Besonders kann dies in Fällen neuer politischer Herausforderungen oder politischer Projekte passieren, die bislang nicht Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen waren. Während einige Autor_innen zwar von einheitlichen transnationalen Klassenfraktionen sprechen (u.a. Robinson/Harris 2009), schließen sich Buckel et al. u.a. Macartney (2009) an der von einem *variegated neo-liberalism* spricht. In einer Studie zeigt er, dass die Vorstellung einer einheitlichen transnationalen kapitalistischen Klasse verworfen werden müsse. Stattdessen sei eine Unterscheidung von national unterschiedlich geprägten Klassenfraktionen nötig, die sich nur kontingent und temporär zu einer transnationalen kapitalistischen Strategie zusammenfinden (vgl. Georgi/Kannankulam 2012: 9). Aufgrund der naturgemäßen nationalen Verwurzelung der sozialen Basis eines (jeden) Hegemonieprojekts können dessen Akteur_innen räumlich unterschiedliche Taktiken und Strategien entwickeln. National-neoliberal orientierte Strategien spielen laut Macartney vor allem in Staaten wie Deutschland und Großbritannien eine wichtige Rol-

le. Sie zeichnen sich durch eine radikale Ablehnung proeuropäischer Strategien aus, zum Teil richtet sich deren eigene Strategie direkt auf die „Zerstreuung der proeuropäischen Strategien“ (Wissel 2012: 14)⁶. Gleichzeitig zu dieser räumlichen Orientierung bleiben die Hegemonieprojekte im Zuge der Internationalisierungsprozesse „simultaneously transnationally oriented“ (ebd.: 480)⁷.

3.5. *Staatsprojekt Europa*

Die dritte Ebene des Projektbegriffs ist der Begriff des *Staatsprojekts*, der zentral für eine Einordnung des CSR-Prozesses in den weiteren Kontext sowie für eine abschließende Betrachtung der Kräfteverhältnisse innerhalb der EU ist. Mit dem Begriff des Staatsprojekts baut die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ auf Poulantzas Staatsbegriff der verdichteten und materialisierten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf und beschreibt damit eine Lösung um die Widersprüchlichkeiten und Fragmentierungen innerhalb der EU und ihrer Staatsapparate aufzulösen. Eine gemeinsame Ausrichtung dieser „häufig gegeneinanderstehenden“ (Georgi/Kannankulam 2012: 3) Apparate ist notwendig um die gesellschaftliche Reproduktionsweise sicherstellen zu können. Diese Aufgabe erfüllen sogenannte Staatsprojekte, die darauf abzie-

⁶ Ein veranschaulichendes Beispiel ist die Spaltung des sozialen Hegemonieprojekts in eine national-orientierte sowie eine proeuropäisch-orientierte Fraktion (vgl. Buckel et. al. 2014: 72). Im Kampf um die Verteidigung des europäischen Sozialmodells gegenüber einer neoliberalen Strukturierung, sehen die national-sozialen Akteur_innen das Festhalten an bestehenden nationalen Sozialsystemen als erfolgsversprechende Strategie, während die proeuropäisch-soziale Fraktion eine gesamteuropäische Lösung verfolgt (vgl. ebd. 72ff). Eine solche skalare Fraktionierung stellt Macartney zunehmend auch innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts fest (vgl. Macartney 2009).

⁷ Macartney unterscheidet in seiner Studie drei Fraktionen: eine atlantische, eine rheinisch und eine gallische Fraktion (vgl. Macartney 2009). Auch die Mitglieder des Forschungsprojekts Staatsprojekt Europa haben im Kontext der Krise des europäischen Projekts eine zunehmende Fraktionierung des neoliberalen Projekts festgestellt: eine autoritär-neoliberale, eine proeuropäisch-neoliberale und eine national-neoliberale Fraktion (vgl. Wissel 2012; Georgi/Kannankulam 2012).

len, die kontingente und instabile Kohärenz des staatsapparativen Gefüges zu reproduzieren (vgl. Georgi/Kannankulam 2012: 3f; Jessop 1990: 219). „When successful, state projects generate ‚state effects‘ which endow the state apparatus with an image of unity, functional coherence and organizational integration“ (Brenner 2003, zit. n. ebd.: 4). Die Aufgabe und das Ziel eines Staatsprojekts Europa ist also, „eine neue, stabile Konfiguration von kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen (und internationalen) Institutionen und Staatsapparaten herzustellen“ (Georgi/Kannankulam 2012: 4). Angesichts der aktuellen (Hegemonie-)Krise und den zunehmenden Konflikten zwischen den unterschiedlichen räumlichen Politik- und Regulationsebenen wird deutlich, wie instabil und fragil das Staatsprojekt Europa ist.

4. *Operationalisierung materialistischer Staatstheorie: Historisch-materialistische Politikanalyse*

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Entwicklungsprozess einer europäischen CSR nachzuzeichnen und dabei kritisch nach den Akteurs- und Herrschaftsverhältnissen zu fragen. Um das dafür notwendige fundierte Verständnis des politischen Konflikts zu erhalten, reicht es nicht, den Aushandlungsprozess oder die Akteur_innen separat zu untersuchen. Vielmehr bedarf es einer integrierten Analyse, die sowohl den historisch-dynamischen Kontext als Ausgangspunkt und strukturellen Rahmen berücksichtigt als auch eine differenzierte Betrachtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse anstellt. Die theoretische Herleitung hat gezeigt, dass sich Ergebnisse und Begriffe aus der materialistischen Staatstheorie zur Analyse von Hegemoniekrisen, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Akteurskonstellationen und politischen Projekte eignen. Zur Operationalisierung von Erkenntnissen aus der materialistischen Staatstheorie, hat die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ die *historisch-materialistische Politikanalyse* (HMPA)⁸ entwickelt. Das primäre Ziel einer HMPA ist Herrschaftskritik. Daher geht es bei dieser Politikanalyse in erster Linie darum, die Herrschaftsverhältnisse zu durchleuchten (vgl. Buckel et al. 2014: 43). Typische Fragestellungen sind etwa: Welche konkreten Politiken sind heftig umstritten? Welche gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beteiligen sich an diesen Konflikten? Welche

⁸ Diese Bezeichnung geht auf Vorarbeiten von Ulrich Brand (2011) zurück.

materiellen Verdichtungen entstehen aus diesen Auseinandersetzungen? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, stehen die weiterentwickelten neogramscianischen Projektbegriffe Hegemonieprojekt und politisches Projekt im Mittelpunkt einer HMPA, die diese für eine empirische Untersuchung operationalisiert (vgl. Buckel et al. 2014: 45). Aus den Erkenntnissen einer HMPA kann schließlich eine „verallgemeinerte Schlussfolgerung [...] über die Konstellationen, Charakteristiken und Dynamiken von Hegemonieprojekten in der gegenwärtigen historischen Phase“ (Kannankulam/Georgi 2012: 37) gezogen werden. Die HMPA enthält drei Analyseschritte: Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse.

4.1. Kontextanalyse

Die Voraussetzung für die Kritik an den vorherrschenden Herrschaftsverhältnissen ist ein umfassendes Verständnis des historischen Kontextes, in dem der spezifische politische Konflikt situiert ist. Der erste Schritt der HMPA ist deshalb eine Kontextanalyse, deren Ziel die Herausarbeitung des historisch-dynamischen und strukturellen Kontextes ist (vgl. Buckel et al. 2014: 54). Das bedeutet, dass der Forschungsschwerpunkt auf den bestimmten „historischen Situationen“ (Kannankulam/Georgi 2012: 37) liegt, auf die die relevanten Akteur_innen unterschiedlich und widersprüchlich reagieren. Oder anders ausgedrückt: In der Kontextanalyse wird der strukturelle und konstituierende Rahmen erklärt, innerhalb dessen die gesellschaftlichen Kräfte unterschiedliche Reaktionen zeigen und Strategien entwickeln. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die herausgearbeiteten Herrschaftsverhältnisse nicht lediglich als starre gesellschaftliche Strukturen, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen dargestellt werden; „dass es also auch anders hätte kommen können“ (Buckel et al. 2014: 54).

4.2. Akteursanalyse

Im zweiten Schritt, der Akteursanalyse, stehen die relevanten Akteur_innen im Mittelpunkt. Das Ziel ist, zu untersuchen, wie und warum und welche gesellschaftlichen Kräfte unterschiedlich und gegensätzlich auf den dargestellten Kontext reagierten. In der

Akteursanalyse geht es einerseits darum, die gesellschaftlichen Kräfte zu identifizieren und anhand ihrer Reaktionen und Ziele den spezifischen Hegemonieprojekten zuzuordnen. Andererseits ist es notwendig, die „innere Heterogenität“ (Buckel et al. 2014: 55) der beteiligten Akteur_innen widerzuspiegeln. Die leitende Frage lautet dabei: Wie haben die Akteur_innen in diesem spezifischen Konflikt reagiert, was haben sie gesagt und getan? Als erstes gilt es, die unterschiedlichen Strategien, die im untersuchten Konflikt aufgetreten sind, zu identifizieren. Das bedeutet, die einzelnen Aussagen, Taktiken und Handlungen sorgfältig zu analysieren und keine voreiligen Schlüsse aus der bloßen Klassenzugehörigkeit oder Mitgliedschaft z.B. in einer bestimmten Partei zu ziehen. Als Analysegegenstände werden insbesondere Primärquellen wie Positionspapiere, Mitteilungen, Entschlüsse, Pressemitteilungen, Interviews sowie Reden einzelner Akteur_innen herangezogen. Anschließend werden die verschiedenen Strategien aggregiert und in entsprechende Hegemonieprojekte zusammengefasst. Auf dieser Aggregation basierend, können die Hegemonieprojekte skizziert, das Ziel herausgearbeitet und schließlich die Strategie des Hegemonieprojekts gezeigt werden. Dazu gehört auch, die spezifischen Machtressourcen und die möglichen Bündnisse mit anderen Hegemonieprojekten und Fraktionierungen innerhalb eines Hegemonieprojekts, die im Rahmen des politischen Konflikts aufgetreten sind, zu erläutern. Zudem gilt es die zentralen Akteur_innen und Meinungsführer_innen – die Intellektuellen – zu benennen. Letztlich soll so die Komplexität im Feld der Akteur_innen reduziert werden, um zum einen eine Aussage über die spezifische Positionierung des jeweiligen Hegemonieprojekts innerhalb der Akteurskonstellation machen zu können. Zum anderen um mögliche gesellschaftliche Kräfteverschiebungen nachzeichnen zu können.

4.3. *Prozessanalyse*

Im letzten Schritt, der Prozessanalyse, werden die Ergebnisse aus der vorangegangenen Kontext- und Akteursanalyse kombiniert und der gesamte Konflikt dialektisch rekonstruiert. Im Zentrum der Analyse stehen dabei die „komplexen Kampfprozesse“ (Buckel et al. 2014: 58), die die Entwicklung des politischen Konflikts zentral beeinflussen. In den jeweiligen Konfliktphasen werden die strategischen Handlungen und Taktiken der zentralen Akteur_innen dargestellt. Dabei müssen auch die, in der Akteursanalyse herausgearbeiteten Positionen der jeweiligen Hegemonieprojekte innerhalb

der Kräftekonstellation deutlich gemacht werden. Anhand dieser Rekonstruktion soll die historische Dynamik des Aushandlungsprozesses innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse herausgearbeitet werden. Im Anschluss daran liegt der Fokus auf der materiellen Verdichtung, dem Resultat des Aushandlungsprozesses.

5. *Die Europäische CSR im Spannungsverhältnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in Europa: Eine historisch-materialistische Politikanalyse*

Mit der 2014 in Kraft getretenen sogenannten CSR-Richtlinie mündete der nicht-lineare Aushandlungsprozess um eine europäische CSR vorerst in einen Kompromiss. Die Richtlinie 2014/95/EU zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen ist die erste materielle Verdichtung, auf die sich die gesellschaftlichen Kräfte in ihrer Auseinandersetzung um eine entweder gesetzliche oder eine freiwillige Verpflichtung der Unternehmen zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung geeinigt haben. Dabei standen sich von Beginn an zwei unterschiedliche konzeptionelle CSR-Modelle und Verständnisse gegenüber, die den Ausgangspunkt des Konflikts um eine europäische CSR bildeten (vgl. Ungericht/Hirt 2010a: 177). Dabei stand ein Modell (*Stakeholder-Modell*), das auf gesetzlicher Verankerung und konsensualen Entscheidungsprozessen basiert, einem Modell (*Business Case-Modell*) gegenüber, das auf ökonomische Nutzen und freiwillige Maßnahmen setzt. Diese divergierenden CSR-Verständnisse führten zu konfligierenden Zielen und Strategien der um eine europäische CSR ringenden Akteur_innen. Der CSR-Prozess beschreibt dabei ein langwieriges, widerstreitendes, und teilweise stagnierendes Verfahren, das letztlich in einem Resultat endete, das in erster Linie die Interessen der beteiligten neoliberalen Akteur_innen befriedete.

Im Folgenden wird der politische Konflikt um eine europäische CSR rekonstruiert, um im Anschluss daran die damit verbundenen gesellschaftlichen Kämpfe und Kräfteverhältnisse zu analysieren. Im ersten Abschnitt wird die historische Situation erläutert, auf welche die europäische CSR als Initiative der Europäischen Kommission folgte, woraufhin im nächsten Abschnitt CSR als beschäftigungspolitisches Projekt der Kommission dargestellt wird, das auf die sozialen Folgen der widersprüchlichen Integrationsweise reagiert (Kontextanalyse). Die in der Kontextanalyse zu untersuchende

Fragen lauten: Auf welche historische Situation reagierten die Akteur_innen mit dem politischen Projekt der europäischen CSR? Auf welchen Strukturen basieren die unterschiedlichen Reaktionen der verschiedenen Akteur_innen? Zunächst geht es darum, die spezifische historische Situation zu rekonstruieren und dabei die Einflüsse grundlegender gesellschaftlicher Strukturmerkmale und entsprechender Dynamiken darzustellen. Außerdem ist es notwendig, die bedeutenden Kräfteverhältnisse innerhalb des untersuchten Konflikts herauszuarbeiten. Dieser Kontext bietet den Ausgangspunkt für den anschließend dargestellten Aushandlungsprozess, der in vier Phasen unterteilt werden muss (Prozessanalyse). Die erste Phase beinhaltet die Veröffentlichung des CSR-Grünbuchs; in der zweiten Phase geht es um die Gegenoffensive der Wirtschaftsakteur_innen; in der dritten Phase beschreibt die Kräfteverschiebung zugunsten der neoliberalen Akteur_innen; die vierte Phase schließlich thematisiert die Teil-Debatte um eine Berichterstattungsrichtlinie. Im Anschluss daran liegt der Fokus auf den beteiligten Akteur_innen, den Kräfteverhältnisse und -verschiebungen innerhalb des CSR-Prozesses (Akteursanalyse). Die hier zu untersuchenden Fragen lauten: Welche Akteur_innen beteiligten sich am Entwicklungsprozess dieses politischen Projekts? Welche Positionen nahmen sie dabei ein und welche Ziele und Strategie verfolgten sie? Dabei ist besonders auf die Heterogenität der Wirtschaftsakteur_innen zu achten, die die Debatte ebenso stark wie unterschiedlich beeinflusst haben. Die zentralen Thesen der Akteursanalyse sind erstens, dass das neoliberale Hegemonieprojekt das politische Projekt CSR nutzte, um auf dem Feld der Beschäftigungspolitik Einfluss nehmen zu können. Und zweitens, dass es dem neoliberalen Hegemonieprojekt gelungen ist, das beschäftigungspolitische Projekt der Europäischen Kommission zu vereinnahmen und zugunsten markt- und wettbewerbsorientierter Ziele auszurichten. Schließlich bildet die CSR-Richtlinie als erste materielle Verdichtung einen vorläufigen Schlusspunkt in diesem Prozess. Am Ende der Analyse können – so die Zielvorstellung dieser Arbeit – Schlüsse auf die vorherrschenden Kräfteverhältnisse innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles gezogen werden.

5.1. Kontextanalyse

5.1.1. Das Spannungsverhältnis einer europäischen Beschäftigungspolitik

Als sich in den 1990er-Jahren die soziale Schieflage als Folge der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise zugespitzt hatte, kam es europaweit zu Protesten und einer wachsenden öffentlichen Sensibilität gegenüber den sozialen Konsequenzen des neoliberalen Paradigmas. Die neoliberale Konfiguration war in eine Politik der Deregulierung, Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitszeiten gemündet und „setzte die bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in einen wirtschaftspolitischen Legitimationszwang, der den bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss aufbrach“ (Wöhl 2007: 138). Von der Verknappung der zu verteilenden Ressourcen war besonders der öffentliche Sektor betroffen: die sozialen Sicherungssysteme, die sozialpolitische Regulation, die Systeme der industriellen Beziehungen sowie die Tarifpolitik. Die Folgen waren eine signifikant hohe Arbeitslosigkeit – im Jahr 1993 markierte die Arbeitslosigkeit ein historisches Hoch von 17 Millionen – sowie die Zunahme atypischer bzw. prekärer Beschäftigungsformen. Zunehmend wurden Forderungen nach einer neuen politischen Akzentuierung laut und die sozialdemokratischen Parteien konnten in vielen Mitgliedstaaten die bisherigen konservativen bzw. liberalen Regierungen ablösen. Insofern hatten sich die politischen Machtverhältnisse zugunsten der sogenannten Neuen Sozialen Bewegung oder des „dritten Wegs“ (Giddens zit. n. Bieling 2000: 9) verschoben⁹. Die neue politische Agenda dieser Akteur_innen war es darauf zu drängen, die Formen und die Inhalte europäischer Politik durch eine vorsichtige (sozial-) regulative Einbettung zu modifizieren (vgl. Bieling 2000: 8). In diesem Kontext, in dem das Politikfeld Beschäftigung europaweit enorm an Bedeutung gewonnen hatte, versuchte der damalige Kommissions-

⁹ Dabei ist zu betonen, dass sich diese politischen Akteur_innen mit der neoliberalen Integrationsweise arrangiert hatten und davon ausgingen, dass „alle strikt nationalen Wege der sozialdemokratischen Modernisierung verschlossen sind, und sie sich darüber hinaus im Kontext der europäischen Integration den Vorgaben einer monetären Stabilitätsorientierung nicht mehr entziehen können“ (Bieling 2000: 7).

präsident Jacques Delors eine Europäische Beschäftigungspolitik zu etablieren.

Im Jahr 1993 veröffentlichte die Kommission das Weißbuch *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung*, mit dem Ziel die Erwerbslosen Zahl zu halbieren und einer Reihe unverbindlicher Harmonisierungsmaßnahmen¹⁰. Insgesamt steigerten diese ersten Schritte den politischen Stellenwert der Beschäftigungspolitik zwar, eine genuin europäische Beschäftigungspolitik konnte aber nicht geschaffen werden. Das Spannungs- und Konkurrenzverhältnis zwischen dem Primat der monetären Stabilität und Deregulierung und dem Ziel des sozialen Ausgleichs (vgl. Bieling 2000: 9, 14) konnte nicht gelöst werden. Parallel zu diesen Harmonisierungsversuchen setzte die Europäische Kommission unter der Präsidentschaft Delors bereits früh auf einen Kompromiss mit den Wirtschaftsakteur_innen. Im März 1993 lud er zusammen mit Pdraig Flynn, dem Leiter der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (GD B&S) zahlreiche Unternehmen ein, um gemeinsam eine Deklaration gegen soziale Exklusion auszuarbeiten (vgl. Muchitsch 2012: 53). Nach zähen Verhandlungen unterzeichneten im Januar 1995 zwanzig europäische Unternehmensführer (sic!) die *Declaration against Social Exclusion* (vgl. Kindermann 2013: 705). Darin stimmten die Unternehmen, darunter große transnationale Konzerne wie Bayer, Siemens, Daimler-Benz und Volkswagen, gemeinschaftlichen Anstrengungen von öffentlichen und privaten Akteuren zu, denn soziale Ausgrenzung würde nicht „automatisch“ (EBNSC 1995, zit. n. Kindermann 2013: 705) durch wirtschaftliches Wachstum „verschwinden“ (ebd.). Sie adressierten darin die strukturellen Widersprüche der neoliberalen Integrationsweise und setzten diese in direkte Verbindung mit der sozialen Exklusion und seinen Folgen (vgl. EBNSC 1995: 1–2, zit. n. Kindermann 2013: 705). Gemeinsam erklärten sich die Unternehmen darin bereit, einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt zu leisten und zwar durch gezielte Maßnahmen, wie der Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Reduktion von Entlassungen (vgl. ebd.: 3–4). Auf dieser Grundlage schlossen sich diese Unternehmen 1996 zum *European*

¹⁰ (Unverbindliche) Leitlinien und Zeitpläne; Umsetzung dieser Leitlinien in nationalen und regionalen Politiken durch Entwicklung konkreter Ziele; quantitative und qualitative Indikatoren und Benchmarks; regelmäßige Überwachung, Bewertung und gegenseitige Peer-Review-Monitoring und Evaluierung; gegenseitige Lernprozesse.

Business Network for Social Cohesion (EBNSC) zusammen. Die Gründung dieses Netzwerks wurde von der Europäischen Kommission finanziell und konzeptionell stark unterstützt, ging es ihr dabei v.a. darum, ein modernes Unternehmertum zu stärken, das Verantwortung für sein Handeln übernimmt. Zudem sollte durch dieses Netzwerk als Vorbild dienen und das „Gros der Durchschnittsunternehmen dazu zu bringen, ihre eigenen Leistungen auf dem Gebiet zu verbessern“ (Kommissionsbeamter 2008, zit. n. Muchitsch 2012: 65). Die Zusammenarbeit von EBNSC und der Europäischen Kommission verdichtete sich besonders im Vorfeld des Frühjahrsgipfels 2000 in Lissabon, auf dem eine neue strategische Ausrichtung der EU bestimmt werden sollte. Gemeinsame Veranstaltungen mit weiteren europäischen Institutionen nahmen zu, etwa ein Vorbereitungstreffen mit dem damaligen europäischen Ratspräsidenten António Guterres, dem dänischen Premierminister Poul Nyrup Rasmussen und dem dänischen CSR-Thinktank *The Copenhagen Centre* (vgl. Muchitsch 2012: 55f). Das Ziel dieses Bündnisses war es, mit Blick auf die anstehende Lissabon-Strategie, einen Kompromiss zwischen den Unternehmensvertretern und den europäischen Entscheidungsträgern zu finden und eine Balance aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielen herzustellen.

Als im März 2000 die Lissabon-Strategie verabschiedet wurde, hatten die mehrheitlich sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs eine Agenda formuliert, die eine europäische Beschäftigungspolitik erstmals auf Augenhöhe mit wirtschaftspolitischen Zielen formulierte. Das Postulat war, dass die EU bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden [müsse] – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (ER 2000). Damit spannte die Lissabon-Agenda ein Spannungsfeld auf zwischen sozial- und beschäftigungspolitischen Zielen auf der einen Seite, und der Programmatik der bisherigen marktorientierten Integration auf der anderen. Um eine Balance zwischen diesen beiden Polen herstellen zu können, standen die Themen sozialer Zusammenhalt, Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsplatzbedingungen und Chancengleichheit im Zentrum der Agenda. Entsprechende Maßnahmen wie integrierte Leitlinien zur Koordinierung wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen oder ein makroökonomischer Policy-Mix (zur Förderung ausgewogener wirtschaftspolitischer Instrumente für

das Wachstum) wurden anberaumt – und schließlich erfolgte ein Appell an die soziale Verantwortlichkeit der Unternehmen: Die Unternehmen sollten einen konkreten Beitrag hinsichtlich der „bewährten Praktiken für das lebenslange Lernen, die Arbeitsorganisation, die Chancengleichheit, die soziale Integration und die nachhaltige Entwicklung“ (ER 2000) leisten. Mit diesem Appell an die Unternehmen, gab die Union auf dem beschäftigungspolitischen Feld den Startschuss für heftige Auseinandersetzungen der verschiedenen Akteur_innen um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Ziele.

5.1.2. CSR als beschäftigungspolitisches Projekt der Europäischen Kommission

Als die Europäische Kommission 2001 ihr *Grünbuch Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen* präsentierte, stellte sie eine Strategie vor, die verschiedenen Akteur_innen an der Lösungsfindung beteiligen sollte. Eine wichtige Rolle in der Strategie der Kommission spielte das ursprünglich in den USA, im Bereich des Risikomanagements, entwickelte Konzept der Corporate Social Responsibility – die freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen. Ein Blick in den wirtschaftswissenschaftlichen CSR-Diskurs zeigt, dass dieses Konzept selbst im eigenen Fach stark polarisiert: CSR wird unterschiedlich interpretiert, umgesetzt und eine Vielzahl verwandter Konzepte wie Corporate Governance, Corporate Citizenship, etc. basieren darauf. In der Literatur gelten folgende von Matten und Moon (2005) herausgearbeitete Merkmale von CSR als konsensfähig: das Freiwilligkeitsprinzip und das Ziel, ein Gleichgewicht zwischen Gewinnorientierung und sozialen Aspekten herzustellen (vgl. Matten/Moon 2005: 335ff). Im Gegensatz zu einem philanthropischen Ansatz, der ausschließlich auf den guten Willen der Unternehmen bauen würde, bedeutet diese CSR-Interpretation nach Matten und Moon eine Umstrukturierung des Kerngeschäftsmodells. Dabei kann grundsätzlich eine bunte Maßnahmenpalette als CSR bezeichnet werden, etwa Sozial- und Umweltberichterstattung, unternehmensinterne Maßnahmen zur Besserstellung von Beschäftigten sowie externe Aktivitäten, die auf das (lokale) Umfeld der Unternehmen abzielen (u.a. Savevska 2014: 65). Matten und Moon unterscheiden zwischen einer impliziten und einer expliziten konzeptionellen CSR-Ausrichtung. Implizite CSR ist stärker im regulativen System verankert, d. h. die gesellschaftliche

Verantwortung von Unternehmen wird in Form allgemeingültiger Regeln und über konsensuale Entscheidungsprozesse der gesellschaftlichen Akteur_innen sichergestellt. Bei einer expliziten CSR-Ausrichtung liegt der Fokus auf dem guten Willen einzelner Unternehmen, denn hier werden v.a. die Freiwilligkeit und der ökonomische Nutzen von CSR betont (vgl. Matten/Moon 2005: 348f). Auch Bichta (2003) hat eine ähnliche Unterscheidung vorgenommen, allerdings auf der politischen Dimension: Zielen CSR-Ansätze auf eine gesetzliche Verankerung, ein „[r]evised [c]orporate [l]aw“ (Bichta 2003: 49) ab, spricht Bichta von einem Stakeholder-Modell, während das konträre Business Case-Modell minimale CSR-Standards sowie Steueranreize durch die Politik bei einem unveränderten Unternehmensrecht (vgl. ebd.: 49).

Diese Ambivalenz des CSR-Begriffs wird als Ausgangspunkt für die heftigen Konflikte und den langwierigen Aushandlungsprozess um eine europäische CSR gesehen (u.a. de Schutter 2008; Fairbass 2011). In ihrem Grünbuch Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen (2001) schlug die Europäische Kommission vor, eine europäische CSR zu entwickeln – und zwar nach dem Stakeholder-Modell bzw. mit einer impliziten Ausrichtung. Damit schlug sie die gegensätzliche Richtung zu den Unternehmen ein, die daraufhin versuchten, das politische Projekt der Kommission in Richtung einer expliziten Ausrichtung bzw. eines Business Case-Modells, auszurichten. Die Folge waren heftige Auseinandersetzungen, die vor allem von widerstrebenden Reaktionen gesellschaftlicher Akteur_innen geführt wurden, die versuchten ihre jeweilige Strategie (und ihr CSR-Verständnis) als „hegemoniale Position durchzusetzen“ (Ungericht/Hirt 2010a: 177). Zum marktorientierten CSR-Ansatz der Wirtschaftsakteur_innen hat sich im Laufe der Debatte eine Gegenposition aus NGO, Gewerkschaften und Teilen des Europäischen Parlaments (EP) formiert, die auf einen regulativen CSR-Ansatz bestanden. Dennoch zeichnete sich, v.a. im Rahmen des von der Kommission im Jahr 2002 initiierten Europäischen CSR Multi-Stakeholder-Forums (EMS-Forum) sowie der Gründung einer CSR-Allianz im Jahr 2006, die ausschließlich aus Wirtschaftsakteur_innen bestand, eine deutliche Annäherung der EU-Kommission an die wettbewerbsorientierten Positionen ab, wohingegen die beschäftigungspolitischen Ziele in den Hintergrund rückten. Erst als sich infolge einer Euro-, Finanz- und Schuldenkrise im Jahr 2008 eine Debatte um Transparenz, Marktvertrauen und Unternehmenslegitimität zuspitzte, formulierte die Kommission eine neue CSR-Strategie, die

weniger auf das Freiwilligkeitsprinzip von CSR, sondern wieder auf einen verbindlichen Ansatz ausgerichtet war. In diesem Kontext gelang es, eine neue Berichterstattungsgesetzgebung als Kompromiss auf den Weg zu bringen: die Richtlinie 2014/95/EU zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen.

Als die Kommission im Jahr 2001 ihr Grünbuch zur sozialen Verantwortung der Unternehmen veröffentlichte, startete sie eine „besondere, konkrete politische Initiative“ (Bieling/Steinhilber 2000: 106), um eine Lösung für die sozialen Probleme der marktorientierten Integrationsweise zu finden. Eine europäische CSR sollte als moderner Lösungsansatz, gemeinsam mit den Unternehmen, Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsplatzbedingungen sowie massive Umweltdegradierung bekämpfen. Bei diesem politischen Projekt sind konsensuelle, permissive und disziplinierende Elemente, wie sie von Bieling und Steinhilber identifiziert werden, erkennbar.

Zunächst verlieh sie dem Projekt eine strategische Notwendigkeit: Eine europäische CSR sei eine geeignete Strategie zur „Bewältigung der beschäftigungspolitischen und sozialen Folgen der wirtschaftlichen und marktpolitischen Integration und der Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Neue Wirtschaft“ (EK 2001: 5) und ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der strategischen Ziele von Lissabon (vgl. ebd.: 21). Das Resultat einer Politik der Deregulierung, Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitszeiten waren deregulierte Arbeitsmärkte, die es den Unternehmen erlaubten, zugunsten einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit, die Löhne zu drücken, die Beschäftigungsverhältnisse zu flexibilisieren, Standorte in Billigländer zu verlagern etc. Zwar verfügte die EU bereits seit Anfang der 1990er-Jahre über erste beschäftigungspolitische (Koordinierungs-)Maßnahmen, jedoch waren diese infolge des massiven Widerstands aus einigen Mitgliedstaaten substanzlos und unverbindlich geblieben, zumal die Prioritäten klar bei den übergeordneten marktorientierten und monetären Zielen lagen (vgl. Wöhl 2005: 138). Stattdessen sah die Kommission in der Zusammenarbeit mit den Unternehmen eine Möglichkeit, die beschäftigungspolitische Schiefelage in Europa zu adressieren.

Die konsensuellen Elemente der CSR-Strategie werden zugleich in der Wahl der Mittel deutlich. Mit einem Grünbuch zielte die Kommission auf eine breite gesellschaftliche Debatte über die Entwicklung einer europäischen CSR ab, um letztlich einen Basiskonsens zu definieren (vgl. EK 2001: 3f). Auf diese Weise sollten mög-

lichst viele zivilgesellschaftliche Akteur_innen und die Sozialpartner eingebunden werden, die kontinuierlich mehr soziale Verantwortlichkeit von den Unternehmen gefordert hatten (vgl. ebd.: 1, 5). Zudem verwies man sich auf positive Effekte in Dänemark, wo bereits 1994 eine CSR-Politik implementiert wurde (vgl. ebd.: 6; Fifka 2015: 845). Durch dieses steigende Interesse von Unternehmen, Zivilgesellschaft und Mitgliedstaaten hoffte man, einen sozialen Mythos CSR herzustellen, der einen Konsens der materiellen Interessen und ideologischen Gefühle aller gesellschaftlichen Kräfte bilden kann.

Außerdem baute die EU-Kommission auf die Permissivität und gleichzeitig disziplinierende Wirkung von CSR: zunächst das Freiwilligkeitsprinzip, das Unternehmen flexible Spielräume lässt und andererseits die günstigen ökonomischen Effekte wie eine motivierte Mitarbeiterschaft, hohes Humankapital und Arbeitsplatzattraktivität, Einsparungsmöglichkeiten sowie positive Außenwirkung, sodass gesellschaftliche Verantwortung für Unternehmen attraktiv ist. Ein Konzept wie CSR, das von einem Gros der Wirtschaftswissenschaften als „Ausweg aus den Krisen unserer Zeit“ (Jorberg 2013, zit. n. Burckhardt 2013: VII) gefeiert wird, in den USA längst Unternehmensalltag ist und sich auch in Europa zunehmend verbreitete (EK 2001: 3), erschien dabei als besonders anschlussfähig. Zudem vertraute die Kommission vor allem auf die Macht der Konsument_innen, deren „neue Anliegen und Erwartungen“ (ebd.: 4) gegenüber fairen und ökologisch-gerechten Produkten eine entsprechende Nachfrage schaffen würden.

Um aber auch die disziplinierende Dimension zu bedienen und CSR nicht vollkommen dem Markt zu überlassen, zielte die Kommission auf die Schaffung Europäischer Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen – wie der Titel des Grünbuchs impliziert. Zahlreiche Unternehmen, so argumentierte die Kommission, würden sich bereits sozial verantwortlich engagieren, aber um die Qualität und Kohärenz europaweit zu fördern, bedarf es der „Schaffung gesamteuropäischer Rahmenbedingungen“ (ebd.: 7). Ein EU-Beamter fasste dies in einem Interview zusammen: „We accept it is based on voluntary commitments but we don't want this to be a blank cheque. We want accountability about the outcomes of what they do. If you don't have standards, you also have freeriders and false advertising“ (Kindermann 2013: 709).

Damit hatte sich die Kommission in ihrem Grünbuch für eine *implizite* konzeptionelle CSR-Ausrichtung bzw. das *Stakeholder-Modell* und gegen das *Business Case-Modell* entschieden¹¹. Nach diesem Modell sollen CSR-Maßnahmen auf das Vermeiden von „socially unacceptable practices“ (Bichta 2003: 49) abzielen und so verstand die Kommission CSR als ein „Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren (vgl. EK 2001: 7). Darüber hinaus unterschied die Kommission zwischen einer internen und einer externen Dimension von CSR. Die interne Dimension von CSR zielte auf die Verbesserung der unternehmensinternen Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten ab (vgl. ebd.: 9–12). Dabei standen die Arbeitnehmer_innen als „wichtigste Stakeholder der Unternehmen“ (ebd.: 20) im Zentrum und der Fokus lag auf der Verbesserung von Humanressourcen, auf einem umfassenden Arbeitsschutz, einer sozialverträglichen Umstrukturierung der Unternehmen, Partizipationsmöglichkeiten und einem ökologischen Ressourcenverbrauch. Unter die externe Dimension zählen gesamtgesellschaftliche und globale Aktivitäten, insbesondere zur Unterstützung lokaler Gemeinschaften, Geschäftspartnern, Zulieferern und Verbraucher_innen, den Menschenrechten und dem globalen Umweltschutz (vgl. ebd.: 12–17). Indem die Kommission beide Dimensionen gleichermaßen ernst nahm, wird deutlich, dass es ihr bei einer europäischen CSR in erster Linie um die Ziele „mehr und bessere Arbeitsplätze“ sowie „besseren sozialen Zusammenhalt“ ging. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Europäische Kommission eine europäische CSR als beschäftigungspolitisches Projekt vorgesehen hatte, mit dem Ziel die sozial- und beschäftigungspolitische Schiefelage in Europa geradezurücken.

¹¹ Da in der Debatte um eine europäische CSR der Begriff des *Business Case* überwiegt, wird im Folgenden ausschließlich damit gearbeitet und weniger mit den Begriffen implizit und explizit.

5.2. Prozessanalyse

5.2.1. Phase 1: CSR als neues beschäftigungspolitisches Konfliktfeld

Durch den Appell in der Lissabon-Strategie erlebte das Konzept CSR auf europäischer Ebene eine enorme Aufwertung, zumal nun neben der Kommission auch der Rat diesem Thema Legitimität, Anerkennung und Wichtigkeit zusprach. Noch im Jahr 2000 gingen die Unternehmen in die Offensive: Das Netzwerk EBNSC benannte sich um in CSR Europe und startete in Zusammenarbeit mit *The Copenhagen Centre* und den Kommissar_innen Diamantopoulou (GD B&S) und Liikanen (GD U&I) die europaweite CSR-Kampagne *For Sustainable Growth and Human Progress*. Die Kampagne zielte darauf ab, 500.000 europäische Wirtschaftsakteur_innen vom Potenzial von CSR und von der Implementierung von CSR-Maßnahmen ins alltägliche Geschäft zu überzeugen (vgl. Muchitsch 2012: 56). Auf einer ersten CSR-Konferenz, auf der neben CSR Europe und Kommissionsvertreter_innen auch der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC) teilnahm, entbrannte zum ersten Mal die Diskussion darüber, ob ein freiwilliger oder ein regulativer CSR-Ansatz sinnvoller wäre. Während der stellvertretende ETUC-Generalsekretär Jean Lapeyre eine europäische CSR-Richtlinie forderte, plädierte Davignon anstatt eines *Top-down*-Ansatzes für einen Multi-Stakeholder-Prozess, um ausreichend Zustimmung zu erreichen. Parallel dazu initiierte der deutsche Industrieverband BDI im Jahr 2000 das *Netzwerk Ecosense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft* aus global agierenden deutschen Unternehmen, die CSR anhand von Best-Practice-Austausch sowie einem Dialog mit Politik und Gesellschaft verbreiten wollten (vgl. Burgy 2012: 192). Darin versammelten sich u.a. Bayer, Siemens, Daimler-Benz und RWE, die zuvor zentrale Akteure von EBNSC/CSR Europe waren¹², aber aus Furcht vor einer versteckten Regulierungspolitik im Jahr 2000 ausgetreten waren (vgl. Kindermann 2013: 706).

¹² Siehe www.ecosense.de

Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs und des darin enthaltenen ambitionierten Vorschlags zu *Europäischen Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen* (vgl. EK 2001: 1) brach der Kompromiss zwischen proeuropäisch-sozialen und neoliberalen Akteur_innen zunehmend auseinander. Zwar beschrieb die Kommission CSR als freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen (vgl. ebd.: 7) und machte mit Blick auf dieselben an vielen Stellen deutlich, dass „es sich zum Beispiel unmittelbar positiv auf die Produktivität auswirkt, wenn man im sozialen Bereich mehr tut als, es die gesetzlichen Auflagen erfordern, zum Beispiel in Bezug auf Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Beziehungen zwischen Management und Beschäftigten“ (EK 2001: 2). Das dahinterstehende CSR-Verständnis der EK, das auf einen „angemessene[n] Regulierungs- und Gesetzesrahmen“ (ebd.: 7) für CSR sowie einheitliche Standards und Überwachungsmechanismen abzielte, ging den Wirtschaftsakteur_innen deutlich zu weit. Während die Kommission behauptete, dass sich nur so die Kritik vermeiden ließe, dass „es sich bei derartigen Berichten um substanzlose Public-Relations-Aktionen handelt“ (ebd.: 20), so war es für BusinessEurope essentiell, dass die Unternehmen in ihrer Wahl der CSR-Maßnahmen und Monitoring-Instrumente frei (vgl. BusinessEurope/UNICE 2001: 1). Obwohl CSR Europe und der ERT, anders als etwa BusinessEurope, einem europäischen Ansatz grundsätzlich positiv gegenüberstanden, warnten deren Vorstände Etienne Davignon, Gerharde Cromme und George Jacob in einem gemeinsamen Brief die Kommission davor, dass

„[a] European CSR model based on ‘European values’, with standardised approaches, certification procedures or specific reporting requirements [...] would run the risk of damaging the spirit of CSR, [...] and could prove harmful to the competitiveness of European companies and thus the achievement of the Lisbon goals“ (Jacobs et al. 2002: 1)

Auch im Rahmen der an das Grünbuch anschließenden öffentlichen Konsultation spiegelte sich die Ablehnung der Wirtschaftsakteur_innen wider, die die Mehrheit der Antworten ausmachten (vgl. Muchitsch 2012: 68). Vor allem Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände in Großbritannien und Deutschland argumentierten, dass Unternehmen durch die Schaffung gesamteuropäischer Rahmenbedingungen und der Vereinheitlichung von CSR-Standards in ein „Korsett gezwängt“ (BDA/BDI 2002: 2) würden. Am Widerstand der britischen Wirtschaftslobby scheiterte auch die Gesetzesinitia-

tive der Labour-Parlamentarierin Linda Perham, die zusammen mit den NGO *Corporate Social Responsibility Coalition* (CORE) und *Save the Children* sowie dem Thinktank *New Economist Foundation* einen CSR-Gesetzesentwurf ausgearbeitet hatte (vgl. Boeger et al. 2008: 209f). Während weitere Wirtschaftsakteur_innen auf einen „businessdriven“ (BusinessEurope/UNICE 2001: 1) CSR-Ansatz beharrten, forderten zivilgesellschaftliche Akteur_innen, dass CSR nicht lediglich ein „add-on to core business activities“ (Amnesty International 2001, zit. n. MacLeod 2005: 545) sein dürfe. Zwar begrüßten die meisten zivilgesellschaftlichen Vertreter_innen die Initiative der EK als „valuable in terms of promoting better corporate behaviour“ (Friends of the Earth 2001: 1), betonten aber die Notwendigkeit eines regulativen Rahmens, um Glaubhaftigkeit von CSR-Maßnahmen sicherzustellen sowie die organisierten Arbeiterschaften als zentrales politisches Instrument der Beschäftigten erhalten zu können (vgl. Nordestgaard/Kirton-Darling 2004: 7).

In diesen Reaktionen zeigte sich, dass der im Grünbuch formulierte CSR-Ansatz wenig konsensfähig und zu ambitioniert war, um gegen den mächtigen Widerstand der Wirtschaftslobbyisten anzukommen. Diese konfligierenden Interessen spiegelten sich auch innerhalb der Kommission wider, etwa darin, dass der Industriekommissar Erikki Liikanen eine Beteiligung seiner GD U&I am CSR-Prozess eingeforderte. Daraufhin wurde das Thema CSR bis auf Weiteres gemeinsam von der GD U&I sowie der GD B&S unter Anna Diamantopoulou koordiniert (vgl. Muchitsch 2012: 68).

5.2.2. Phase 2: Neoliberale Gegenoffensive

Einfluss und Widerstand der Kapitalfraktionen zeigten sich sogleich in der im Juli 2002 veröffentlichten ersten Mitteilung¹³ der EK zum Thema CSR. Bereits in der Einleitung kündigte sich ein erster Widerruf vieler progressiver Forderungen des Grünbuchs an, worin hervorgehoben wurde, dass CSR kein Konzept sei, das „dem Kerngeschäft von Unternehmen aufgefropft werden soll“ (EK 2002: 6). Da der Markt ohnehin verantwortungsvolles Handeln belohne und auf lange Frist „einen allmählichen Wertewandel und

¹³ Mitteilung betreffend die Soziale Verantwortung der Unternehmen: ein Unternehmensbeitrag zur nachhaltigen Entwicklung KOM(2002) 347 endgültig.

Wandel der unternehmenspolitischen Ausrichtung“ (ebd.: 5) mit sich bringt, würden regulative Maßnahmen wie Mindeststandards obsolet. Vielmehr sollten z.B. die Berichterstattung flexibel und „jedem einzelnen Unternehmen angemessen“ (ebd.: 16) sein. Es wurde kaum mehr von Verpflichtungen gesprochen, dafür wurde das Prinzip der Freiwilligkeit stärker betont und mit den ökonomischen Vorteilen begründet, wie einem positiven Image, Vertrauen der Kundschaft, Investorenzufriedenheit, Wettbewerbsposition und Innovationskraft sowie eine höhere Arbeitsplatzattraktivität (vgl. ebd.: 6f).

Ganz in der Logik des *Business Case*-Modells stellte die Europäische Kommission CSR als eine Gelegenheit für das Unternehmensmanagement dar, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ein unternehmensfreundliches Umfeld zu schaffen: „Unternehmen täten [...] gut daran, soziale und ökologische Fragen in das Tagesgeschäft zu integrieren“ (EK 2002: 16). Auch die aktive Rolle der Behörden wurde gegenüber dem Grünbuch deutlich zurückgenommen: Es ging nicht mehr darum, einen (gesetzlichen) Rahmen für CSR zu schaffen, sondern die neuen Aufgabenbereiche der Politik wurden v.a. in der Wissensvertiefung und -verbreitung über die positiven CSR-Effekte gesehen sowie in der Förderung des Erfahrungs- und Best-Practice-Austauschs (vgl. ebd.: 9). Als wichtigster Punkt der Mitteilung galt die Gründung des ESM-Forum, das sich aus relevanten CSR-Akteur_innen, darunter Vertreter_innen aus Wirtschafts-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie sozialpolitischen NGO zusammensetzen sollte. Anders als zuvor vom Europäischen Parlament (EP) und ETUC gefordert, sollte das Forum nicht als Überwachungsinstanz dienen, sondern eine Diskussionsplattform zur Konsensfindung darstellen. Dabei sollten bis 2004 Leitlinien für Performancekriterien, Berichterstattung und Vertrauensbildung sowie für den Business Case – die Beziehung zwischen CSR und Wettbewerbsfähigkeit – erarbeitet werden, um schließlich zu analysieren, ob „zusätzliche Maßnahmen auf EU-Ebene“ (ebd.: 19) nötig sind.

Die Ankündigung solcher „zusätzlicher Maßnahmen“ alarmierte BusinessEurope, das daraufhin seine Teilnahme am ESM-Forum nur unter der Bedingung einer führenden Rolle innerhalb des Forums, des Erhalts des Freiwilligkeitsprinzips sowie einer Absage an Standardisierungsvorhaben ankündigte (vgl. Ungericht/Hirt 2010a: 183). Den starken Einfluss, den dieser Sozialpartner auf die Kommission besaß, zeigte sich beim ersten Treffen des ESM-Forums am 16. Oktober 2002, als mit zehn von 17 teilnehmenden

Organisationen¹⁴ die Wirtschaftakteur_innen die Mehrheit darstellten. Daraus entwickelte sich eine von BusinessEurope und CSR Europe organisierte „Blockadehaltung“ (Ungericht/Hirt 2010a: 184) gegenüber den Forderungen zivilgesellschaftlicher Akteur_innen nach einer glaubwürdigen Berichterstattung und einem verifizierbaren Auditsystem“ (zit. n. de Schutter 2008: 213), dessen Notwendigkeit Anne-Sophie Parent, Geschäftsführerin von Social Platform gemeinsam mit Duncan McLaren von Green 8 betonte. Bereits beim ersten offiziellen Treffen gelang es den Kapitalfraktionen, ein stark reduziertes Mandat sowie eine enge inhaltliche Struktur durchzusetzen, denn es wäre „inappropriate to conceive the forum as a place where the participants are expected to negotiate or define guidelines or guiding principles“ (de Buck 2002: 2), so Philipp de Buck, der Generalsekretär von BusinessEurope. So war die Diskussion von vornherein thematisch stark limitiert und kritische Punkte, z.B. welcher CSR-Ansatz zugrunde liegen oder welche Rolle die Politik einnehmen sollte, waren keine Themen des EMS-Forums.

Ein zentraler Diskussionspunkt des ESM-Forums war die Sozial- und Umweltberichterstattung. Diese stellte eine wegweisende Forderung der NGO dar, und im Sinne eines Zugeständnisses von Seiten der Wirtschaftsakteur_innen erhielt dieser Aspekt eine vergleichsweise hohe Zustimmung. Zudem behaupteten einige Akteur_innen, die einen europaweiten Business-Case Ansatz unterstützten, dass „good management is becoming an important factor in making investment decisions“ (Davignon 2003, zit. n. EurActiv.com v. 21.11.2003) und offenbarten damit erneut Differenzen gegenüber einigen national-orientierten Akteur_innen wie BusinessEurope, die keinerlei neue europäische Gesetzgebung vorsah-

¹⁴ Teilgenommen am EMS-Forum haben: BusinessEurope, CEEP (Europäischer Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen), UEAPME (Europäische Dachorganisation des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe, CECOP (Europäisches Komitee der Arbeits- und Produktionskooperativen), ERT, Eurochambres, CSR Europe, WBCSD (World Business Council on Sustainable Development), ETUC, CEC (European Managers), Social Platform (Platform of European Social NGO), Green Eight (Group of 8 Environmental NGO), BEUC (European Consumers' Organisation), FIDH (Fédération Internationale des Droits de l'Homme), Amnesty International, Oxfam (später IIED – International Institute for Environment and Development), FLO (Fairtrade Labeling Organisations International).

hen. Dennoch hatte die Kommission diesen Basiskonsens genutzt, um die sogenannte Modernisierungsrichtlinie im Juni 2003 einzuführen. Sehr vage wurden darin Unternehmen dazu verpflichtet, neben finanziellen Informationen auch nicht-finanzielle Informationen (NFI) in ihren Jahresbericht aufzunehmen (vgl. Bizzarri 2013: 3).

Als die Arbeit des Forums am 24. Juni 2004 endete, sprachen Kommissar Erikki Likkanen von einem „successful experiment, which showed that stakeholder dialogue can lead to cooperation and in good faith between parties with very different views“ (Loew 2005: 15) und EuroCommerce von einem „consensual report with mutually reinforcing recommendations“ (ebd.: 20). Die Positionen von NGO und Gewerkschaften waren in folgendem Konsens, der im Abschlussbericht dargelegt wurde, allerdings nicht enthalten: „Convergence of CSR practices and tools is occurring on a market-led basis through voluntary bottom-up and multi-stakeholder approaches, and other drivers, and that this can achieve quality and a good balance between comparability, consistency and flexibility“ (EMS-Forum 2004: 4). Auf diesen bestehenden Dissens wurde lediglich in einer Fußnote hingewiesen. (ebd.: 1). Die Empfehlungen, auf die sich alle Stakeholder einigen konnten, waren einige wenige Aspekte, wie eine bevorzugte öffentliche Mittelvergabe bei Implementierung von CSR-Maßnahmen, Wissensförderung und eine CSR-Berichterstattung (vgl. ebd.: 14).

Die Konsequenz dieses enttäuschenden Ergebnisses war der Austritt der NGO aus dem EMS-Forum – in einem Dialog mit den Wirtschaftsakteur_innen konnten die zivilgesellschaftlichen keinen Sinn mehr sehen (Muchitsch 2012: 24). Stattdessen riefen sie die EU-Institutionen in einem Brief auf, eine führende Rolle in der Entwicklung eines effektiven EU-Rahmens für CSR einzunehmen (vgl. Parent et al. 2004: fidh.org). Um ihre Forderungen nach proaktiven und konsistenten Gesetzen (vgl. ebd.) zu bündeln und gegenüber den Wirtschaftsakteur_innen zu stärken, gründeten die sozial- und umweltpolitischen NGO im Jahr 2005 den europäischen Dachverband *European Coalition for Corporate Justice* (ECCJ).

5.2.3. Phase 3: Ein neues Bündnis für CSR

„Anything annoying business had to be removed, and CSR had become a nuisance for business”
(EU-Beamter 2011, zit. n. Kindermann 2013: 709).

Im gleichen Jahr spielte sich auf der Kontextebene eine für die Wirtschaftsakteur_innen wichtige Kräfteverschiebung innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles ab. In einigen Mitgliedstaaten wurden sozialdemokratische Regierungen abgewählt, wie in Deutschland als mit Angela Merkel eine Kanzlerin aufgetreten war, die zwar regelmäßig „mehr Europa“ (z.B. in einer Rede vom 12. Juni 2012) forderte, sich dabei aber vor allem auf national-neoliberale und konservative Kräfte stützte (vgl. Georgi/Kannankulam 2012: 14; Georgi/Kannankulam 2015: 355f). Gleiches galt für die EK, deren neuer Präsident Manuel Barroso im Herbst 2004 den Sozialdemokraten Romano Prodi ablöste und dessen Kommission – als Spiegelbild der neuen Regierungen in Europa – aus einer Reihe konservativer Kommissare bestand. Die Kräfteverschiebung innerhalb der Kommission zeichnete sich beispielsweise in der Positionierung von Günter Verheugen als Industrie-Kommissar ab, dessen Stimme durch das Amt des Vizepräsidenten gestärkt wurde. Diese erstarkte GD tat sich sogleich maßgeblich in der Ausarbeitung der Leitlinien für die zweite Hälfte des Lissabon-Prozesses hervor: Noch bevor ein Ergebnis aus den anderen GD – eigentlich waren dafür die GD B&S sowie die GD Wirtschaft und Finanzen (GD W&F) – primär beauftragt – zustande kommen konnte, veröffentlichte Verheugens GD ein Arbeitspapier, in dem eine strikte Vereinfachung der bisherigen Strategie sowie makroökonomische Zielvorgaben vorgesehen waren. Mit diesem Papier, das letztlich die Grundlage für die Lissabon-Reform war, machte Verheugen seine kapitalnahe Position deutlich (vgl. ebd.: 201).

Die Folge war eine Reform der Lissabon-Strategie im Frühjahr 2005, deren Fokus verstärkt auf Wachstum lag, wohingegen die beschäftigungspolitischen Themen in den Hintergrund rückten. Im Mittelpunkt standen nun stabile makroökonomische Verhältnisse, eine konsequente Haushaltspolitik (vgl. EK 2005: 5) und die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds für Unternehmen (vgl. ebd.: 13). Im Fokus der beschäftigungspolitischen Agenda waren die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus und des Humankapitals, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie die Senkung der Arbeitskosten (vgl. Muhr 2012: 82). Indem Wachstum und ein hohes

Beschäftigungsniveau als Voraussetzung für weitere strategische Ziele wie sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz benannt wurden, wurde mit der Lissabon-Reform die Beschäftigungspolitik in den Kontext von Wirtschafts- und Finanzpolitik gerückt. Inmitten dieser Logik platzierte die Kommission die europäische CSR-Strategie, der Kommissar Verheugen einen erneuten Bedeutungszuwachs verliehen hatte: „Freiwillige Unternehmensinitiativen im Zusammenhang mit der Übernahme sozialer Verantwortung können einen großen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten und Europas Innovationspotenzial und Wettbewerbsfähigkeit steigern“ (EK 2005: 28). Gleichzeitig versprach die EK ein „besseres“ (ebd.: 19) regulatorisches Umfeld für Unternehmen sowie „wohl-durchdachte Rechtsvorschriften“ (ebd.: 18) zu schaffen. Dass die Barroso-Kommission, zumal der inhaltlich maßgeblich verantwortliche Kommissar Verheugen, darunter in erster Linie weniger Regulierung, Kostenreduzierung und Bürokratieabbau verstanden, wird im weiteren CSR-Prozess deutlich.

Parallel zu den Vorbereitungen einer Lissabon-Reform hatte sich die europäische Dachorganisation des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe (UEAPME) der CSR-Offensive angeschlossen und startete im Oktober 2004 zusammen mit EuroChambres, dem Dachverband der europäischen Wirtschaftskammern und dem PR-Unternehmen *Ogilvy Public Relations Worldwide* die *Pan-European Awarenessraising campaign on CSR*. Diese Kampagne war eine Initiative Verheugens GD U&I, die damit auch die Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) für CSR sensibilisieren wollte. Der Einfluss, den die Akteur_innen um UEAPME in den darauffolgenden Monaten auf den CSR-Prozess nahm, wurde sowohl in der Lissabon-Reform als auch in der zweiten CSR-Mitteilung der Kommission deutlich, in der den KMU eine besondere Bedeutung zukam.

Der treibende Akteur der Mitteilung *Ein Bündnis für soziale Verantwortung von Unternehmen* vom März 2006 war der Industriekommissar Verheugen, der darin eine völlige Abkehr von vielen Positionen des Grünbuchs vornahm und weitgehend die Argumentation und Rhetorik der Arbeitgeberorganisationen übernahm (vgl. Ungericht/Hirt 2010a: 180). Bereits der Titel *Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung: Europa soll auf dem Gebiet der sozialen Verantwortung der Unternehmen führend werden* implizierte einen Anspruch der Unternehmen gegenüber der Politik. Unter diesen Vorzeichen wurde zudem eine neue CSR-Definition formuliert: „Da es bei CSR im Wesentlichen um ein frei-

williges Tätigwerden der Unternehmen geht, könnte sich ein Konzept, das zusätzliche Verpflichtungen und administrative Anforderungen an die Unternehmen beinhaltet, als kontraproduktiv erweisen und würde den Grundsätzen der besseren Rechtsetzung entgegenlaufen“ (EK 2006: 4). CSR wurde nun als ein vom Markt bestimmtes und am Markt orientiertes Instrument definiert, das Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen kann, daher langfristig im unternehmerischen Eigeninteresse ist und entsprechend keinerlei Regulierung bedarf. Es war nicht mehr die Rede von einer ausbalancierten, intelligenten Rechtsetzung, sondern die Europäische Kommission appellierte lediglich an die Unternehmen zur „Selbstbeschränkung und Mobilisierung für die Interessen sozialer Stabilität und des Allgemeinwohls“ (ebd.: 3) sowie dafür, „öffentlich für nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen einzutreten“ (EK 2006: 3). Ging es im Grünbuch noch um eine Besserstellung der Beschäftigten – die interne Dimension von CSR – waren nunmehr externe Ziele in den Vordergrund gerückt: bessere Innovationsleistungen und Schaffung eines günstigen Unternehmensumfeldes sowie ein positiveres Image von Unternehmen in der Gesellschaft (vgl. ebd.: 5). Mit anderen Worten ging es nun in erster Linie darum, CSR als Wettbewerbsfaktor und Innovationsmotor europäischer Unternehmen zu instrumentalisieren; CSR war nun „quid pro bono for business-friendly policy“ (Kindermann 2013: 711) – wie es das *Business Case*-Modell vorsieht. Die Rolle der Politik sowie der Zivilgesellschaft wurde ebenfalls vollständig zurückgenommen, stattdessen „ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass sie ihre Ziele am besten durch eine engere Zusammenarbeit mit den europäischen Unternehmen erreichen kann“ (ebd.: 4). Dafür kündigte die EK die Schaffung eines *Europäischen Bündnisses für CSR* an, in dem alle europäischen Unternehmen vereinigt werden, die CSR bereits aktiv betreiben. Unter diesem „politischen Dach“ (ebd.: 7), das de facto¹⁵ das EMS-Forum ablöste, sollten neue und die bereits bestehenden CSR-Initiativen gebündelt und europaweit verbreitet werden. Der Auftrag dieser CSR-Allianz galt der Sensibilisierung für CSR, der Wissensvertiefung, der Unterstützung der Unternehmen bei der Implementierung sowie der Schaffung eines CSR-freundlichen Umfelds.

¹⁵ Zwar bestand das EMS-Forum noch im Abstand von zwei Jahren statt, wurde aber von NGO und Gewerkschaften ab 2004 bzw. 2006 nicht mehr besucht.

Maßgeblicher Initiator einer solchen CSR-Allianz war CSR Europe, die auch die Statuten, mitsamt der Ziele und dem Mandat der Allianz (im Anhang der Mitteilung) ausgearbeitet haben – nicht ohne den Entwurf zuvor mit BusinessEurope und UEAPME abgestimmt zu haben (vgl. Muchitsch 2012: 85). Hierin wird eine deutliche Neuausrichtung der CSR-Debatte zugunsten marktorientierter Akteur_innen deutlich, welche diese zweite Mitteilung als große Errungenschaft begrüßten: Notredaeme bezeichnete sie als das Ende der alten, lähmenden Diskussionen um Regulierungen (vgl. Gardner 2007: eurocorrespondent.com) und der Vorstand von BusinessEurope verkündete in einem internen Brief, dass die „verbal concessions“ (Ungericht/Hirt 2010b: 14) in Richtung NGO keine spürbaren Auswirkungen haben würden (vgl. ebd.). Vehemente Kritik an diesem Lippenbekenntnis der Kommission an die Kapitalakteur_innen erfolgte nicht nur von Seiten der NGO, die in einer CSR-Allianz eine „gigantische Greenwashing-Kampagne“ (ECCJ 2006: 3) bzw. eine „bloße PR-Aktion“ (ETUC 2007: etuc.org) sahen – was angesichts der Beteiligung von Unternehmen wie Bayer, BP, Shell und Nestlé gerechtfertigt erschien (vgl. ebd.: 3). Auch einige EU-Parlamentarier_innen, Kommissare und Medien wiesen dieses Vorgehen zurück und selbst ein EU-Beamter bezeichnete die damalige Kommission als „heavily influenced“ (Kindermann 2013: 710) von den offensiven Wirtschaftslobbyisten. Sogar die Financial Times attestierte der Kommission, die Positionen von NGO und Gewerkschaften vollständig zu ignorieren (vgl. Williamson et al. 2006).

Besonders energisch engagierten sich Teile des EP gegen Verheugens Vorgehen. Im Dezember 2016 verfasste dessen CSR-Sprecher Richard Howitt in Zusammenarbeit mit ECCJ den sogenannten Howitt-Bericht, welcher anschließend vom EP als Entschließung angenommen und als „breaking new grounds“ (ECCJ 2007) im CSR-Prozess begrüßt wurde. Darin betonte das Parlament, „dass die Unternehmen nicht als Vertreter der staatlichen Stellen betrachtet werden sollten, wenn diese es versäumen, die Einhaltung der Sozial- und Umweltstandards zu überwachen“ (EP 2007: 56). Weiterhin zeigte es sich überzeugt, dass der „Grundsatz der Rechenschaftspflicht der Unternehmen ein wesentliches Element des europäischen Sozialmodells, der europäischen Strategie für nachhaltige Entwicklung und der Bewältigung der sozialen Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung darstellt“ (EP 2007: 56). Ab diesem Punkt der CSR-Debatte begann ein breites Bündnis aus NGO, Gewerkschaften und Parlamentarier_innen,

ihre Energie auf die Ausarbeitung eines verpflichtenden Rahmenwerks für eine Berichterstattung über die soziale, ökologische und menschenrechtsrelevante Performance auszurichten (vgl. EP 2007; ECCJ 2007; ETUC 2007).

5.2.4. Phase 4: Die Debatte um eine neue Berichterstattung

Als im Jahr 2008 die multiple Krise die weltweiten Finanzmärkte in Schrecken versetzte und die Regierungen Europas in einen *Austeritätswahn* verfielen, intensivierte sich die neoliberale Disziplin, und befeuerte eine Kräfteverschiebung zugunsten neoliberaler Interessen. Die drastischen sozialen Folgen der Krise aber auch des Krisenmanagements einer neuen *Economic Government* (u.a. Klatzer/Schlagler 2011; Oberndorfer 2012) hatten die Legitimitätskrise in Europa einmal mehr zugespitzt. Von allen Seiten wurden die Rufe laut nach einem „Wettbewerb mit Augenmaß und soziale[r] Verantwortung“ (Merkel 2008, zit. n. Spiegel Online v. 31.12.2008), nach mehr Transparenz (vgl. Eurosif 2009:1) und nach einer „legislation that will hold European companies accountable for the damage caused“ (de Clerck 2011, zit. n. Lynch 2011). Doch anders als in den 1990er-Jahren, sahen die europäischen Eliten einen verstärkten neoliberalen Kurs als Lösung. Ihr primäres Ziel war es, das Vertrauen der Bürger_innen in die *heilende Kraft des Marktes* wiederherzustellen und die Finanzsysteme zu stabilisieren. Ein wichtiges Instrument stellte dabei die im Jahr 2010 von den Staats- und Regierungschefs, Ratspräsident Jean-Claude Juncker und Kommissionspräsident Manuel Barroso verabschiedete Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum (EK 2010: 1) dar. Um die Wirtschaft bei der Herausforderung der Krise zu anzuleiten, stellte die Europäische Kommission ein Rahmenkonzept für eine „moderne, unternehmerische Entfaltung“ (ebd. 20) in Aussicht und setzte erneut auf Innovation und Nachhaltigkeit in der Wirtschaft sowie eine „intelligente Regulierung“ (ebd.: 15, 20, 25). Im Hinblick auf die Rekordarbeitslosigkeit und den schwindenden sozialen Zusammenhalt kündigte die Kommission eine Modernisierung und Intensivierung der EU-Beschäftigungs- und Bildungspolitik an. Die darunter genannten Maßnahmen zielten v.a. auf eine „vermehrte Beteiligung am Arbeitsleben und den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit sowie die Stärkung der sozialen Verantwortung der Unternehmen“

(ebd.: 21f) ab. In Verbindung mit einer *intelligenten Regulierung* sollte die neue EU-Strategie die soziale Verantwortung von Unternehmen „als einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung langfristigen Vertrauens bei Beschäftigten und Verbrauchern“ (ebd.: 20) fördern.

Die Diskussion um Vertrauen, Verantwortlichkeit und Transparenz hatte sich nicht nur im Rahmen des Krisenmanagements verdichtet, sondern auch in der CSR-Debatte wurden entsprechende Forderungen energischer und weit verbreitet. In Dänemark waren seit 2008 die 1000 größten Unternehmen zu einer sozialen und Umweltberichterstattung verpflichtet – ein Gesetz, das v.a. von NGO, Gewerkschaften und einigen EU-Parlamentariern zitiert und als Modell einer neuen EU-Gesetzgebung angeführt wurde (vgl. EurActiv v. 25.10.2011; ECCJ 2011a). Der Ansatz der dänischen Regierung, der sogenannte *Comply-or-explain*-Ansatz, wurde auch im Rahmen der CSR-Allianz diskutiert und zentrale Akteur_innen um CSR Europe hatten entsprechende Vorschläge in Zusammenarbeit mit den NGO *Global Reporting Initiative* (GRI) und *AccountAbility* zu CSR-Reporting erarbeitet (vgl. Noterdaeme/Sarkic-Todd 2011: 3).

Neben dieser neuen Kräftebündelung war außerdem – im Kontext der Finanzkrise – eine neue Akteursgruppe in die CSR-Debatte eingestiegen: Einige Finanzakteur_innen hatte sich den Forderungen nach mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit angeschlossen, darunter z.B. der Europäische Dachverband für Nachhaltige Geldanlagen (Eurosif) und die Europäische Dachvereinigung für Finanzanalyse und Anlageverwaltung (EFFAS). Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation zum Thema Offenlegung nichtfinanzieller Informationen kritisierten die Befürworter_innen einer neuen Gesetzgebung den Status quo als unzureichend, da so bewusst unbrauchbare Informationen erzeugt würden, und beriefen sich dabei auf zahlreiche Studien¹⁶ (Christensen 2011: 2; Amnesty International 2011: 2). Die Gründe dafür lagen, so Ralf Frank von EFFAS, im

¹⁶ Im Rahmen einer Studie zum bisherigen Berichterstattungs- bzw. Offenlegungs-Regime fanden beispielsweise dänische Forscher_innen heraus, dass über 80% der Investmentanalysten, die bislang zur Verfügung stehenden Informationen der Unternehmen nicht nutzen könnten, gleichzeitig gaben 80% der Unternehmenrepräsentat_innen offen zu, dass ihre Informationen keine geeignete Grundlage für Investitionsentscheidungen wären (vgl. Eurosif 2011: 2).

Freiwilligkeitsansatz „as it is mainly regulated at a voluntary level and hence does not offer sufficient comparability to be meaningful for inclusion in investment or credit lending decisions“ (Frank 2011: 2). Das „establishment of clear principles will help to define and produce relevant disclosure of nonfinancial information“, so die *Association of Chartered Certified Accountants* (ACCA 2011). Auch auf internationaler Ebene hatten die Themen Berichterstattung und Transparenz einen Bedeutungsgewinn erlebt, allen voran die UN Guiding Principles on Business and Human Rights von John Ruggie oder die *OECD Guidelines for Multinational Enterprises*, die bereits vielerorts praktiziert wurden. Gegenüber diesen hohen Standards sah die Kommission ein, dass ihr CSR-Verständnis „was beginning to look a bit outdated“ (Kindermann 2013: 712), wie ein EU-Beamter im Interview anerkannte.

Inmitten der Finanzkrise stieß das Interesse der Finanzakteur_innen auf offene Ohren der Kommission. Besonders angesprochen fühlten sich die GD U&I, die mittlerweile die volle Verantwortung für CSR übernommen hatte, ebenso wie die GD Binnenmarkt und Dienstleistung (GD B&D), deren Interesse an CSR als Wirtschaftsfaktor zunehmend gestiegen war. Selbst Kommissar Verheugen schloss sich dem Trend an und verkündete, dass die Themen Transparenz und nichtfinanzielle Berichterstattung im Kontext der Krise einer besonderen Auseinandersetzung bedürften (vgl. Eurosif 2009: 2). Zwar stimmten nach wie vor einige Akteur_innen gegen eine Reform der Berichterstattung und sahen weiterhin keinen Grund das bestehende Regime auf EU-Ebene zu verändern (vgl. BusinessEurope 2011a: 3). Zudem wären neue Vorschriften „unnötige Lasten“ (Ecosense 2011: 3), wie das deutsche Unternehmensnetzwerk Ecosense behauptete. Dennoch schien sich durch die Fürsprache einiger Kapitalakteur_innen ein Gelegenheitsfenster für eine neue Offenlegungspflicht geöffnet zu haben, wie MdEP Howitt im Rahmen eines EMS-Forum-Treffens zum Ausdruck brachte: „[E]ven though there won't be consensus, now is the time to be courageous“ (Eurosif 2009: 2).

An dieses Meinungsbild knüpfte die Europäische Kommission in ihrer vorerst letzten CSR-Mitteilung im Oktober 2011 an. Darin redefinierte sie CSR als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ (EK 2011: 7) und leitete damit eine erneute Wendung im CSR-Prozess ein. Soziale Unternehmensverantwortung betreffe „soziale, ökologische, ethische, Menschenrechts- und Verbraucherbelange“ (ebd.: 7) und müsse „in enger Zusammenarbeit mit den Stakeholdern in die Betriebsfüh-

rung und in ihre Kernstrategie integriert werden“ (ebd.: 7). Damit enthielt diese *Neue Strategie* im Wesentlichen zwei Neuerungen: Erstens weitete die Kommission den Umfang von CSR auf die gesamte Unternehmenstätigkeit aus, sodass CSR fortan auf die Frage abzielte, ob die Unternehmen ihre negativen Externalitäten internalisieren und folglich vermeiden würden. In diesem Zusammenhang entledigte sich die Europäische Kommission, zumindest formell, dem Prinzip der Freiwilligkeit – die radikalste Neuerung dieser Neuen Strategie. Zweitens stellte sie einen ersten konkreten Gesetzesentwurf in der CSR-Debatte in Aussicht: einen „Vorschlag für eine Rechtsvorschrift über die Transparenz der sozialen und ökologischen Informationen“ (ebd.: 14). Bis dahin forderte die Kommission von allen großen europäischen Unternehmen (über 1000 Beschäftigte), sich bis 2014 zu verpflichten, zumindest eines der nachstehenden Regelwerke bei der Entwicklung ihres CSR-Konzepts zu berücksichtigen: OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, *Global Compact* der Vereinten Nationen oder ISO-Norm 26000 zur sozialen Verantwortung (vgl. EK 2011: 16). Sich selbst beauftragte die Kommission mit der Überprüfung der eingegangenen Verpflichtungen (vgl. ebd.: 16). Zudem bekannte sich die Europäische Kommission (wieder) zu einer *intelligenten Kombination* aus freiwilligen Maßnahmen und nötigenfalls ergänzenden Vorschriften (vgl. ebd.: 9), zu einer aktiven Rolle der Behörden und der Zivilgesellschaft im Bereich der Überwachung und Kontrolle sowie die Notwendigkeit eines Multi-Stakeholder-Ansatzes (vgl. ebd.: 6). Damit stellte die Kommission einen starken Kontrast zur formlosen CSR-Allianz her, deren Arbeit im Jahr 2009 formell abgeschlossen wurde.

Obwohl auch in dieser *Neuen Strategie* ein klarer Fokus auf dem ökonomischen Nutzen und dem Business Case von CSR lag und die Kommission vor allem darauf abzielte, „auf mittlere und lange Sicht günstige Bedingungen für nachhaltiges Wachstum, verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten und die Entstehung dauerhafter Arbeitsplätze zu schaffen“ (EK 2011: 5) und das Vertrauen der Bürger_innen zu erhöhen (vgl. ebd.: 4), sprach ECCJ von einem eindeutigen Schritt nach vorne (vgl. ECCJb 2011: 2). Auch der ETUC-Generalsekretär Patrick Itschert zeigte sich sichtlich überrascht von der Wendung: „I did not like the move of CSR going to DG Enterprise [from DG Employment]. But I have to admit that the team Tom Dodd and Pedro Ortún is good“ (Kindermann 2013: 713). Im Vordergrund standen für diese Protagonist_innen die Aussicht auf eine neue Gesetzgebung sowie die

Rückbesinnung der Kommission zur ursprünglichen Aufgabe, die sozialen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise abzufedern (vgl. EK 2011: 5).

Auffallend zurückhaltend verhielten sich zu diesem Zeitpunkt die Akteur_innen um CSR Europe. Im Gegenteil, die ehemalige Geschäftsführerin Kerstin Born zeigte sich verständnisvoll und erläuterte, dass das Freiwilligkeitsprinzip im Lichte der Krise und des Vertrauensverlusts der Bürger_innen, nicht mehr zu rechtfertigen war und es Zeit war „to move on“ (Kindermann 2013: 711). Demgegenüber zeigten sich die Akteur_innen um BusinessEurope, die einen europaweiten Ansatz nach wie vor „extremely concerned“ (EuroChambres 2012: 2) und forderten eine Rückkehr zum wirtschaftsorientierten Ansatz und zur Freiwilligkeitsformel (vgl. BusinessEurope 2012: 3). Auch einige Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, drückten ihre „sehr große Skepsis“ (von der Leyen 2011: 3) gegenüber einer gesetzlichen Berichtspflicht aus und blockierten die europäische Transparenz-Initiative, wie deutsche NGO in einem offenen Brief an Kanzlerin Merkel 2012 kritisierten (vgl. Germanwatch 2012).

Als die Kommission im Herbst 2011 eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe organisierte, deren Ziel es war einen Richtlinienvorschlag auszuarbeiten, standen sich die Positionen der Industrie – ein Richtlinienvorschlag basierend auf allgemeinen Grundsätzen – und die der NGO – spezifische Schlüsselindikatoren – gegenüber. Letztere Forderungen wurden bereits nach der zweiten Sitzung fallen gelassen, und eine klare Ausrichtung der Kommission an den Interessen der Industrie zeichnete sich ab (vgl. Bizzarri 2013: 9). Zudem kam es in dieser Phase erneut zu innerapparativen Auseinandersetzungen in der Kommission, und das Resultat war die Abordnung der progressiven Kommissionsmitarbeiter Pedro Ortún und Tom Dodd, der als „the brainchild of the Commission’s ‘renewed strategy’“ (Kindermann 2013: 714) galt.

Die Auseinandersetzung um eine Berichterstattungspflicht spitzte im Frühjahr 2013 zu als eine Eurobarometer-Umfrage¹⁷ den Vertrauensverlust der europäischen Bürger_innen in die Wirtschaft schwarz auf weiß offenbarte. Gleichzeitig wurde darin ein hohes Interesse an einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit der Unternehmen kommuniziert. Diesen Anlass sah Howitt, mit Blick

¹⁷ Wie Unternehmen unsere Gesellschaft beeinflussen: Die Sicht der Bürger (2013)

auf den langsamen Fortschritt in den Verhandlungen, als „piercing siren call to action“ (Howitt 2013). Zusammen mit seinem Kollegen Raffaele Baldassarre von der EVP betonte er mit Nachdruck, dass Unternehmen nicht die Aufgabe der Politik übernehmen dürften, wenn es um die Kontrolle der Einhaltung sozialer und Umweltstandards gehe (vgl. Baldassarre/Howitt 2013: 4). Demgegenüber forderten die Vorstände von UEAPME, EuroChambres und CEEP, dem europäischen Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen, in einem gemeinsamen Schreiben an die Kommission, dass CSR und v.a. die Offenlegung nichtfinanzieller Informationen eine Angelegenheit der Unternehmen bleiben müsse, um sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich nützlich zu sein (vgl. Beyrer et al. 2013).

5.3. Akteursanalyse: Kräfteverhältnisse im Konflikt um eine europäische CSR

Die gesellschaftlichen Kräfte reagierten auf den Vorschlag der Kommission, eine europäische CSR zu entwickeln, auf unterschiedliche und widersprüchliche Weise. Während einige Akteur_innen das Grünbuch grundsätzlich begrüßten und die Kommission weiteren Maßnahmen ermutigte, formierte sich demgegenüber ein massiver Widerstand derjenigen, die dahinter eine europaweite Regulierung befürchteten. Dieser Dissens verdeutlicht, dass die Strategie der Kommission nicht aufging, anhand des politischen Projekts CSR einen Konsens zwischen wachstums- und beschäftigungspolitischen Zielen schaffen zu können. Stattdessen intensivierten sich im Rahmen des angestoßenen politischen Konflikts die Unstimmigkeiten, und die ursprünglichen Zielvorgaben verschoben sich zugunsten marktorientierter Interessen. Wie es dazu kam, wird im Folgenden anhand einer Rekonstruktion der in der Debatte relevanten Kräfteverhältnisse erklärt.

5.3.1. Neoliberales Hegemonieprojekt: CSR als dereguliertes Unternehmensinstrument

Wie bereits zuvor gezeigt (u.a. Macartney 2009; Georgi/Kannankulam 2012; Wissel 2012) kann nicht von *dem Neoliberalismus* als einheitliches Denkgebäude geredet werden. Vielmehr haben sich in den letzten Jahrzehnten die zentralen neoliberalen

Parameter verallgemeinert und verschiedene Strömungen konnten in das Projekt integriert werden (vgl. Wissel 2012: 11). Die zentrale Strategie des neoliberalen Hegemonieprojekts ist der wettbewerbsstaatliche Umbau nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und staatlicher Aufgaben, die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen und der Abbau staatlicher Regulierungen (vgl. Buckel et al. 2014: 65). Waren die neoliberalen Akteur_innen zuvor auf dem Feld der Beschäftigungspolitik weniger aktiv, so tat sich durch die CSR-Strategie eine Gelegenheit auf, dort ihre Interessen und Ziele in Stellung zu bringen. Im politischen Konflikt um eine europäische CSR hatte sich das neoliberale Hegemonieprojekt in zwei Fraktionen – eine proeuropäische und eine nationalorientierte – gespalten. Beide Fraktionen standen dem Konzept von CSR als freiwillige Selbstverpflichtung grundsätzlich positiv gegenüber, lehnten aber den regulativen CSR-Ansatz der Europäischen Kommission ab. Die beschäftigungspolitischen Ziele der neoliberalen Akteur_innen waren die Verteidigung der deregulierten CSR-Praxis sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen durch eine erhöhte Erwerbsquote und Produktivität sowie ein verbessertes Humankapital. Das CSR-Verständnis dieser Akteur_innen basierte auf dem Business Case-Modell, wonach CSR aus Eigeninteresse der Unternehmen und deren Wettbewerbsvorteil praktiziert wird. Demnach bestand für dieses Hegemonieprojekt ein starker Business Case für CSR, was bedeutet, dass Unternehmen aufgrund der Profitabilität und des Wettbewerbs um das Wohlwollen von Konsument_innen sowie um qualifizierte Arbeitskräfte automatisch sozial verantwortliches Verhalten implementieren würden. Regulierungen wären demnach nicht nur überflüssig, sondern kontraproduktiv, da zusätzliche freiwillige CSR-Initiativen so abschrecken würden.

Die bereits zu Beginn des CSR-Projekts auftretenden Spaltungen innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts intensivierten sich zunehmend im weiteren Aushandlungsprozess, wobei an vielen Punkten gegenseitige Bündnisse eingegangen wurden, um Teilerfolge zu erzielen. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Fraktionen bestand in der jeweiligen Strategie, welche sie gegenüber der EU als Motor einer CSR-Politik verfolgten oder, anders ausgedrückt, welche Rolle der EU in diesem Prozess geschrieben werden sollte. Während die proeuropäische Fraktion die Initiative der Kommission zu einem europäischen Ansatz forcierte, lehnte die national-orientierte Fraktion einen solchen ab und plädierte für möglichst flexible Handlungsräume der Unternehmen.

5.3.1.1. Proeuropäische Fraktion: CSR als Wettbewerbsfaktor für die EU

Grundsätzlich begrüßten die proeuropäischen Akteur_innen des neoliberalen Hegemonieprojekts den Vorstoß der Europäischen Kommission zu einer Europäischen CSR. Seit 1995 hatten einige Akteur_innen dieser Fraktion intensiv auf dieses Betätigungsfeld hingearbeitet und durch eine enge Zusammenarbeit mit europäischen Entscheidungsträger_innen CSR in die Lissabon-Strategie integrieren können. Das erinnert an das Vorgehen der transnationalen Kapitalfraktionen des ERT hinsichtlich des Binnenmarktprojektes, sodass neoliberale Muster auch in diesem Projekt identifizierbar sind. Als sich im Grünbuch ein divergierendes CSR-Verständnis der Europäischen Kommission abzeichnete, scherten die neoliberalen Akteur_innen rasch aus dem Kompromiss aus und richteten ihre Kräfte darauf aus, die europäischen Eliten von ihrem wettbewerbsorientierten CSR-Ansatz (*Business Case-Modell*) zu überzeugen.

Die zentrale Strategie der proeuropäischen Fraktion war es, das beschäftigungspolitische Projekt der EK zu vereinnahmen und CSR europaweit als Business Case, also als Wettbewerbsfaktor europäischer Unternehmen zu etablieren. Dafür präsentierten sich die Protagonist_innen der proeuropäischen Fraktion gegenüber den europäischen Entscheidungsträger_innen als dialogbereite und konstruktive CSR-Expert_innen, die als einzige wussten, „worum es bei CSR überhaupt geht“ (Muchitsch 2012: 57). Dies gelang den Akteur_innen besonders im Rahmen des EMS-Forums, wo sie anhand von Best-Practice-Beispielen sowohl die europäischen Eliten als auch weitere Wirtschaftsakteur_innen vom Potenzial ihres business-orientierten CSR-Ansatzes überzeugen konnten. „[T]o be most effective, CSR policy must be ‘business driven’“ (Sklair/Miller 2010: 19), wie Wim Philippa, Generalsekretär des ERT erklärte. Zudem sei CSR „a vital component for building business competitiveness“ (Loew 2005: 25). Gleichzeitig konnten sie so der CSR-Debatte von vornherein eine markt- und nicht beschäftigungsorientierte Richtung zu verleihen. So wies der ERT mehrfach darauf hin, das Potenzial von CSR „should not be placed at risk through development of specifically European standardised approaches, certification pro-cedures or reporting requirements that might frustrate innovation and damage competitiveness“ (Philippa

2002, zit. n. de Schutter 2008: 213). Eine zentrale Rolle für diesen Teilerfolg spielten taktische Bündnisse, die die proeuropäisch-neoliberalen Akteur_innen in dieser Phase der Gegenoffensive mit Akteur_innen der national-orientierten Fraktion eingingen, deren Ziel ebenfalls der Erhalt des Freiwilligkeitsprinzips war. Gleichzeitig, um diese Position mit Praxisbeispielen zu unterfüttern und das *Business Case*-Modell in Europa zu verbreiten, veranstalteten diese Protagonist_innen europaweite CSR-Kampagnen, Info-Veranstaltungen (Awareness-raising) und unterstützten Unternehmen bei der Implementierung von CSR-Maßnahmen, z.B. durch die Entwicklung von CSR-Leitfäden.

Als im Zuge der multiplen Krise von 2008 die Unternehmen mit heftiger Kritik konfrontiert waren und das CSR-Konzept als freiwillige Selbstverpflichtung grundsätzlich infrage gestellt wurde, änderten die Protagonist_innen der proeuropäischen Fraktion ihren Kurs: Um weiterhin an CSR festhalten zu können, waren sie zu Zugeständnissen an die zivilgesellschaftlichen Akteur_innen bereit und schlossen sich den Forderungen nach einer CSR-Berichterstattungspflicht an. Die Strategie war es, eine möglichst flexible Gesetzgebung zu erwirken, die den Unternehmen viel Handlungsspielraum lässt. Die Offenlegung nicht-finanzieller Informationen stellten proeuropäisch-neoliberale Akteur_innen als „powerful incentive for enterprise AND all organisations“ (Noterdaeme/Sarkic-Todd 2011: 2) und als „consistent with the EU 2020's objective of enhancing companies' competitiveness and innovation“ (Japan Business Council in Europe, zit. n. Bizzarri 2013: 5) dar. So engagierte sich v.a. CSR Europe im Rahmen der CSR-Allianz für die Ausarbeitung solcher CSR-Reports und arbeitete dabei mit Akteur_innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts wie z.B. den NGO GRI und *AccountAbility* zusammen (vgl. CSR Europe 2011: 2). Entscheidend für die starke Position dieser proeuropäischen Fraktion des neoliberalen Hegemonieprojekts war v.a. das Auftreten einiger Finanzakteur_innen wie Eurosif und EFFAS in die CSR-Debatte. Angewiesen auf transparente, vergleichbare und verifizierbare Daten, forderte eine stetig wachsende Zahl an Finanzakteur_innen verpflichtende, klare, vergleichbare und durchsetzbare Standards für große und mittlere Unternehmen (vgl. Ellis 2011: 3) sowie eine Berichtspflicht über Risiken entlang der gesamten Lieferkette (vgl. Christensen 2011: 4). Im Kontext der multiplen Krise und eines europaweiten Vertrauensverlusts in die Wirtschaft fanden diese Protagonisten ein besonderes Gehör bei den europäischen Eliten, deren neoliberales Krisen-

management u.a. auf die Herstellung dieses Vertrauens abzielte. Auch in dieser Phase der Repolitisierung der CSR-Debatte verhielten sich die Akteur_innen taktisch-konstruktiv und überließen die Kritik an der neuen CSR-Strategie und dem darin enthaltenen Verzicht auf die Freiwilligkeitsformel den Protagonist_innen der national-orientierten Fraktion: „The Board felt that we should not be hard on this. [...] Some CSR Europe corporate members are also members of BusinessEurope so let them voice the more negative stuff and let the CSR Europe voice be more positive and supportive of it“, erklärte Karen Davidson, Mitglied von CSR Europe (Kindermann 2013: 715).

Die wichtigste Machtressource dieser Akteur_innen war der Wissensvorsprung im Bereich CSR, den sie als praktizierende Unternehmen gegenüber anderen Akteur_innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik innehatten. Darüber hinaus unterstützten zahlreiche wissenschaftliche Institutionen und Thinktanks die Verbreitung des Business Case-Modells bei, indem sie vorrangig dieses CSR-Konzept proklamierten; zumal dieses in Einklang mit der dominierenden neoklassischen Theorie ist, welche als Leitwissenschaft des Neoliberalismus angesehen wird (vgl. Wissel 2012: 12). Vor allem die eigens gegründete *European Academy of Business in Society* (EABIS), das dänische *The Copenhagen Centre* oder das *Centre for European Policy Studies* (CEPS) stützten als prestigeträchtige Meinungsführer die Expertenstellung des neoliberalen Hegemonieprojekts (u.a. vgl. Muchitsch 2012: 56). Darüber hinaus boten wichtige europäische Medien wie die *Financial Times* eine wichtige Plattform um diese Argumente in der Öffentlichkeit zu platzieren (z.B. *Financial Times* v. 12.03.2006). Weiterhin stellte diese neoliberale Fraktion den europäischen Eliten mit der Erzählung von CSR als Wettbewerbsfaktor eine anknüpfungsorientierte Argumentation zur Verfügung. Anhand dieser konstruktiven Strategie und des hohen Maßes an Machtressourcen rangierte die proeuropäische Fraktion zu einer wichtigen Unterstützung der Europäischen Kommission im Richtlinien-Aushandlungsprozess und vice versa. Schließlich besaß die proeuropäische Fraktion ein hohes Maß an taktischem Kalkül, etwa die verschiedenen Bündnisse und Zugeständnisse an Akteur_innen anderer Hegemonieprojekte, um letztlich das Ziel einer deregulierten CSR-Praxis und die Etablierung des *Business Case* für CSR durchsetzen zu können. Folglich war es diesen Akteur_innen gelungen, das beschäftigungspolitische Projekt einer europäischen CSR für ihre Zwecke zu nutzen und ihre

mächtige Position innerhalb der Kräftekonstellation zum Ausdruck zu bringen.

Als zentrale Akteur_innen dieser Fraktion des neoliberalen Hegemonieprojekts engagierten sich das Unternehmensnetzwerk CSR Europe und der ERT besonders stark für einen europaweiten CSR-Ansatz nach dem *Business Case*-Modell. Vor allem deren Präsidenten Jan Noterdaeme und Etienne Davignon offenbarten in zahlreichen Statements und Reden ihre Ziele sowie sie durch ihre Funktion als maßgebliche Initiatoren und wichtige Kontaktpersonen zu den EU-Institutionen die proeuropäisch-neoliberale Strategie implementierten. Verbale Unterstützung erhielt dieser Ansatz von Vertreter_innen der Lobby-Dach-Organisation des Handels EuroCommerce, die besonders im Rahmen des ESM-Forums als aktive Fürsprecher einer europäischen CSR als Business Case fungierten und entsprechende Best-Practice-Bespiele europaweit verbreiteten. Im späteren Verlauf, als es um die Aushandlung eines Kompromisses zur Berichterstattungspflicht ging, taten sich Finanzakteur_innen wie Eurosif, ACCA und EFFAS als wichtige Meinungsführer_innen innerhalb dieses Hegemonieprojekts hervor. Im Rahmen der (hier: Finanz-)Krise wurde diesen Akteur_innen – insbesondere von Seiten der europäischen Institutionen – hohe Aufmerksamkeit, Expertise und Glaubwürdigkeit zugeschrieben, sodass deren Aussagen im Rahmen der Transparenz- und Berichterstattungsdebatte prioritär beachtet wurden.

5.3.1.2. *National-orientierte Fraktion: Nationale CSR-Ansätze*

Dem Konzept einer freiwilligen Selbstverpflichtung von Unternehmen gegenüber reagierten die national-orientierten Akteur_innen des neoliberalen Hegemonieprojekts ebenfalls aufgeschlossen. Allerdings lehnte diese Fraktion einen europäischen Ansatz, wie im Grünbuch vorgeschlagen, als „absolutely unacceptable“ (UEAPME 2002: 5) ab. In einem *Onesize-fits-all*-Ansatz befürchteten diese Akteur_innen eine versteckte Regulierung. Beharrlich wurde betont, dass „[o]bligatory standards limit the freedom of companies, raise costs and the bureaucratic burdens and make CSR unattractive“ (EuroChambres 2011: 7). Stattdessen waren sie überzeugt, dass die drängenden sozialen Probleme ausschließlich durch Wirtschaftswachstum, Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen – was letztlich Wettbewerbsfähigkeit der euro-

päischen Unternehmen bedeutet – gelöst werden können (vgl. BusinessEurope/UNICE 2000, zit. n. Bernhard 2010: 315). Die Strategie der national-orientierten Fraktion war es, die Überflüssigkeit sowie die Gefahr regulativer Maßnahmen zu verdeutlichen. So wiesen diese Protagonist_innen regelmäßig darauf hin, dass „calls for convergence, transparency and accountability of their CSR practices will be taken up by business itself“ (de Buck 2002: 2) sowie, dass CSR bereits „part of companies’ daily lives“ (BusinessEurope/UNICE 2001: 2) sei. Die Rolle der EU sollte dabei äußerst beschränkt sein und ausschließlich darin bestehen, möglichst unternehmensfreundliche Bedingungen für Unternehmen zu gewährleisten, um deren Motivation „to develop their own tailor-made CSR policies“ (de Buck 2002: 2) zu erhöhen. Um die Entwicklung eines regulierungsorientierten Ansatzes zu verhindern und das gemeinsame Ziel eines markt- und wettbewerbsorientierten CSR-Konzepts zu erreichen, schlossen sich beide Fraktionen des neoliberalen Hegemonieprojekts zusammen – etwa während des ESM-Forums und in gemeinsamen Briefen an die EK – und konnten so entscheidend auf die CSR-Debatte einwirken.

Die Risse innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts traten später, in der Debatte um die *Neue Strategie* der EK im Jahr 2011 sowie eine neue Berichterstattungspflicht, offen zu tage. Die Abkehr vom Freiwilligkeitsprinzip wiesen die nationalorientierten Akteur_innen massiv zurück, und statt wie die proeuropäische Fraktion, die eigene Strategie dynamisch an den Kontext anzupassen, schoben die national-orientierten Akteur_innen die sozialen Folgen der Krise vor allem dem Versagen des Finanzsektors zu. Sie bestanden darauf, dass „this should not be confused with introducing CSR regulations as preventive measure to generate more responsible companies“ (BusinessEurope 2009, zit. n. Bizzarri 2013: 7). Auch weiterhin sei es von zentraler Bedeutung, „[to] maintain a CSR policy that steers clear of a onsize-fits-all approach and that leaves room for sector-specific CSR requirements“ (EuroChambres 2014: 1). Mit der gewohnten Argumentation, dass Unternehmen weiterhin einen flexiblen Spielraum behalten müssten „to consider which international frameworks or alternative indicators are most appropriate for their business“ (Shell 2011: 4), widersprachen diese Akteur_innen auch einer EU-weiten standardisierten Berichtspflicht – und näherten sich damit der Strategie des konservativen Hegemonieprojekts. Im Kampf gegen eine verpflichtende Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen hatten sich die Positionen beider Akteursbündel immer weiter angeglichen, insbeson-

dere von BusinessEurope, UEAPME und der deutschen Verbände BDI, BDA, die gleichermaßen beharrlich eine Sonderstellung der KMU forderten – und letztlich erreichen konnten.

Auch diese Akteur_innen zählten in ihrer Argumentation auf die übergeordneten Zielen Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, vor allem mit den Faktoren Arbeitsplätze und Standortverlagerungen, ein und waren so in der Lage, vor „systemrelevanten Leistungs[ausfällen]“ (Buckel et al. 2014: 50) zu warnen, käme es zu einer regulativen CSR. Oder mit anderen Worten: Die Warnung vor einem Verlust der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zielte direkt auf die höchste Priorität der EU ab und machte diese national-neoliberalen Akteur_innen im höchsten Maße konfliktfähig. Zudem fungierten die zentrale Akteur_innen BusinessEurope und UEAPME gleichzeitig als wichtige Sozialpartner der EU, was diesen Kräften einen kontinuierlichen Austausch mit den europäischen Entscheidungsträger_innen bot. Auch der Dachverband der europäischen Wirtschaftskammern EuroChambres und einige europäische KMU und TNK wie Shell und Philips traten u.a. im Rahmen der CSR-Allianz, dem ESM-Forum sowie in den Konsultationen zugunsten der national-orientierten Strategie auf. Ihre beharrliche Forderung, dass „companies have to have their freedom to determine their engagement according to their own needs and capabilities“ (Mathijesen 2008, zit. n. Kindermann 2013: 707), konnte nachhaltig Eindruck bei den europäischen Entscheidungsträger_innen machen bzw. deren Furcht vor Wettbewerbsnachteilen schüren. Entscheidend für diese Akteur_innen war das Auftreten der Barroso-Kommission, mit der im Herbst 2004 Günter Verheugen als Industriekommissar in die CSR-Debatte eintrat, und einen wesentlichen Einfluss auf die Neuausrichtung der CSR-Strategie nahm. Von Beginn an gelang es UEAPME, einen positiven Eindruck bei Kommissar Verheugen zu hinterlassen (vgl. Muchitsch 2012: 49) und seine Interessen in die Kommission einfließen zu lassen. EU-Kommissar Verheugen suchte einen intensiven Austausch mit diesen Kräften und wurde zum regelrechten „Cheerleader“ für die Unternehmen, wie ein EU-Beamter im Interview kritisierte (vgl. Kindermann 2013.: 710). Dies wird deutlich, wenn Verheugen das im Grünbuch vorgestellten Stakeholder-Modell als „enthusiasm for new regulations“ (zit. n. Williamson et al. 2006) degradierte, den es zu stoppen galt. Folglich konnten die national-orientierten Akteur_innen in dieser Phase auf wichtige strategische Selektivitäten – die GD U&I – einwirken so als konstanter Wider-

stand gegen Regulierungsansätze eine progressive europäische CSR blockieren.

5.3.2. Konservatives Hegemonieprojekt: CSR als freiwillige Unternehmensentscheidung

Das konservative Hegemonieprojekt lehnte den Vorschlag der EU grundsätzlich ab. Sowohl der regulative CSR-Ansatz des Grünbuchs als auch dessen europäische Dimension standen im Widerspruch zu den Interessen dieser Akteur_innen. Das Gewinnerziel sei das einzige Ziel von Unternehmen, so Knut Bergmann vom Institut für deutsche Wirtschaft Köln (IW), und die „Erwartung, dass das bürgerschaftliche Wirken von Unternehmen möglichst altruistisch sein möge“ (Bergmann 2015), verursache mehr Probleme als Lösungen. Insbesondere die europäische Dimension betrachteten diese Akteur_innen als „völlig verkehrt“, wie etwa Thomas Mann, ein Abgeordneter von EVP/CDU in einer Pressemitteilung 2013 bekanntgab. Für konservative Kräfte bestand in diesem politischen Projekt keine Zuständigkeit der EU. Stattdessen stellten diese Kräfte auf eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und einen Austausch von Best Practices ab. Das Ziel dieses Hegemonieprojekts waren nationale Lösungen, wobei die Unternehmen die Initiatoren von CSR bleiben müssen und die Politik die Unternehmensleistung nicht beeinträchtigen dürfe. Seitens der Kommission sollten höchstens Kommunikationsprozesse verbessert und die CSR-Forschung gefördert werden (vgl. BDA 2011: 3). Dieses CSR-Verständnis wurde vor allem von der konservativen Regierung in Großbritannien proklamiert, wo bereits 2000 ein eigenes CSR-Ministerium geschaffen wurde. In ihrer Antrittsrede definierte CSR-Ministerin Margarette Hodge ihre Aufgabe als intensive Zusammenarbeit mit den britischen Unternehmen „to ensure that environmental protection and community cohesion are seen as an integral part of delivering sustainable economic growth and business prosperity“ (zit. n. Wagg 2006). Ebenso wurde der CSR-Prozess in Deutschland verstanden, wo ein marktorientiertes CSR-Verständnis bereits früh durch die Initiative von BDI, BDA, Eco-sense und CSR Germany manifestiert und von den jeweiligen deutschen Regierungen unterstützt wurde: „Was die Gesellschaft besser in Eigenverantwortung und Selbstorganisation lösen kann, das soll, das muss der Staat nicht machen“, so Gerhard Schröder im Rahmen einer deutschen CSR-Veranstaltung (zit. n. Barth 2008: 58).

Einen besonders offensiven Widerstand leistete das konservative Hegemonieprojekt als sich die Vorarbeiten zu einer Berichterstattungspflicht konkretisierten. An vorderster Spitze kämpften vor allem deutsche Akteur_innen, deren Stellung innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles im Rahmen des Krisenmanagements enorm an Bedeutung gewonnen hatte. Wie auch Akteur_innen der national-orientierten Fraktion des neo-liberalen Hegemonieprojekts warnten sie vor „unnötigen bürokratischen Belastungen“ (Noll 2014: 5) die „drohen, Innovation und Dynamik im Bereich CSR zu bremsen“ (ebd.: 5). In diesen Kanon der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände stimmten auch Regierungsvertreter_innen ein, wie die deutsche Arbeitsministerin Ursula von der Leyen. In einem persönlichen Brief an die Kommissare Tajani, Andor und Barnier kündigte sie die Ablehnung der deutschen Regierung gegenüber den geplanten „Ko-Regulierungsprozessen“ (von der Leyen 2011: 3) an und wies die Abkehr vom Freiwilligkeitsprinzip als unvereinbar mit dem in Deutschland praktizierten CSR-Verständnis zurück. Darin zeigt sich auch, dass die Merkel-Regierung besonders infolge der Krise massiv unter Druck der in Deutschland verankerten konservativen Kräfte geraten war (vgl. Georgi/Kannankulam 2015: 355f). Als sich die Debatte weiter verdichtete und eine neue Berichterstattungspflicht unausweichlich schien, drangen Kanzlerin Merkel und der britische Premier Cameron darauf, dass nur börsennotierte Unternehmen von einer Richtlinie betroffen sein dürften (vgl. Howitt 2014: theguardian.com). Einen wichtigen Erfolg konnte das konservative Hegemonieprojekt im Rahmen der entscheidenden Ratssitzung erreichen, als eine Mehrheit der Mitgliedstaaten, für einen möglichst „flexiblen und nicht-intrusiven Ansatz“ (EK 2013: 2) und damit für eine marktorientierte CSR und relativ freie Hand der Mitgliedsstaaten stimmten (Fleming 2013: EurActiv.com v. 18.11.2013).

Die wichtigsten Ressourcen dieses Hegemonieprojekts waren die mächtigen Stimmen der deutschen Industrie- und Arbeitgeberverbände BDI und BDA sowie der deutschen Regierung. Beide lehnten zusätzliche Belastungen für Unternehmen und ganz besonders für KMU aufgrund der zentralen Stellung des Mittelstands in der deutschen Wirtschaft kategorisch und kontinuierlich ab. Mit dem Amtseintritt von David Cameron im Jahr 2010 wurde auch die britische Regierung zu einem Sprachrohr der konservativen Akteur_innen. Auch auf institutioneller EU-Ebene, brachten sich einige Akteur_innen wie die MdEP Thomas Mann, Markus Pieper und Markus Ferber (CDU/CSU-Gruppe im EP) regelmäßig in die

Debatte ein. Mit Aussagen, wie beispielsweise, dass die europäische Ebene „völlig verkehrt“ (Thomas Mann 2013) für einen CSR-Ansatz wäre oder, dass eine Berichterstattungspflicht in die Unternehmenskultur eingreifen würde (Pieper/Ferber 2013) streuten diese die konservative Strategie im, für die Gesetzgebung, wichtigen Europäischen Parlament. Zentrale Referenzen boten dabei einige Wirtschaftsinstitute, wie das IW Köln. Schließlich ermöglichten Zeitungen mit starkem Wirtschaftsfokus, wie die FAZ und das Handelsblatt, diesen Akteur_innen eine mediale Aufmerksamkeit (z.B. ein Gastbeitrag von IW-Wissenschaftler Knut Bergmann im Handelsblatt vom 1.04.2015). Insofern verfügte dieses Hegemonieprojekt über wichtige institutionelle bzw. strategische Selektivitäten. In ihrem gemeinsamen Widerstand gegen Eingriffe in die unternehmerischen Freiheiten und für uneingeschränkten Wettbewerb, stellten die konservativen Kräfte wichtige Komplizen des mächtigen neoliberalen Hegemonieprojekts.

5.3.3. National-soziales Hegemonieprojekt: Eine Gefährdung sozialstaatlicher Errungenschaften

Skeptisch gegenüber einer europäischen CSR waren auch einige nationale Gewerkschaftsverbände und Teile sozialdemokratischer Parteien, allen voran in Frankreich. Diese Akteur_innen sahen in CSR eine Gefahr, die den Abbau sozialstaatlicher Leistungen weiter vorantreiben könnte. Typischerweise schätzten diese Akteur_innen beschäftigungspolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene im Vergleich zu einer Europäisierungs-Strategie als erfolgsversprechender ein, um die sozialstaatlichen Errungenschaften zu schützen (vgl. Buckel et al. 2014: 74). Besorgt über das Grünbuch der Kommission äußerte sich besonders die britische Gewerkschaft National Union of *General and Municipal Workers* (GMB): „[T]he Commission must ensure that it is not used as a vehicle for soft law and company selfregulation, ‘privatising’ the European social model, or a back door import of the US model“ (Preuss et al. 2006: 258). Das Ziel des national-sozialen Hegemonieprojekts war es, zum einen das Wohl der Arbeitnehmer_innen als genuine Aufgabe der Gewerkschaften zu verteidigen und zum anderen, zu verhindern, dass die Arbeitgeber_innen durch solche Soft-Laws zu mächtig werden könnten. Diesen Akteur_innen ging es in erster Linie

um die interne Dimension von CSR, welche „must be based on the development of quality employment, with the ongoing development of workers' skills and qualifications through training and lifelong learning“ (GMB 2001, zit. n. ebd.: 257). Allerdings verhielten sich die national-orientierten Akteur_innen in dieser Debatte eher zurückhaltend und fokussierten ihre Kräfte auf die jeweiligen nationalen CSR-Strategien. Bis auf einige Reaktionen im Rahmen öffentlicher Konsultationen und Positionspapieren, die wenig Auswirkung hatten, fand kein gezieltes Engagement statt.

Diesem Hegemonieprojekt gehörten v.a. nationale Gewerkschaftsverbände aus Großbritannien, Frankreich und Osteuropa an, wie die britische GMB und UNiFI (heute Amicus), eine Gewerkschaft aus dem Finanzsektor. Kritisch merkten diese Akteur_innen an, dass „one must be clear on whether this philanthropy is real social responsibility or merely a method of improving corporate image by diverting attention from other less popular actions“ (UNiFI 2001, zit. n. Preuss et al. 2006: 258). Aber auch einige Stimmen innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbunds (ETUC) waren skeptisch gegenüber einer Europäischen CSR eingestellt und sahen darin lediglich eine „bloße PR-Aktion“ (ETUC 2007: etuc.org) für Unternehmen (vgl. Muchitsch 2012: 85).

5.3.4. Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt: Mehr Rechte für Beschäftigte

Demgegenüber stand die positive Haltung des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts zum Vorschlag einer europäischen CSR. Dieses Akteursbündel aus dem ETUC und einigen Politiker_innen der *Neuen Sozialen Bewegung* waren zentrale Befürworter des beschäftigungspolitischen Projekts der Kommission. Allen voran waren Anna Diamantopoulou (als EU-Kommissarin der GD B&S), Poul Nyrup Rasmussen (als dänischer Premierminister) und António Guterres (als Ratspräsident des Lissabon-Gipfels) zentrale Wegbereiter_innen des Grünbuchs. Im Zuge der neoliberalen Konfiguration Europas hatten sich diese Akteur_innen auf eine marktorientierte Integrationsweise eingestellt und waren im Rahmen Delors EBNSC-Projekt und der Lissabon-Strategie ein Kompromissgleichgewicht mit dem neoliberalen Projekt eingegangen. Deren CSR-Verständnis divergierte allerdings vom Stakeholder-Modell-Ansatz des proeuropäischen Hegemonieprojekts, was zu einem Bruch des Kompromisses führte. Das Ziel des proeuropä-

isch-sozialen Hegemonieprojekts war die Besserstellung der Beschäftigten und die Herstellung des sozialen Zusammenhalts in Europa. Für Akteur_innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts kann die Gefährdung des europäischen Sozialmodells nur anhand gesamteuropäischer Lösungen beseitigt werden (vgl. Buckel et al. 2014: 74), daher bedeutete eine europäische CSR eine „große Chance, die gewerkschaftlichen Positionen eines sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens in die Unternehmenspolitik multinationaler Unternehmen einfließen zu lassen“ (Seyboth 2005: 5), wie Marie Seyboth, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) erklärte. Gleichzeitig betonten proeuropäische Akteur_innen, dass CSR nicht als Ersatz für Regulierung verstanden werden sollte/dürfte, sondern „CSR als Plus und Zusatz zu gesetzlicher Regulierung“ (Hexel 2005: 3; ETUC 2006: etuc.org). Die Strategie dieser Akteur_innen war es daher, durch verstärkte Interaktion mit den EU-Institutionen die interne Dimension von CSR, die Situation der Arbeitnehmer_innen, hervorzuheben und CSR als Social Case – im Gegensatz zum Business Case – zu schaffen. Oftmals verwiesen Akteur_innen dieses Projekts auf das Beispiel Dänemark, wo man bereits auf eine langjährige Erfahrung mit einem CSR-*Stakeholder*-Modell blickte¹⁸ (vgl. Riess/Welzel 2006: 22). Von der EU forderten sie die Ausarbeitung einheitlicher europäischer Standards, die sich am europäischen Sozialmodell orientiert, allen voran „rules of disclosure of basic information about the company’s social and environmental impacts“ (Howitt 2002) sowie „a permanent monitoring body to verify compliance with European standards“ (ETUC 2004, zit. n. Loew 2005: 44). Gleichzeitig warnten die proeuropäischen Protagonisten vor einem verzerrten „‘public relations’ approach to CSR“ (ebd.: 43). Als sich im Rahmen des EMS-Forums und der neoliberalen Gegenoffensive CSR als *Business Case*-Modell durchgesetzt hatte, der Multilateralismus aufgegeben worden war und zudem der Kontakt mit der Kommission durch das Auftreten des Kommissars Verheugen komplizierter wurde, stellte dies für proeuropäisch-soziale Akteur_innen das „Ende des europäischen Diskurses um CSR“ (Muchitsch 2012: 19) dar. Stattdessen konzentrierten sie ihre Kräfte auf die Entwicklung

¹⁸ In Dänemark war CSR ein fester politischer Bestandteil. Erste Initiativen hatte das Sozialministerium bereits in den 90er-Jahren gestartet, und 2001 hatte sich bereits eine CSR-Politik mit starkem Fokus auf sozialen Aspekten etabliert.

einer „new legislation for integrated social, environmental and financial reporting by companies“ (Howitt 2006), das besonders von MdEP Richard Howitt forciert worden war. Als sich im Zuge der Krise und einer Neuen CSR-Strategie ein Gelegenheitsfenster für eine neue Berichterstattungsgesetzgebung zu öffnen schien, sahen sich die Akteur_innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts bestärkt und intensivierten ihre Bemühungen. Von zentraler Bedeutung war hierbei das Bündnis mit Akteur_innen des linksliberal-alternativen Projekts, deren Forderungen ebenfalls auf eine neue Berichtspflicht über nichtfinanzielle Informationen fokussiert waren. Besonders intensiv gestaltete sich dabei die Zusammenarbeit von MdEP Howitt und der ECCJ. Zudem hatten sich im Zuge der multiplen Krise nicht nur neue Akteur_innen wie Eurosis und EFFAS offen gegenüber einer neuen Offenlegungspflicht geäußert. Auch CSR Europe sowie einige Akteur_innen innerhalb der Großen Koalition in Deutschland forderten, dass CSR „keine ewige PR-Party bleiben“ (Scholz, zit. n. Ramthun 2008) dürfe. Das Ziel dieses Bündnisses mit dem linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt war es, eine verpflichtende Rechenschafts- und Publizitätspflicht für Unternehmen zu Umwelt, Sozialem und Menschenrechten einzuführen, die „on a set of standardized, clearly defined indicators“ (Nilsson 2011: 3) basiert und „[a]pply to all large and medium-sized companies“ (ebd.). Die Strategie der proeuropäisch-sozialen Akteur_innen war es dabei, anhand empirischer Befunde die Mangelhaftigkeit des bisherigen Offenlegungs-Regimes aufzuzeigen und so die Kommission von einer neuen Gesetzgebung zu überzeugen. Der DGB beispielsweise verwies auf die enormen Unterschiede in Form, Ausmaß und Inhalt der DAX-30-Unternehmen, wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung herausfand (vgl. DGB 2011: 2).

Obwohl auch die Machtressourcen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts im Zuge der Fordismuskrise und der neoliberalen Konfiguration deutlich zurückgegangen waren, so konnten diese Akteur_innen wie der ETUC als Sozialpartner der EU und als Mitglied des ESM-Forums ihre Position deutlich machen. Allerdings ist diesem durch den Zuständigkeitswechsel von CSR zur GD U&I der „traditionelle Fürsprecher“ (Muchtitsch 2012: 85), die GD B&S inklusive Kommissar_in, abhandengekommen. Zudem trugen sich auch innerhalb des ETUC Kämpfe um die Haltung gegenüber CSR aus, sodass dessen Stimme innerhalb des proeuropäischen Hegemonieprojekts geschwächt war. Eine wichtigere Rolle spielten aber vor allem die proeuropäisch-sozialen Akteur_innen des EP,

allen voran dessen CSR-Sprecher Richard Howitt, dem es regelmäßig gelungen ist, eine solide Mehrheit hinter sich zu stellen. So fanden sich auch in der Phase der neoliberalen Gegenoffensive die zentralen Argumente des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts in den offiziellen Stellungnahmen des EPs wieder und bildeten damit eine wichtige Gegenposition zum neoliberal-dominierten Kurs der Europäischen Kommission (z.B. Howitt 2006; EP 2007). Durch den Druck der Finanzkrise sowie eines neuen Berichterstattungs-Bündnisses mit den linksliberal-alternativen und einigen neoliberalen Akteur_innen hatte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der proeuropäisch-sozialen Protagonist_innen verschoben, wodurch das proeuropäisch-neoliberale Hegemonieprojekt zu Zugeständnissen gezwungen war – zumal auch innerhalb der EU-Kommission einige Akteur_innen für eine Berichterstattungspflicht aktiv wurden. Letztlich aber konnte es ihnen damit nur sehr beschränkt gelingen, den neoliberalen CSR-Kurs zu beeinflussen – die Situation der Beschäftigten wird auch durch die Richtlinie 2014/95/EU bzw. deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten bis zum 1. Januar 2017 nicht verbessert werden können.

Die zentralen Akteur_innen dieses Hegemonieprojekts waren der ETUC als Sozialpartner der EU, der DGB, der dänische LO sowie die europäischen Parlamentarier Poul Nyrup Rasmussen, der Präsident der S&D und Richard Howitt (S&D), der als langjähriger CSR-Sprecher im EP ein wichtiger Meinungsführer dieses Hegemonieprojekts war. Eine entscheidende Rolle in der Neuausrichtung der *Neuen CSR-Strategie* sowie der Offenlegungs-Debatte spielten die Mitarbeiter der DG U&I Pedro Ortún und Tom Dodd, die „[were] doing what they can on the issue“ (Kindermann 2013: 713), wie ETUC-Generalsekretär Itschert im Interview rekapitulierte. Aber auch einzelne Stimmen aus den Mitgliedstaaten, wie Frank Müntefering, Olaf Scholz und die Hans-Böckler-Stiftung, waren in der Phase der neoliberalen Gegenoffensive wichtige proeuropäisch-soziale Gegenpole aus dem sonst konservativ dominierten Deutschland. Der britische Guardian war zudem ein Medium, das diesen Akteur_innen eine Plattform gab (z.B. ein Gastbeitrag von Richard Howitt v. 16.04.2014).

5.3.5. Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt: Glaubhafte CSR nur durch Verpflichtung

Die linksliberal-alternativen Akteur_innen standen dem Konzept einer europäischen CSR als politisches Projekt zur Lösung sozialer Fragen vornehmlich kritisch gegenüber. Sie waren überzeugt, dass ein auf Freiwilligkeit basierender Ansatz keine Alternative für eine gute Gesetzgebung sein könne. Vielmehr sahen sie im Freiwilligkeitsprinzip die Gefahr, „that it could be abused to justify the continuation of irresponsible and unsustainable business models“ (Earth Scotland 2004, zit. n. Loew 2005: 25). Die Akteur_innen dieses Hegemonieprojekts zeichneten eine gleichgerichtete Kritik an verantwortungslosem, umweltschädigendem und ausbeutendem Verhalten von Unternehmen aus sowie die gemeinsame Forderung nach einer Reduzierung bzw. Internalisierung dieser negativen Externalitäten (z.B. FIDH 2004, zit. n. Loew 2005: 27). Das Ziel des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts in der CSR-Debatte war es, die Unternehmen zu einem besseren sozialen und ökologischen Verhalten sowohl in Europa aber auch über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg zu verpflichten. Mit den Worten der NGO Earth Scotland gesprochen, ging es darum, dass „the power and energy of European enterprises would be directed towards solving critical challenges“ (Loew 2005: 24). Folglich vertraten Akteur_innen dieses Projekts das Stakeholder-Modell und zielten auf eine entsprechende Gesetzgebung ab. Die Strategie war es, die europäischen Entscheidungsträger_innen zu einer aktiven Rolle im CSR-Prozess und der Schaffung eines „regulatory framework“ mit „minimum standards“ als „a level playing field“ (MacLeod 2005: 546) für CSR-Maßnahmen zu bewegen. Insgesamt ist das Vorgehen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts in drei Phasen einzuteilen: eine relativ inaktive Phase; eine aktive, gegen neoliberale Interessen kämpfende Phase und eine kompromissbereite und bündnisorientierte Phase.

Zu Beginn des politischen Konflikts um eine europäische CSR überwiegte jedoch Passivität dieser Akteur_innen; sie schrieben dem Konzept wenige Erfolgsaussichten zu. Weitere Gründe für die anfängliche Zurückhaltung dieser Akteur_innen waren zudem, dass ökonomisch basierte Fragen wie Umverteilung, Lohnarbeit, soziale Rechte keine primären Themen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts sind (vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 46). Folglich traten diese, vornehmlich sozial- und umweltpolitischen NGO, erst dann aktiv in die CSR-Debatte ein, als mit dem Verlust des beschäftigungspolitischen Schwerpunkts, die externe Dimension und damit (globaler) Umweltschutz, Menschenrechte und Antidiskriminierung in den Vordergrund rückten. So vielfältig dieses

externe Feld war, so heterogen waren zunächst auch die Forderungen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts, was die Handlungsstärke dieses Akteursbündels in der Anfangsphase des politischen Konflikts zusätzlich gegenüber den neoliberalen Widersachern schwächte (vgl. Jastram/Prescher 2015: 52).

Als sich im Rahmen des EMS-Forums eine Instrumentalisierung des CSR-Projekts durch die Wirtschaftsakteur_innen abzeichnete, verließen die linksliberal-alternativen Protagonist_innen dieses Format und suchten den direkten Kontakt zur EU. Eine zentrale Rolle spielte dabei die apparative Verdichtung dieses Hegemonieprojekts, die ECCJ, in der sich ab 2005 zahlreiche NGO bündelten und enorme Lobbyarbeit leisteten (siehe Muchitsch 2012: 11–22). Da sich der Kontakt zur parallel eingesetzten Barroso-Kommission äußerst kompliziert gestaltete und das Verhältnis zur Verheugen-GD von der ECCJ-Koordinatorin Ruth Casals als „statisch“ (Muchitsch 2012: 19) bezeichnet wurde, waren das EP und besonders MdEP Richard Howitt die wichtigsten Anknüpfungspunkte. Der Fokus dieser Interaktionen lag dabei auf den Themen Transparenz und Erneuerung der Berichterstattungsgesetzgebung.

Diese Debatte, diese sich im Kontext der Krise zuspitzte und in die sich vermehrt auch Wirtschafts- und Finanzakteur_innen zustimmend und konstruktiv einbrachten, nahmen die linksliberalen Akteur_innen zum Anlass, verstärkt nach Kompromissen und Bündnissen zu suchen. Die Strategie des linksliberal-alternativen Projekts war nun gerichtet auf „single companies who are ready to go further than the Commission’s requirements to dealing with adverse lobbying from businesses and a reluctant bureaucracy in Brussels“ (Social Platform: EurActiv.com v. 14.03.2007). Gerade weil linksliberal-alternative Akteur_innen nicht primär an ökonomischen Fragen interessiert sind, werden Allianzen mit Akteur_innen des neoliberalen Hegemonieprojekts möglich (vgl. Buckel et al. 2014: 76). So konnte das linksliberal-alternative Projekt in der Frage um eine neue Offenlegungsgesetzgebung auf Akteur_innen anderer Projekte wie Eurosif, ACCA, EFFAS, aber auch einigen TNKs wie Ikea und Carrefour bauen, die ebenfalls an einheitlichen und transparenten Berichten und Berichtspflichten interessiert waren (vgl. ECCJ 2011b; EurActiv v. 18.02.2014). Gemeinsam versuchte dieses Bündnis aus linksliberal-alternativen, proeuropäisch-sozialen und neoliberalen Akteur_innen einen Kompromiss zu erzielen, wobei der Comply-or-explain-Ansatz eine wichtige Rolle spielte: „A report or explain approach could persua-

de more companies to report rather than to explain why they don't“ (Fogelberg 2011), wie auch Teresa Fogelberg, die Generaldirektorin von GRI empfahl.

Durch die Möglichkeit, die CSR-Debatte mit „anerkannten Diskursen mit hohem symbolischen Kapital“ (Buckel et al. 2014: 50) wie dem Menschenrechts- oder Umweltschutzdiskurs zu verbinden, verfügten die Akteur_innen des linksliberalen Hegemonieprojekts über ein besonderes Maß an diskursiven Ressourcen. Als die Rufe nach mehr Transparenz laut und einige internationale Standards (*UN Guiding Principles* (UNGP), OECD-Leitsätze) entwickelt wurden, konnte das linksliberal-alternative Projekt seine Forderung erfolgreich in Bezug dazu stellen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der intensive Kontakt mit MdEP Richard Howitt, denn so konnte dieses Hegemonieprojekt auf eine wichtige Institution einwirken. Zudem war das Bündnis zum proeuropäischen sozialen Hegemonieprojekt ein wichtiger Faktor, um mit einer starken Stimme in der Debatte um eine nichtfinanzielle Berichtertattungspflicht zu sprechen. Bedeutsamer aber war letztlich die Annäherung an die mächtigen Finanz- und Wirtschaftsakteur_innen: Ihre gleichgerichtete Forderung ebnete den Weg zu einer Gesetzgebung.

Die schließlich ausgehandelte Richtlinie kritisierten Akteur_innen dieses Hegemonieprojekts durchwegs als „not strong enough to improve corporate behaviour“ (ECCJ 2013). Zwar bezeichneten einige dieses Resultat als „significant step“ (ECCJ 2014: 1), aber letztlich konnten auch diese Akteur_innen keinen substantiellen Erfolg im CSR-Prozess erringen. Weder sieht diese Richtlinie eine Verpflichtung der Unternehmen zu sozial-ökologisch gerechtem Verhalten vor, noch scheint eine solche angesichts der mächtigen Stellung des neoliberalen Hegemonieprojekts in Zukunft möglich.

Im Laufe der Debatte haben sich zahlreiche NGO, Organisationen und Einzelpersonen eingeschaltet, wie etwa Amnesty International, Oxfam, Fédération Internationale des Droits de l'Homme (FIDH), Social Platform, Friends of the Earth, Green 8, aber auch nationale NGO wie die britische Corporate Social Responsibility Coalition CORE oder das deutsche CorA¹⁹ sowie das deutsche Öko-Institut als kritischer Begutachter. Zentrale Akteur_innen waren aber v.a. ECCJ als wichtiger Meinungsführerin, dabei v.a. Jerome

¹⁹ Diese nationalen NGO waren gleichzeitig Mitglied von ECCJ.

Chaplier und Ruth Casals sowie die Präsidentin von Social Platform Anne-Sophie Parent. Kontinuierlich betonten diese Akteur_innen, dass CSR „can never be seen as an alternative to good public policy and legislation“ (Friends of the Earth 2001: 1). Im Kontext der Krise und der Debatte um eine Berichterstattungspflicht rangierten außerdem die Global Reporting Initiative (GRI) und AccountAbility, der UN-Sonderbeauftragter für Menschenrechte und transnationale Unternehmen John Ruggie zu wichtigen Akteur_innen. Wichtige Referenzpunkte für das Zustandekommen eines Kompromisses in der Berichterstattungsdebatte waren zudem einige Protagonist_innen des proeuropäisch-sozialen Projekts wie Richard Howitt oder Eurosif und EFFAS aus dem neoliberal-proeuropäischen Projekt. Als Leitmedium der linksliberal-alternativen Akteur_innen fungierte das Online-Newsportal EurActiv, das sämtliche Dokumente und Positionspapiere zugunsten einer CSR-Regulation veröffentlichte.

5.4. Die CSR-Richtlinie als materielle Verdichtung verschobener Kräfteverhältnisse

Als die Kommission am 16. April 2013 ihren Gesetzesvorschlag präsentierte, zeigte sich darin das von NGO, Gewerkschaften, EP und einigen Finanzakteur_innen befürchtete Zurückrudern. Der Vorschlag für eine Richtlinie beinhaltete den „Ausbau der bestehenden Anforderungen, bei dem eine nichtfinanzielle Erklärung im Rahmen des Lageberichts vorgeschrieben würde“ (EK 2013a: 5) und sah vor, drei Artikel bestehender Richtlinien²⁰ zu ergänzen. Das Ziel war, die Transparenz sowie die Vergleichbarkeit der offengelegten nichtfinanziellen Informationen zu verbessern, die Vielfalt innerhalb der Kontroll- und Leitungsgremien zu vergrößern und EU-weit gleiche Spielregeln zu schaffen (vgl. ebd.: 2f).

Positiv auf diesen Vorschlag reagierte das progressive Lager der Finanzakteur_innen, wie Rachel Jackson von ACCA: „This approach will build trust with stakeholders, attract investors and help

²⁰ Zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen: Änderung Artikel 46 der Richtlinie 78/660/EWG und Artikel 26 der RL 83/349/EWG. Zur Diversitätsanforderung von Leitungs- und Kontrollgremien: Änderung Artikel 46a der Richtlinie 78/660/EWG.

with the transition to operating in a green economy“ (Boniono 2013). Deren Verbündete im Konflikt pro eine Berichterstattungs-gesetzgebung, die zivilgesellschaftlichen Akteur_innen hingegen, wiesen diese Gesetzesänderung als „too weak“ (Fleming 2013a: EurActiv.com v. 17.04.2013) zurück. Sie kritisierten, dass dieser Wortlaut den Unternehmen zu viel Spielraum gewährte (vgl. Chaplier 2013). Genau dies hatte die EK allerdings mit Blick auf den massiven Widerstand des konservativen Lagers intendiert, wie sie in einer Pressemitteilung betonte: „Die vorgeschlagene Maßnahme ist von einer nicht-preskriptiven Grundhaltung geprägt und lässt den Unternehmen erheblichen Spielraum, relevante Informationen so zu veröffentlichen, wie sie es für sinnvoll halten“ (EK 2013b). Dennoch übten auch die Wirtschaftsakteur_innen Kritik an diesem Vorschlag, der für ihren Geschmack „too strong“ (Fleming 2013a: EurActiv.com v. 17.04.2013) ausgefallen war. Besonders alarmiert zeigte sich Jürgen Thumann, der aktuelle Präsident von BusinessEurope: „This proposal will create red tape and further disadvantage for a large number of European businesses in international markets, running counter to the urgent necessity of reestablishing the conditions for confidence and competitiveness in Europe“ (Fleming 2013a: EurActiv.com v. 17.04.2013). Zudem würden solche Berichtspflichten zu stark in die Unternehmenskultur eingreifen, etwa „[w]enn Firmen plötzlich über Weihnachtsfeiern oder Sponsoring Auskunft geben müssen“ (CDU/CSU-Gruppe im EP v. 29.10.2013), wie es die MdEPs Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU) in einer Pressemitteilung zuspitzten. Auch unter den Mitgliedstaaten, die mittlerweile größtenteils von konservativen Regierungen geführt wurden und die angesichts der Krise verstärkt um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen bangten, hatte sich eine tiefe Abneigung gegenüber dem Vorschlag der EK verbreitet. Diese war vor allem von deutschen Kräften geschürt worden, die den Vorschlag aufgrund zusätzlicher Belastungen als „problematic“ (Fleming 2013b: EurActiv.com v. 18.11.2013) und die, die vom BDI geschätzten Kosten unterhalb von 5.000 Euro als „far too low“ (ebd.) betrachteten.

Aus Sorge vor einem Scheitern der Richtlinie angesichts des Widerstands aus den Mitgliedstaaten, verzichtete das EP auf weitere, zunächst geplante, Gesetzesänderungen. Am 22. Oktober 2014 nahm das EP die äußerst vage formulierte Richtlinienänderung an, die den Unternehmen einen großen Handlungsspielraum und den Mitgliedstaaten weitgehend freie Hand ließ. Die Richtlinie 2014/95/EU *zur Angabe nichtfinanzieller und die Diversität be-*

treffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen ergänzte die Rechnungslegungsrichtlinie 2013/34/EU insofern, dass Unternehmen „von öffentlichem Interesse“ (2014/95/EU) in ihren Jahresabschlussberichten künftig nicht nur über finanzielle Belange informieren müssen. Stattdessen verlangt der Zusatzartikel 19a eine

„nichtfinanzielle Erklärung [...], die diejenigen Angaben enthält, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage des Unternehmens sowie der Auswirkungen seiner Tätigkeit erforderlich sind und sich mindestens auf Umwelt-, Sozial-, und Arbeitnehmerbelange, auf die Achtung der Menschenrechte und auf die Bekämpfung von Korruption und Bestechung beziehen“ (2014/95/EU).

Konkretere Rahmen oder Indikatoren für die Art und des Inhalts der Berichte enthält die Richtlinie allerdings nicht, sondern überlässt den Unternehmen sowohl die Wahl darüber, welche Informationen relevant für eine Berichterstattung sind, welche Form²¹ diese Berichterstattung annehmen soll und welcher bestehende nationale oder internationale Rechnungslegungsrahmen dafür geeignet ist. Gleichzeitig macht die Richtlinie deutlich, dass es sich hierbei um keinerlei Verpflichtung für spezielle CSR-Maßnahmen handelt: „Verfolgt die Gruppe in Bezug auf einen oder mehrere dieser Belange kein Konzept, enthält die konsolidierte nichtfinanzielle Erklärung eine klare und begründete Erläuterung, warum dies der Fall ist“ (2014/95/EU). Unter *großen Unternehmen und Gruppen* sind „gemäß dem Grundsatz Vorfahrt für KMU“ (2014/95/EU) jene Gesellschaften definiert, die über 500 Mitarbeitende beschäftigen; KMU sind also von der Verpflichtung ausgenommen. Auch im Hinblick auf ihre Einhaltung und Überprüfung lässt die Richtlinie einen erheblichen Spielraum zu bzw. überträgt diese Aufgabe den Mitgliedstaaten. Diese sind zur Einrichtung von nationalen sachgerechten und wirksamen Mechanismen angehalten, wobei „Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften (...) nur überprüfen [sol-

²¹ Beispielsweise können die Unternehmen wählen, ob die nichtfinanzielle Erklärung, als Teil des Lageberichts oder in einem gesonderten Bericht abgegeben wird. Um einen möglichst geringen Verwaltungsaufwand zu schaffen, müssen Unternehmen mit mehreren Tochterunternehmen lediglich auf der Ebene des Mutterunternehmens berichten.

len], ob die nichtfinanzielle Erklärung oder der gesonderte Bericht vorgelegt wurde.“ (EU/2014/95).

Dieses Mitgliedstaatenwahlrecht war zuvor von linksliberalen Akteur_innen besonders stark kritisiert, konnte man davon ausgehen, dass sich die Debatte um eine wirksame Offenlegungspflicht nichtfinanzieller Informationen lediglich in die Mitgliedstaaten verschieben würde (vgl. Bizzarri 2013: 10). Für das Befürworter-Bündnis aus NGO, Gewerkschaften und einigen MdEPs war dieses endgültige Ergebnis enttäuschend. Durch die spezifische Definition *großer* Unternehmen hatte diese Richtlinie eine besonders geringe Reichweite – lediglich 0,3% der europäischen Unternehmen sind de facto betroffen (vgl. Bizzarri 2013: 11). Selbst die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung sah die „Kompromisslösung Mitgliedstaatenwahlrecht“ (Velte 2015: 16) problematisch, da so einer laxen Umsetzung Tür und Tor geöffnet wären. In einem Leitartikel vom 20. Juli 2015 kritisierte Professor Velte diese „brisanter Ausweisvariante“ (ebd.), die keinerlei inhaltliche Prüfung der Informationen vorsah. Dass er damit nicht Unrecht hatte, zeigte sich sogleich in der Reaktion Deutschlands. Dort hatte sich Regierung auf die Seite der Unternehmen geschlagen, und nach der CDU war nun auch der wirtschaftsliberale Flügel der SPD, stellvertretend durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, gegen eine Beschneidung der Unternehmerfreiheit. Man könne nicht verlangen, so Gabriel, „über die Lage bei jedem Zulieferer bis ins kleinste Detail zu berichten“ (Rossbach 2014: FAZ.net). So bleibt abzuwarten wie flexibel oder eng die Mitgliedstaaten die Umsetzung, die ab 2017 Pflicht sein wird, handhaben werden. In Deutschland ist damit das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz beauftragt, das aktuell auf einen Umsetzungsentwurf warten lässt.

5.5. Zwischenfazit

Die vorliegende historisch-materialistische Politikanalyse verdeutlicht, dass eine europäische CSR heftig umstritten war und die Europäische Kommission über einen zu geringen Rückhalt verfügte, um ihr Projekt in einem linearen Prozess zu etablieren. Um die Die EK initiierte ihr politisches Projekt CSR, um die europäischen Unternehmen zu einem Beitrag zum sozialen Zusammenhalt zu verpflichten. Sie sollten helfen, die Schieflage zwischen sozial- und beschäftigungspolitischen Zielen der europäischen Integration auf der einen und wirtschaftspolitischen Zielen auf der anderen Seite

auszubalancieren. Jedoch erhielten die europäischen Eliten weder von Seiten der neoliberalen Kräfte, die zunächst Interesse an einer institutionalisierten CSR gezeigt hatten, ausreichend Unterstützung, noch von den Akteur_innen des proeuropäisch-sozialen und linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts, die gegenüber Regulierungen von Unternehmen traditionell offen sind. Diese ließen eine (glaubwürdige) CSR-Politik nur gelten, insofern diese in einem regulativen Rahmen eingebettet sind. Die konservativen und national-sozialen Hegemonieprojekte lehnten eine gesamteuropäische Dimension sogar grundsätzlich ab. Gleichzeitig divergierten die jeweiligen Ziele und Strategien der verschiedenen Kräftebündel derart, sodass ein langwieriger Aushandlungsprozess nötig war, um zu einem materiellen Kompromiss zu kommen: der Richtlinie zur Offenlegungspflicht nichtfinanzieller Informationen. Aber anstatt eines Erfolgs seitens der NGO und Gewerkschaften, wie die Richtlinie oft bezeichnet wird, muss von einem Sieg der neoliberalen Kräfte in Europa gesprochen werden.

Obwohl dieses Hegemonieprojekt skalar in eine proeuropäische und eine national-orientierte Fraktion gespalten und dadurch geschwächt war, ist es diesen Akteur_innen gelungen, eine deregulierte CSR-Praxis zu verteidigen und CSR als Wettbewerbsfaktor zu verbreiten. Im Widerstand gegen jegliches Regulierungsbestreben agierte das neoliberale Hegemonieprojekt geeint. Zudem erhielt es tatkräftige Unterstützung durch konservative Akteur_innen. Demgegenüber war den proeuropäisch-neoliberalen Protagonist_innen die Unterstützung der europäischen Entscheidungsträger_innen sowie einigen linksliberal-alternativen Akteur_innen sicher, ging es um die europaweite Verbreitung von CSR-Maßnahmen. Besonders fruchtbar war die Zusammenarbeit mit letzteren in der Teildebatte um eine Offenlegungsberichterstattung. Das Resultat aber, die Richtlinienergänzung 2014/95/EU, verpflichtet lediglich 0,3% aller europäischen Unternehmen zur Offenlegung jener nichtfinanziellen Informationen, welche die jeweiligen Unternehmen als relevant betrachten. Dabei gelten weder inhaltliche oder formelle Vorgaben, noch wird eine solche Berichtspflicht zu verantwortungsvollerem Handeln der Unternehmen führen. Stattdessen haben Unternehmen die Gelegenheit erhalten, sich anhand solcher Berichte – häufig Nachhaltigkeitsberichte genannt – öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Die Befürchtung vieler zivilgesellschaftlicher Akteur_innen, dass CSR zum PR-Instrument reduziert werden würde, erscheint somit begründet. Bizzarri hat folglich recht, wenn er behauptet, dass sich diese Richtlinie, bzw. der Richtlinienvor-

schlag „reads like the most conservative of corporate wish lists“ (Bizzarri 2013: 10).

Im Laufe der heftigen Auseinandersetzungen hatte sich die Kommission zunehmend an die Interessen der Wirtschaftsakteur_innen und deren CSR-Verständnis eines Business Case-Modells angenähert. Das ursprünglich im Grünbuch angeführte Stakeholder-Modell sowie das Ziel einer Besserstellung der Beschäftigten war infolge des vehementen Widerstands aus den Reihen der Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen sowie einigen Mitgliedstaaten bald hinten angestellt und der Tenor der CSR-Mitteilungen zunehmend wettbewerbsorientierter geworden. Begünstigt wurde dieser Wandel innerhalb des CSR-Prozesses durch inner- und intraapparative Kräfteverschiebungen, insbesondere durch das Auftreten des Kommissars Günter Verheugen. Der Industriekommissar zielte klar auf eine neoliberale Ausrichtung von CSR ab und setzte alles daran, die ursprüngliche Gesetzgebungsinitiative der Kommission zu unterbinden. Damit war das beschäftigungspolitische Projekt CSR *de facto* den kapitalnahen Akteur_innen in die Hände gefallen (vgl. Kindermann 2013: 709).

Gleichzeitig erzeugte die Krise aber eine regulierungsfreudige sowie unternehmenskritische Stimmung. Diese Gelegenheit nutzen die proeuropäisch-sozialen und linksliberal-alternativen Akteur_innen, um ihre Forderungen nach einer neuen Berichterstattungsgesetzgebung zu intensivieren. Unterstützung erreichte sie von Teilen der Finanzakteur_innen, die angesichts der instabilen Finanzsysteme ebenfalls für umfangreichere Offenlegungspflichten votierten. Vor diesem Hintergrund sahen sich die proeuropäisch-neoliberalen Protagonist_innen gezwungen, in dieser Form Zugeständnisse zu machen, um ihre übergeordneten Ziele weiterhin erreichen zu können. Folglich brachten auch diese Akteur_innen um CSR Europe Vorschläge zur Berichterstattungsreform ein. Einen solchen Kurswechsel legte auch die Kommission hin und verzichtete 2011 in ihrer neuen CSR-Strategie auf die Freiwilligkeitsformel. Dass dahinter allerdings keine Absicht zur Verpflichtung von Unternehmen standen, wie vielerorts begrüßt wurde, verdeutlichte ein EU-Beamter im Interview: „Maybe we should have made clearer that we have absolutely no intention of writing a piece of legislation that says this is CSR written on a piece of paper and it's mandatory for companies“ (Kindermann 2013: 713). Bereits der Richtlinien-vorschlag offenbart, dass die EK angesichts der Ablehnung durch konservative und national-neoliberale Protagonist_innen zurückgerudert war. Schließlich implizieren Inhalt und Reichweite der

Richtlinie, dass die mächtige proeuropäische Fraktion des neoliberalen Projekts hierbei Zugeständnisse eingegangen hat, um auf dem Feld einer europäischen CSR weiterhin ihre Interessen und Ziele verwirklichen zu können. Da CSR weiterhin freiwillig und ohne regulativem Rahmen ist, kann die zentrale These der HMPA bestätigt werden: Dem neoliberalen Hegemonieprojekt ist es gelungen, das beschäftigungspolitische Projekt der EU-Kommission zu vereinnahmen und zugunsten markt- und wettbewerbsorientierter Ziele auszurichten.

6. Fazit

“CSR might be creating a responsible capitalism with human face, but the worst master is that who is good with his slaves.” (Savevska 2014: 76)

Am Anfang dieser Arbeit stand der Eindruck, dass CSR und insbesondere der CSR-Ansatz der Europäischen Union weniger eine Besserstellung der Beschäftigten oder der Gesamtgesellschaft, sondern vielmehr einen wirtschaftlichen Vorteil für CSR-praktizierende Unternehmen bedeutet. Auch nach der mit hohen Erwartungen verbundenen *Neuen Strategie*, dem Verzicht auf die Freiwilligkeitsformel und einer CSR-Richtlinie, bleibt die europäische CSR eng verknüpft mit der Kritik an einer neoliberalen Vorherrschaft in Europa. Gerade weil dieser neuen Strategie ein besonderer Fokus auf dem ökonomischen Nutzen und dem *Business Case* von CSR zugrunde lag, was im starken Kontrast zur beschäftigungspolitischen CSR-Ausrichtung des Grünbuchs steht. Daher war es das Anliegen dieser Arbeit, den Konflikt um eine europäische CSR als beschäftigungspolitisches Projekt im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte zu untersuchen. Es sollte überprüft werden, ob die europäische CSR Ausdruck für die starke Machtposition eines neoliberalen Hegemonieprojekts innerhalb der gesellschaftlichen Kräftekonstellation in Europa ist. Das Ziel der angewandten Methode, der HMPA, ist Herrschaftskritik; folglich sollten am Ende dieser Arbeit Rückschlüsse auf die vorherrschenden Kräfteverhältnisse innerhalb des Europäischen Staatsapparate-Ensembles sowie der Brüche und Fragmentierungen des Staatsprojekts Europa möglich werden.

Im CSR-Aushandlungsprozess sowie in der CSR-Richtlinienergänzung zeigte sich, dass dieses beschäftigungspolitische Projekt ein Terrain für heftige gesellschaftliche Auseinander-

setzungen darstellte. War das neoliberale Hegemonieprojekt zuvor auf dem Feld der Beschäftigungspolitik größtenteils inaktiv, so eröffnete die Kommission mit ihrer CSR-Initiative diesen Akteur_innen eine Gelegenheit, beschäftigungspolitischen Einfluss zu nehmen. Wie erfolgreich diese Strategie des neoliberalen Hegemonieprojekts war, wird darin deutlich, dass auch nach 15 Jahren Verhandlungen, die soziale Verantwortung der Unternehmen freiwillig und unverbindlich bleibt. Stattdessen konnte der *Business Case* für CSR verbreitet werden, und erfährt reichlich Unterstützung in Form von Wissensvertiefungsprozessen und Preisverleihungen seitens der europäischen Eliten und einiger Mitgliedstaaten.

Die Vormachtstellung eines neoliberalen Hegemonieprojekts wurde bereits darin deutlich, dass die Kommission ein Instrument aus dem Unternehmensmanagement wählte um die soziale Schiefelage in Europa zu bewältigen, und nicht etwa eine striktere Unternehmensgesetzgebung oder erhöhte sozialstaatliche Leisten. Rasch wurde offensichtlich, dass CSR von Anfang an ein Kompromiss mit der Wirtschaft war und einen starken neoliberalen Bias innehatte, wodurch die Instrumentalisierung durch die zudem Kapitalfraktionen begünstigt wurde. Dies korrespondiert mit Bieling's Annahme, dass die neoliberale Konstellation/Konfiguration in Europa besonders in der europäischen Beschäftigungspolitik zu erkennen ist, die – von sozialdemokratischen Politiker_innen wie Jacques Delors vorangetrieben – auf Zielen wie Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit basiert (vgl. Bieling 2000: 39). Diese finden sich auch im Konzept CSR und deren Kernmaßnahmen wie organisatorische Innovationen, Partizipation, Verbesserung des Humankapitals, sozial-ökologische Produktions- und Konsummuster etc. wieder, wodurch letztlich die neoliberale Machtposition stabilisiert wird. Diese Position zusätzlich festigen konnte das neoliberale Hegemonieprojekt, als im Kontext der Euro-, Finanz- und Schuldenkrise das Konzept einer freiwilligen Selbstverpflichtung trotz, oder gerade aufgrund einer zunehmenden Kritik an Unternehmen, weiterhin gesellschaftlich akzeptiert und sogar positiv konnotiert war. Im Jahr 2012 ergab eine Eurobarometer-Umfrage²² ein hohes Interesse (79%) an der sozialen Verantwortung von Unternehmen, und auch eine Studie an der Universität Tübingen zeigte, dass die

²² Wie Unternehmen unsere Gesellschaft beeinflussen: Die Sicht der Bürger

Akzeptanz des Konzepts CSR bei den Befragten²³ „relativ hoch“ (Roos/Hümmer 2009: 41) ist. Neben der Zustimmung aus der Bevölkerung gelang es den neoliberalen Akteur_innen schließlich, durch das Zugeständnis einer Richtlinienergänzung, auch die zuvor kritischen proeuropäisch-sozialen und linksliberal-alternativen Akteur_innen einbeziehen. Erst dann konnte ein vorläufiger Kompromiss im CSR-Prozess zustande kommen. Zuletzt wird die mächtige Stellung des neoliberalen Hegemonieprojekts innerhalb der europäischen Kräftekonstellation auch darin sichtbar, dass ein Kompromiss erst dann möglich wurde, als diese Akteur_innen dazu bereit waren.

Allerdings war und bleibt die europäische CSR ein heftig umstrittenes politisches Projekt. Weder verfügte der ursprüngliche *Stakeholder*-Ansatz der Kommission über ausreichend Unterstützung, noch konnten die neoliberalen Protagonist_innen alle konfliktierenden Strategien in ihr (vereinnahmtes) CSR-Projekt integrieren. Auf der einen Seite lehn(t)en konservative und national-neoliberale Akteur_innen die europäische Dimension ab, auf der anderen Seite erfährt eine europäische CSR nach wie vor große Skepsis aus den Lagern der proeuropäisch- und national-sozialen sowie der linksliberal-alternativen Akteur_innen. Insbesondere durch das enttäuschende, weil wenig verbindliche, Resultat der Berichterstattungsdebatte, wurde die Kritik seitens dieser Akteur_innen erneut laut.

Die Umstrittenheit einer europäischen CSR lässt sich anhand von zwei „Bruchlinien“ (Georgi et al. 2014: 225) zusammenfassen: Eine erste Bruchlinie verlief zwischen den proeuropäischen und den nationalen Staatsapparaten. Damit ist nicht nur der Widerstand Deutschlands und Großbritanniens gemeint, die die Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen im Bereich Beschäftigungspolitik grundsätzlich problematisch finden, sondern auch die skalare Spaltung des neoliberalen und sozialen Hegemonieprojekts. Während sich innerhalb des sozialen Hegemonieprojekts bereits früh im europäischen Integrationsprozess unterschiedliche, national und proeuropäisch-orientierte, Strategien entwickelt hatten (siehe ausführlich Buckel et al. 2014: 72), so galt ein neoliberalen Hegemonieprojekts lange als grundsätzlich transnational ausgerichtet. Dass aber auch dieses Hegemonieprojekt skalar gespalten ist, wie von

²³ Roos und Hümmer haben die Akzeptanz von CSR in Deutschland anhand einer Online-Befragung von 1916 Personen statistisch getestet.

Macartney beobachtet, wird in dieser HMPA einer europäischen CSR besonders deutlich. Auch hier reagierten die national-orientierten Kräfte eher defensiv-hegemonial und agierten in erster Linie destruktiv und wider jegliche proeuropäische Lösung: Der deutsche EU-Industriekommissar Günter Verheugen stellte als „Cheerleader“ der KMU eines der größten Hindernisse für eine EU-weite CSR dar. In diesem Widerstand (national-)neoliberaler Akteure gegen ein neoliberales Projekt wird die Brüchigkeit des neoliberalen Blocks einmal mehr offenbart.

Gleichzeitig zeigte sich darin eine zweite Bruchlinie, und zwar innerhalb der jeweiligen Pro- und Kontralager selbst. Denn ausschlaggebend für die Bündelung von Interessen und Strategien in diesem politischen Konflikt war nicht allein die Frage, ob die freiwillige Selbstverpflichtung eine richtige Antwort auf die soziale Frage ist oder etwa eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen notwendig. Grundsätzlich zeigten etwa die national-neoliberale Akteur_innen Interesse an CSR, jedoch auf nationaler Ebene bzw. ohne jegliche politische Rahmenbeteiligung. Diese doppelte Fragmentierung spiegelte sich nicht nur im langwierigen Aushandlungsprozess wider, sondern war auch der ausschlaggebenden Grund dafür, dass ein Richtlinien-Zugeständnis seitens der proeuropäisch-neoliberalen Akteur_innen erforderlich wurde, um eine deregulierte CSR-Praxis weiterhin erhalten zu können. So bildeten sich zwar phasenweise Koalitionen; da diese aber lediglich auf gemeinsame Teilziele gerichtet waren, kam auch nach diesem Zugeständnis kein stabiles Kompromissgleichgewicht im gesamten CSR-Prozess zustande. Einmal mehr kommt in dieser Analyse das Problem einer fehlenden europäischen Zivilgesellschaft, einem Ort an dem Hegemonie hergestellt werden könnte, zutage. Statt eines politisch-ideologischen Gesamtprojekts, eines kohärenten Staatsprojekts, prägt eine stark fragmentierte und instabile Kräftekonstellation den europäischen Integrationsprozess bzw. das Staatsprojekt Europa.

Weitere Symptome der Brüchigkeit des neoliberalen Blocks sowie des europäischen Staatsapparate-Ensembles waren die Entpolitisierungs- und Entdemokratisierungsprozesse innerhalb des CSR-Prozesses: So implizieren einige Verfahren eine „politisch-ökonomische Konfiguration“ einer nicht-hegemonialen Herrschaft, wie Gill sie in Europa ausmacht. Besonders deutlich wird dies darin, dass die Verhandlungen um eine CSR maßgeblich von europäischen Entscheidungsträger_innen und von ihnen ausgewählte Lobbyisten geführt und gestaltet wurden. Die europäische CSR-

Allianz, die Expertenrunden und Treffen mit Sozialpartnern, aber auch das EMS-Forum waren alles andere als ein partizipativ-offener Austausch. Stattdessen ist hier eine selektive Dialogkultur der europäischen Eliten, also ein typisches Symptom *eines Neuen Konstitutionalismus* zu erkennen. Zudem zeigen sich im CSR-Konzept Symptome eines *disziplinierenden Neoliberalismus*. Nicht nur die bereits angesprochene strukturelle Machtposition der Kapitalfraktionen gegenüber den Subalternen, sondern vor allem die mit dem CSR-Konzept begünstigten Kommodifizierungsprozesse sind hier zu nennen: Der Großteil der CSR-Maßnahmen zielen zumeist auf die Qualitätssteigerung des Humankapitals, wie lebenslanges Lernen, verbesserte Gesundheitsbedingungen oder eine ausgewogenen Work-Life-Balance ab – traditionell eher kapitalferne Lebensbereiche (vgl. Bernard et al. 2013: 69).

Zum Abschluss und im Sinne einer Herrschaftskritik sind zwei Schlussfolgerungen zu ziehen: Erstens können die Widersprüche des europäischen Integrationsprozesses kaum im Rahmen einer neoliberalen Konfiguration, die Symptome einer nicht-hegemonialen Stellung aufzeigt behoben werden. Stattdessen werden sich diese vermutlich weiter verfestigen, zumal disziplinierende und autoritär-neoliberale Elemente seitens des neoliberalen Blocks zu erwarten sind, um dessen Machtposition weiterhin zu sichern. Zweitens verfügen diejenigen Kräfte, die versuchen gegen eine wettbewerbsstaatliche Ausrichtung des europäischen Integrationsprojektes vorzugehen, über zu geringe Machtressourcen und sind zu uneinig, um die Hegemoniekrise zu ihren Gunsten nutzen zu können. Die Widersprüche der europäischen Integration und die existenzielle Krise, von der nun selbst in den höchsten EU-Kreisen gesprochen wird, kann aber nur durch eine gemeinsame Ausrichtung solcher Kräfte überwunden werden. Nur dann kann etwas *Neues in die EU kommen* (frei nach Gramsci).

7. LITERATUR

Akçay, Ümit 2012: 2011 Krizinin Gölgesinde Yeni Sanayi Politikaları Üzerine Bir Not in: *Praksis Sosyal Bilimler Dergisi* 11: 3, 145-166. Amnesty International European Institutions Office (2011): Amnesty International – Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/17f4bf98-5d8c-4100-81f0-f9604fd0b9a2/BE_AmnestyInt1_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Apeldoorn, Bastiaan van 2000: Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europa Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster, 189–221.

Apeldoorn, Bastiaan van (Hrsg.) 2002: *Transnational capitalism and the struggle over European integration*. London, New York.

Association of Chartered Certified Accountants (ACCA) 2011: EC: Disclosure of non-financial information by Companies. Online verfügbar unter <http://www.accaglobal.com/vn/en/technical-activities/technical-resources-search/2011/january/ec-disclosure-non-financial.html>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Association of Chartered Certified Accountants (ACCA) 2013: ACCA backs important move towards enhancing the transparency of large businesses on social and environmental matters at EU level. Pressemitteilung v. 16.04.2013. Brüssel. Online verfügbar unter <http://54.217.204.123/zm/en/press/investor-irc/environmental.html>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Baldassarre, Raffaele; Howitt, Richard 2013: Report – On corporate social responsibility: Accountable, transparent and responsible business behaviour and sustainable growth (2012/2098(INI)). Europäisches Parlament (Hrsg.). Online verfügbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2013->

0017+0+DOC+PDF+V0//EN&language=EN, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Barth, Jonna 2008: Corporate Citizenship aus der Sicht der Landespolitik. Verständnis, Ziele, Instrumente. Wiesbaden.

Bergmann, Knut 2015: Bitte weniger Altruismus! In: Handelsblatt v. 01.04.2015. Online verfügbar unter <http://www.iwkoeln.de/presse/gastbeitraege/beitrag/knut-bergmann-im-handelsblatt-bitte-weniger-altruismus-219616>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Bernard, Barbara; Kluge, Thomas; Schramm, Engelbert; Schultz, Irmgard 2013: Quality of Jobs – CSR performance & impacts on EU objectives. In: Christoph Brunn (Hrsg.): Impact Measurement and Performance Analysis of CSR (IMPACT). Report on cross-WP compilation and assessment of CSR performance & impacts on EU objectives. Berlin, 36–72.

Bernhard, Stefan 2010: Die Konstruktion von Inklusion. Europäische Sozialpolitik aus soziologischer Perspektive. Frankfurt, New York.

Beyrer, Markus; Ronzitti, Valeria; Abruzzini, Arnaldo; Almgren, Gunilla 2013: Joint Statement on disclosure of non-financial information. Online verfügbar unter <https://www.buinessurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2013-01322-E.pdf>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Bichta, Constantina 2003: Corporate Social Responsibility - A Role in Government Policy and Regulation? University of Bath – Centre for the Study of Regulated Industries (CRI) (Hrsg.): Research Report, 16. Bath. Online verfügbar unter http://www.bath.ac.uk/management/cri/pubpdf/Research_Reports/16_Bichta.pdf, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Bieling; Hans-Jürgen 2000: Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation. Arbeitspapier Nr. 20. In: Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) (Hrsg.). Marburg.

Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hrsg.) 2000: Die Konfiguration Europa Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster.

Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen 2000: Hegemoniale Projekte im Prozeß einer Europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 102–130.

Bizzarri, Kim 2013: Refusing to be accountable. Business hollows out new EU corporate social responsibility rule In: Corporate European Observatory (Hrsg.). Online verfügbar unter <http://corporateeurope.org/eu-crisis/2013/04/refusing-be-accountable>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Boeger, Nina; Murray, Rachel; Villiers, Charlotte 2008: Perspectives on Corporate Social Responsibility. Cheltenham.

Bohle, Dorothee 2005: Neogramscianismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien europäischer Integration. Wiesbaden, 197–221.

Bond, Patrick 2006: Civil society on global governance: Facing up to divergent analysis, strategy, and tactic In: *Voluntas*, Vol.17 (4), 359–371.

Buck, Philippe de 2002: Launch of the European Multi-Stakeholder Forum on CSR. Address by Philippe de Buck, Secretary General, 16.10.2002. Brüssel. Online verfügbar unter <https://www.businesseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2002-04424-EN.pdf>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Buckel, Sonja; Georgi, Fabian; Kannankulam, John; Wissel, Jens 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europafor-schung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europafor-schung. Bielefeld, 15–84.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber e.V. (BDA) 2011: BDA - Assess record for Disclosure of Non-Financial Information

by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/bb180dea-d694-4c38-89f2-fac8ef9dbb8/DE_BDA1_de.pdf, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)/Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 2002: Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zum Grünbuch Europäische Rahmenbedingungen für die Soziale Verantwortung der Unternehmen. Berlin. Online verfügbar unter [http://www.csrgermany.de/www/csr_cms_relaunch.nsf/id/D3C0F40DC6A74013C12577FF00373233/\\$file/Stn_CSR-dt.pdf?open](http://www.csrgermany.de/www/csr_cms_relaunch.nsf/id/D3C0F40DC6A74013C12577FF00373233/$file/Stn_CSR-dt.pdf?open), zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Burgy, Caterine 2012: NGO als Kapitalmarktakteure: Shareholder Engagement als Möglichkeit zur Einflussnahme auf Corporate Social Responsibility. Wiesbaden.

BusinessEurope/UNICE 2001: Corporate Social Responsibility UNICE Position. Pressemitteilung vom 26. November 2001. S/42/PP-CSR-final-EN. Online verfügbar unter <https://www.besinesseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2002-03883-E.pdf>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

BusinessEurope 2011a: BusinessEurope - Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/b0f83faf-c9ac-4add-85ba-d082947249ee/BE_BusinessEurope1_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

BusinessEurope 2011b: BusinessEurope - Disclosure of non-financial Information by Companies - Annex 1. General remarks. Brüssel. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/beacad14-8331-47d3-a881-a2e2cf1046a7/BE_BusinessEurope2_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

BusinessEurope 2012: Position Paper EU Strategy 2011–2014 for CSR. Online verfügbar unter

<https://www.business-europe.eu/sites/buseur/files/media/imported/2012-00025-E.pdf>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament o.J.: Europaweite Haftung für Generalunternehmer - nicht auf dem Rücken der KMU! Brüssel. Online verfügbar unter <http://www.cdu-csu-ep.de/presse/5572-thomas-mann-evp-edcd-europaweite-haftung-federalunternehmer-nicht-auf-dem-rn-der-kmu.html>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Chaplier, Jerome 2014: EU to force large Companies to report on environmental and social impact. In: *The Guardian* v. 28.02.2014. Online verfügbar unter <http://www.theguardian.com/sustainable-business/eu-reform-listed-companies-report-environmental-social-impact>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Chaplier, Jerome 2015: Trusting corporations to be responsible: A failed EU experiment. In: *EurActiv* v. 13.11.2015. Online verfügbar unter <https://www.EurActiv.com/section/trade-society/opinion/trusting-corporations-to-be-responsible-a-failed-eu-experiment/>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Christensen, Matt 2011: Eurosif – Asses record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/1e64a948-8c86-4483-bc5e-d18d34b5ee83/FR_Eurosif1_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Cox, Robert 1998: Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“. Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr. 11. Marburg.

CSR Europe; UNICE; ERT 2002: Press release - UNICE, ERT and CSR Europe send open letter on corporate social responsibility to President Prodi on 04.06.2002. Brüssel. Online verfügbar unter <https://www.business-europe.eu/sites/buseur/files/media/imported/2002-04020-EN.pdf>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Demirović, Alex 2007: Politische Gesellschaft – Zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja; Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): *Hegemonie gepanzert*

mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden, 21–41.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 2011: DGB – Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/3d9bf4f3-6065-4d19-a206-eb34954ad454/DE_DGB%20Bundsvorstand_de.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Ecosense 2011: Ecosense – Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/webdav/CircaBC/FISMA/markt_consultations/Library/accounting/Non-financial-reporting/registered_organisations/DE_Econsense_de.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Ellis, Hannah 2011: The Corporate Responsibility (CORE) Coalition – Assess record for 'Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/e2ebcd98-fce9-4265-a988-c9a966c1a488/UK_CORE%20Coalition1_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EurActiv 2003: Davignon: CSR is not the “flavour of the day” – it is “here to stay” v. 21.11.2003. Online verfügbar unter <http://www.EurActiv.com/section/sustainable-dev/news/davignon-csr-is-not-the-flavour-of-the-day-it-is-here-to-stay/>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EurActiv 2007: Parliament criticises Commission on CSR. In: *EurActiv v. 14.03.2007.* Online verfügbar unter <http://www.EurActiv.com/section/social-europe-jobs/news/parliament-criticises-commission-on-csr/>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EurActiv 2011: Howitt: Not only one approach to corporate responsibility v. 25.20.3011. Online verfügbar unter <http://www.EurActiv.com/section/social-europe-jobs/interview/howitt-not-only-one-approach-to-corporate-responsibility/>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EurActiv 2014: The time is now for company non-financial reporting v. 18.02.2014. Online verfügbar unter <http://www.EurActiv.com/section/sustainable-dev/opinion/the-time-is-now-for-company-non-financial-reporting/>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EuroChambres 2011: Position Paper. Disclosure of non-financial information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/591c3bff-16d0-4ce5-9f60-022bb70ac2f0/EU_eurochambres_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EuroChambres 2012: Position Paper: Commission Communication - A Renewed EU Strategy 2011–2014 for Corporate Social Responsibility COM (2011) 681 final. Online verfügbar unter http://www.eurochambreu/objects/1/Files/Position_on_Renewed-Strategy_for_Corporate_Social_Responsibility.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

EuroChambres 2014: Overview of EuroChambres' response to the public consultation on the strategy on Corporate Social Responsibility 2011–2014: Achievements, short-comings and future challenge Position Summary. Online verfügbar unter http://www.eurochambreu/custom/EUROCHAMBRES_Position_summary_CSRconsultation2014-2014-00545-01.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Europäische Kommission (EK) 2001: Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. Grünbuch, KOM(2001) 366 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (EK) 2002: Mitteilung der Kommission betreffend. die soziale Verantwortung der Unternehmen: Ein Unternehmensbeitrag zur nachhaltigen Entwicklung, KOM(2002) 347 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (EK) 2005: Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates - Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze: Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon, KOM(2005) 24 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (EK) 2006: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung: Europa soll auf dem Gebiet der Sozialen Verantwortung der Unternehmen führend werden, KOM(2006) 136 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (EK) 2010: Mitteilung der Kommission Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (EK) 2011: Eine neue EU-Strategie (2011–2014) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 681 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (EK) 2013a: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates im Hinblick auf die Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Gesellschaften und Konzerne, KOM(2013) 207 final. Straßburg.

Europäische Kommission (EK) 2013b: Kommission will Unternehmenstransparenz in Sozial- und Umweltbelangen erhöhen. Pressemitteilung v. 16.04.2013. Brüssel. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-330_de.htm, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Europäische Union (EU) 2014: Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen. Straßburg.

Europäischer Rat (ER) 2000: Schlussfolgerungen des Vorsit zes Lissabon, 23. und 24. März 2000. Lissabon.

Europäisches Parlament (EP) 2013: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Februar 2013 zur sozialen Verantwor-

tung der Unternehmen: Rechenschaftspflichtiges, transparentes und verantwortungsvolles Geschäftsgebaren und nachhaltiges Wachstum (2012/2098(INI)), P7_TA(2013)0049. Straßburg.

Europäisches Parlament (EP) 2007: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2007 zu der sozialen Verantwortung von Unternehmen: eine neue Partnerschaft P6_TA(2007)0062. Straßburg.

European Association of Craft, Small & Medium-sized Enterprises (UEAPME) 2002: UEAPME Position Paper on the Green Paper 'Promoting a European Framework for Corporate Social Responsibility', COM(2001)366 final. Brüssel. Online verfügbar unter http://www.ueapme.com/docs/pos_papers/2002/CSR%20positionpaper%20e.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2006: Corporate social responsibility at EU level. Proposals and recommendations to the European Commission and the European Parliament. Advocacy briefing. Online verfügbar unter www.somo.nl/publications-en/Publication_2732/at_download/fullfile, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2007: ECCJ welcomes EP's call to strengthen CSR at the EU level. Pressemitteilung v. 13.03.2007. Online verfügbar unter <http://www.corporatejustice.org/eccj-welcomes-ep-s-call-to,081.html?lang=es>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2011a: The impact of the Danish law on CSR reporting. Online verfügbar unter <http://www.corporatejustice.org/the-impact-of-the-danish-law-on.html?lang=en>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2011b: Private actors call on the EU to take the global lead on CSR. Online verfügbar unter <http://www.corporatejustice.org/41-european-businesses-support.html?lang=en>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2012: The ECCJ's recommendations on EU priorities for the implementation

of the UN Guiding Principles on Business and Human Rights Danish EU Presidency Expert Conference on Business & Human Rights. General remarks. Online verfügbar unter http://www.corporatejustice.org/IMG/pdf/eccj_recommendations_conference_eu_implementation_ungp_may2012.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2013: EU Corporate Reporting proposal not strong enough to improve company behaviour. Brüssel. Online verfügbar unter <http://www.corporatejustice.org/Press-release-EU-Corporate.html?lang=zh>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) 2014: Assessment of the EU Directive on the disclosure of non-financial information by certain large Companies. Online verfügbar unter <http://corporate-responsibility.org/wp-content/uploads/2014/07/ECCJ-briefing-Assessment-of-the-NFR-reform-short-public-version.pdf>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Multi-Stakeholder-Forum on CSR (ESM-Forum) 2004: Final results & recommendation. Brüssel. Online verfügbar unter http://www.corporatejustice.org/IMG/pdf/CSR_20Forum_20final_20report.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Social Investment Forum (Eurosif) 2009: EU Insider. 2009/10. Online verfügbar unter http://www.eurosif.org/wp-content/uploads/2014/05/eurosif_eu_insider_010.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Social Investment Forum (Eurosif) 2011: Public Policy Position Paper related to Sustainable and Responsible Investment („SRI“). Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/35404f13-5fca-4781-bf59-582d9ebb9adf/FR_Eurosif2_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Trade Union Confederation 2006: ETUC sees Multistakeholder Forum meeting as the last chance to create a balanced approach to CSR in Europe. Pressemitteilung von 06.12.2006. Brüssel. Online verfügbar unter <https://www.etuc.org/press/etuc->

sees-multistakeholder-forum-meeting-last-chance-create-balanced-approach-csr-europe#.Vro6NFjhDIU, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

European Trade Union Confederation 2007: Syndicat European Trade Union – Corporate social responsibility. Online verfügbar unter <https://www.etuc.org/print/82>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Fairbrass, Jenny 2011: Exploring Corporate Social Responsibility Policy in the European Union: A Discursive Institutional Analysis. In: *Journal of Common Market Studies* Vol. 49 (5), 949–970.

Fleming, Jeremy 2013a: Proposed CSR rules too strong for business, too weak for civil society. In: *EurActiv* v. 17.04.2013. Online verfügbar unter <https://www.EurActiv.com/section/all/news/proposed-csr-rules-too-strong-for-business-too-weak-for-civil-society/>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Fleming, Jeremy 2013b: Member states backtrack on corporate reporting pledge. In: *EurActiv* v. 18.11.2013. Online verfügbar unter <http://www.EurActiv.com/section/all/news/member-states-backtrack-on-corporate-reporting-pledge/>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Fogelberg, Teresa 2011: Sustainability experts call for smarter regulation on transparency. Online verfügbar unter <https://www.globalreporting.org/information/news-and-press-center/Pages/Sustainability-experts-call-for-smarter-regulation-on-transparency.aspx>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.) 2014: Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld.

Frank, Ralf 2011: EFFAS – Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/b32a4728-6f65-4f38-ab84-6117e07c0cef/DE_EFFAS_en.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Friends of the Earth 2001: Submission of Friends of the Earth (England, Wales & Northern Ireland) on The Commission of the European Communities' Green Paper – Promoting a European Framework for Corporate Social Responsibility. Friends of the Earth Consultation Response. Online verfügbar unter https://www.foe.co.uk/sites/default/files/downloads/corporate_social_responsibility.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Gardner, Stephen 2007: Slow Steps forward. In: euro-correspondent v. 10.02.2007. Online verfügbar unter <http://www.euro-correspondent.com/2-general/84-slow-steps-forward>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Georgi, Fabian; Huke, Nicolai; Wissel, Jens 2014: Fachkräftemangel, Lohdumping und Puzzle-Politik. Die europäische „Blue Card“ als arbeitskraftpolitisches Projekt. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld, 209–227.

Georgi, Fabian; Kannankulam, John 2012: Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen. Rosa Luxemburg Stiftung Büro Brüssel (Hrsg.).

Georgi, Fabian; Kannankulam, John 2015: Kräfteverhältnisse in der Eurokrise – Konfliktdynamiken im bundesdeutschen 'Block an der Macht'. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, H. 180 (45), Nr. 3, 349–369.

Germanwatch 2012: Offener Brief: Transparenz von Unternehmensaktivitäten vom 25.10.2012. Online verfügbar unter <https://germanwatch.org/de/download/6912.pdf>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Gill, Stephen 2001: Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism. In: Bieler, Andreas; Morton, Adam David (Hrsg.): Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy. New York, 47–69.

Gill, Stephen 2000: Theoretische Grundlagen einer neogramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europa Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 23–50.

Gill, Stephen 1995: Globalisation, Market Civilisation and Disciplinary Neoliberalism. In: Millennium – Journal of International Studies, Vol. 24 (3), 399–423.

Global Reporting Initiative (GRI) 2011: Sustainability experts call for smarter regulation on transparency. Online verfügbar unter <https://www.globalreporting.org/information/news-and-press-center/Pages/Sustainability-experts-call-for-smarter-regulation-on-transparency.aspx>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Gramsci, Antonio 1991ff.: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Blochmann, Klaus; Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.) Hamburg, Berlin.

Handelsblatt 2012: „Hetze gegen Griechenland: An Athen muss ein Exempel statuiert werden“, v. 05.08.2012. Online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/international/hetze-gegen-griechenland-an-athen-muss-ein-exempel-statuiert-werden/6963360.html>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Hexel, Dietmar 2005: Vorwort. In: Hans Böckler Stiftung; Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Dokumentation des Workshops Corporate Social Responsibility (CSR) Neue Handlungsfelder für Arbeitnehmervertretungen am 25.01.2005. Berlin, 3.

Howitt, Richard 2014: The European law on non-financial reporting - how we got there. In: The Guardian v. 16.04.2014. Online verfügbar unter <http://www.theguardian.com/sustainable-business/eu-non-financial-reporting-how-richard-howitt>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Howitt, Richard 2013: Europe's responsible business chasm uncovered by major survey. Vortrag v. 04.04.2013. Online verfügbar unter <http://www.richardhowittmep.com/index.php/see-all-richard-s-parliamentary-eeo-activity/376-04-04-2013-europe-s->

responsible-business-chasm-uncovered-by-major-survey-2, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Howitt, Richard 2006: Report of the European Parliament on corporate social responsibility: a new partnership (2006/2133(INI)), Final A6-0471/2006. Straßburg.

Howitt, Richard 2002: Speech introducing the debate on Corporate Social Responsibility am 30.05.2002. Brüssel. Online verfügbar unter <http://www.richardhowittmep.com/index.php/see-all-richard-s-parliamentary-oeo-activity/512-01-06-2002-speech-introducing-the-debate-on-corporate-social-responsibility>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Jacobs, George; Cromme, Gerhard; Davigon, Etienne 2002: UN-ICE, ERT and CSR Europe send open letter on corporate social responsibility to President Prodi. Öffentlicher Brief v. 04.06.2002. Brüssel. Online verfügbar unter <https://www.businesseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2002-04020-EN.pdf>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Jastram, Sarah; Prescher, Julia 2015: Legitimizing Corporate Social Responsibility Governance. In: Idowu, Samuel; Schmidpeter, René (Hrsg.): Corporate Social Responsibility and Governance. Theory and Practice. Heidelberg, New York u.a., 39–62.

Jessop, Bob 1990: State Theory. Putting Capitalist State in its Place. Cambridge u.a.

Jorberg, Thomas 2013: Vorwort. In: Burckhardt, Gisela (Hrsg.): Corporate Social Responsibility – Mythen und Maßnahmen. Unternehmen verantwortungsvoll führen, Regulierungslücken schließen. Wiesbaden, VII–VIII.

Kannankulam, John/Wissel, Jens 2004: Stichwort: innere Bourgeoisie, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hgg. v. Haug, W.F., Band 6 II, Hamburg, Sp. 1136-1141.

Kannankulam, John; Georgi, Fabian 2012: Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hege-monieprojekte im Kampf um das „Staatsprojekt Europa“. In: Ar-

beitpapier der Forschungsgruppe Europäische Integration, Nr. 30. Marburg.

Kindermann, Daniel 2013: Corporate Social Responsibility in the EU, 1993–2013: Institutional Ambiguity, Economic Crises, Business Legitimacy and Bureaucratic Politics. *Journal of Common Market Studies*, Vol. 51 (4), 701–720.

Klatzer, Elisabeth; Schlager, Christa 2011: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: *Kurswechsel* 2011 (1), 61–81.

Lipschutz, Ronnie D. 2005: Power, politics and civil society. In: *Millennium: Journal of International Studies*, Vol. 33 (2), 747–769.

Loew, Thomas 2005: The Results of the European Multistakeholder Forum on CSR in the View of Business, NGO and Science. Discussion Paper. Institute for Sustainability. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.4sustainability.de/fileadmin/redakteur/bilder/Publikationen/Loew-2005-Results-of-the-EMS-Forum-in-the-View-of-Business-N.pdf>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Lynch, Marina 2011: Fresh light shed on corporate social responsibility. In: *New Europe* v. 26.11.2011. Online verfügbar unter <http://neurope.eu/article/fresh-light-shed-corporate-social-responsibility/>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Macartney, Huw 2009: Variegated neo-liberalism: transnationally oriented fractions of capital in EU financial market integration. In: *Review of International Studies* 35 (2), 451–480.

MacLeod, Sorcha 2005: Corporate Social Responsibility within the European Union Framework. In: *Wisconsin International Law Journal* (23), 541–551.

Mason, Rowena 2016: How did UK end up voting to leave the European Union? *Guardian* v. 24.06.2016. Online verfügbar unter <http://www.theguardian.com/politics/2016/jun/24/how-did-uk-end-up-voting-leave-european-union>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Matten, Dirk; Moon, Jeremy 2005: A Conceptual Framework for Understanding CSR. In: Habisch, André; Jonker, Jan; Wegner, Martina; Schmidpeter, René (Hrsg.): Corporate Social Responsibility Across Europe. Berlin, 335–357.

Mény, Yves 2012: Conclusion: A Voyage to the Unknown? In: Journal of Common Market Studies, Vol. 50 (S1), 154–164.

Merkel, Angela 2012: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der 12. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Berlin, 25.06.2012. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Regden/2012/06/2012-06-25-merkel-nachhaltigkeitsrat.html>, zuletzt geprüft am 15.08.2016.

Muchitsch, Martin 2012: Die Corporate Social Responsibility-Politik der Europäischen Kommission. Lobbyismus als Machtfaktor. Wiesbaden.

Mühle, Ursula 2010: The politics of corporate social responsibility. The rise of a global business norm. Frankfurt/Main, New York.

Muhr, Katharina 2012: Die Beschäftigungspolitik der europäischen Union in der Krise. In: Kurswechsel 2012 (3), 80–85.

Murray, Alasdair 2003: Corporate Social Responsibility in the EU. In: Centre for European Reform (CER) (Hrsg.). London.

Nilsson, Veronica 2011: ETUC – Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/webdav/CircaBC/FISMA/markt_consultations/Library/accounting/Non-financial-reporting/registered_organisations/EU_Europ%20Trade%20Union%20Confl_en.pdf, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Noll, Paul 2014: BDA-Erwartungen an neue CSR-Strategie der EU-Kommission. In: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.): euro-Info 2014 (Nr. 4), 5.

Nordestgaard, Marlene; Kirton-Darling, Judith (2004): Corporate Social Responsibility Within the European Sectoral Social Dialogue. In: Discussion Working Paper, DWP 2004.01.01. European Trade Union Institute. Brüssel. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/gurn/00305.pdf>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Noterdaeme, Jan; Sarkic-Todd, Natalie 2011: CSR Europe – Assess record for Disclosure of Non-Financial Information by Companies. Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/webdav/CircaBC/FISMA/markt_consultations/Library/accounting/Non-financial-reporting/registered_organisations/BE_CSR%20Europe_en.pdf, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

Oberndorfer, Lukas: Der Fiskalpakt – Umgehung der „europäischen Verfassung“ und Durchbrechung demokratischer Verfahren? In: *juridikum* 2012 (2), 168–181.

Parent, Anne-Sophie; Chadler, Paul; Hontelez, John; Murray, Jim; Oosting, Dick; KABA, Sidiki; Toulmin, Camilla 2004: NGO call on Commission and Council to shift gears after Multi-Stakeholder Forum: European CSR process must move from dialogue to action. Brüssel. Online verfügbar unter <https://www.fidh.org/en/issues/globalisation-human-rights/business-and-human-rights/NGO-call-on-Commission-and>, zuletzt geprüft am 01.10.2016.

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament 2013: Pressemitteilung v. 29.10.2013. Straßburg. Online verfügbar unter <http://www.cdu-csu-ep.de/presse/pressemitteilungen/9370-markus-pieper-cdu-und-markus-ferber-csu-parlamentskreis-mittelstand-europe,-cdu-csu-gruppe-in-der-evp-fraktion-unternehmensf%C3%BChrung-f%C3%BCr-freiwilliges-soziales-engagement.html>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Poulantzas, Nicos 2001: Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: Joachim Hirsch, Bob Jessop und Nicos Poulantzas (Hrsg.): *Die Zukunft des Staates*. Hamburg, 19–70.

Poulantzas, Nicos 2002/1975: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg.

Preuss, Lutz; Haunschild, Axel; Matten, Dirk: Trade unions and CSR: a European research agenda. In: *Journal of Public Affairs*, 2006 (6), 256–268.

Ramthun, Christian: Regierung plant Nachhaltigkeits-Label für die Wirtschaft. Gesellschaftliche Verantwortung. In: *Wirtschaftswoche* v. 08.05.2008. Online verfügbar unter <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/gesellschaftliche-verantwortung-regierung-plant-nachhaltigkeits-label-fuer-die-wirtschaft/5422270.html>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Riess, Birgit; Welzel, Carolin 2006: Partner Staat? CSR-Politik in Europa. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Roos, Melanie; Hümmer, Carolin (2009): Die Akzeptanz von Corporate Social Responsibility in Deutschland: eine empirische Analyse. In: *Tübinger Diskussionsbeitrag* Nr. 321. Tübingen.

Roszbach, Henrike 2014: Entlastung für Wirtschaft - Gabriel bläst zum Kampf gegen Bürokratie. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 04.11.2014. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/gabriel-will-buerokratie-zum-gunsten-der-wirtschaft-abbauen-13245989.html>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Savevska, Maja 2014: Corporate Social Responsibility: A Promising Social Innovation or a Neoliberal Strategy in Disguise? In: *Romanian Journal of European Affairs*, Vol. 14, (2), 63–80.

Schutter, Olivier de 2008: Corporate Social Responsibility European Style. In: *European Law Journal*, Vol. 14 (2), 203–236.

Seyboth, Marie 2005: Warum ist CSR für Arbeitnehmervertretungen ein Thema? In: *Hans Böckler Stiftung; Deutscher Gewerkschaftsbund* (Hrsg.): *Dokumentation des Workshops Corporate Social Responsibility (CSR) Neue Handlungsfelder für Arbeitnehmervertretungen* am 25.01.2005. Berlin, 4–5.

Shamir, Ronen 2008: The age of responsabilization: The market-embedded morality. In: *Economy and Society*, Vol. 37 (1), 1–19.

Shell 2011: Shell – Public Consultation on disclosure of non-financial information by Companies Online verfügbar unter https://circabc.europa.eu/sd/a/e1407d0b-14b9-46d3-bf5a-075bb39d4e56/UK_shell_en.pdf, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Sklair, Leslie; Miller, David 2010: Capitalist globalization, corporate social responsibility and social policy. In: *Critical Social Policy*, Vol. 30 (4), 1–24.

Sohn, Klaus Dieter 2012: EU-Mitteilung Corporate Social Responsibility Strategie 2011–2014. In: *Centrum für Europäische Politik (CEP) (Hrsg.): cepAnalyse 2012 (3)*. Freiburg.

Spiegel Online 2016: Grundsatzrede im Parlament: Juncker spricht von „existenzieller Krise“ der EU, v. 14.09.2016. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/jean-claude-juncker-eu-in-existentieller-krise-a-1112214.html>, zuletzt geprüft am 16.09.2016.

Spiegel Online 2008: Neujahrsansprache: Merkel beschwört Gemeinsinn in der Krise v. 31.12.2008. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neujahrsansprache-merkel-beschwoert-gemeinsinn-in-der-krise-a-598972.html>, zuletzt geprüft am 29.09.2016.

Stephan, Antje 2008: Die Beschäftigungspolitik der EU. Genese, Etablierung und Grenzen der EBS. Baden-Baden.

Unger, Brigitte 1998: Beschäftigungspolitik der Europäischen Union. In: *Forum Politische Bildung (Hrsg.): EU wird Europa? Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung (Informationen zur Politischen Bildung, Band 15)*. Innsbruck, 19–29.

Ungericht, Bernhard; Hirt, Christian 2010a: Politikensible CSR-Forschung am Beispiel der Auseinandersetzung um ein europäisches Rahmenwerk. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Vol. 11 (2), 174–192.

Ungericht, Bernhard; Hirt, Christian 2010b: CSR as a Political Arena: The Struggle for a European Framework. In: *Business and Politics*, Vol. 12 (4), 1-24.

Velte, Patrick 2015: Die Berichte werden immer verwirrender. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21.07.2015. Online verfügbar unter <http://www.leuphana.de/institute/ibfr/aktuell/ansicht/datum/2015/07/21/faz-beitrag-zur-fortentwicklung-der-unternehmenspublizitaet-von-prof-dr-patrick-velte.html>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

von der Leyen, Ursula 2011: Positionspapier der deutschen Bundesregierung zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Eine neue EU-Strategie (2011-2014) für die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR)“ (KOM 2011)681 endg.). Brief v. 24.11.2011 an Antonio Tajani, Laszo Andor und Michel Barnier. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/130424-Brief-von-der-Leyen-CSR-Reporting.pdf>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Wagg, Oliver 2006: Cameron, the Conservatives and CSR. In: *Corporate Citizenship Briefing* v. 26.07.2006. Online verfügbar unter <http://ccbriefing.corporate-citizenship.com/2006/07/26/cameron-the-conservatives-and-csr/>, zuletzt geprüft am 09.09.2016.

Williamson, Hugh; Minder, Ralph; Proissl, Wolfgang 2006: Brussels to side with business on CSR. In: *Financial Times* v. 12.03.2006. Online verfügbar unter <http://www.ft.com/cms/s/0/50b01a22-b1f8-11da-96ad-0000779e2340.html#axzz40R9Sysm8>, zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Wissel, Jens 2011: Staatsprojekt Europa - Zur Rekonfiguration politischer Herrschaft. In: *Eurostudia – Revue Transatlantique de Recherche sur l'Europe*, Vol. 7 (1–2), 133–151.

Wissel, Jens 2012: Krise, Staat und die Radikalisierung des Neoliberalismus. In: *Kurswechsel* 2012 (2), 6–19.

Wöhl, Stefanie 2007: *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und national-staatlicher Geschlechterpolitik*. Königstein im Taunus.

Zirra, Sascha 2010: *Die Europäisierung nationaler Beschäftigungspolitik. Europäische Koordinierung und institutionelle Reformen*. Wiesbaden.